DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

139 13. JAHRGANG April '96 8,00 DM

KÜRZUNGEN IM SOZIALBEREICH STOSSEN AUF WIDERSTAND

Strukturanpassung oder Widerstand

Wie in Ländern der Dritten Welt die Weltbank und der IWF Strukturanpassungsgesetze durchsetzen, die auf Kosten der Bevölkerung gehen, so diktieren die Herrschenden Europas ebenfalls den Sozialabbau.

Von Dieter Koschek, Redaktion Sozialpolitik ● Ziele sind dabei natürlich die Eurostabilität – aber auch so banale Dinge wie die Schaffung eines Billiglohnsektors. Hand in Hand arbeiten dabei die Beamten der Regierung mit den Funktionären der Wirtschaft. Die einen klagen über den »hohen Stand der Lohnnebenkosten« und die anderen bereiten die Senkung der Sozialhilfe direkt vor. Am 29.2.1996 hat die Bundesregierung die »Reform« des Bundessozialhilfegesetzes beschlossen – unter Flankenschutz durch die deutschen Bundesbanker, die ebenfalls eine Senkung der Sozialhilfe forderten.

Kern des Abbaus sind die Regelsätze der Sozialhilfe. Hilfsweise geschieht dies durch das sogenannte »Lohnabstandsgebot«, nachdem die Sozialhilfe für eine fünfköpfige Familie niedriger als ein Niedriglohn sein soll. 15 Prozent sind für 1999 vorgesehen. Dazu hat Guido Grüner von der Arbeitslosenzeitung »quer« für CONTRASTE einen Beitrag verfaßt.

Das Aktionsbündnis »Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen«, das im November 1995 eine erfolgreiche Demonstration mit fast 3.000 TeilnehmerInnen durchgeführt hat, und aus den Bundesorganisationen der Betroffeneninitiativen besteht, hat ihren Kampagnenschwerpunkt auf den Kampf gegen das Lohnabstandsgebot konzentriert. Aufklärungsarbeit steht an. Der Bundesrat hat mit seiner SPD-Mehrheit diese sogenannte Reform noch gestoppt und in den Vermittlungsauschuß überwiesen. Derzeit wird nach Kompromissen gesucht – aber es ist zu befürchten, daß die Koalition und die SPD-Opposition sich einigen und auch der Kompromiß für weiteren Kahlschlag sorgt.

Doch nicht nur die Armutsbevölkerung inclusive der Erwerbslosen stehen im Visier der »Sparer«. Auch die Projekte im Sozialbereich spüren die Auswirkungen der Wende. So wurden in Frankfurt fünf Projekten rückwirkend die Mittel völlig gestrichen. Stellvertretend für alle veröffentlichen wir den Solidaritätsaufruf des Frankfurter Arbeitslosenzentrums.

Nach den bayerischen Kommunalwahlen mit großen Stimmgewinnen der CSU ist auch in Bayern ein großes »Streichkonzert« zu erwarten. In Nürnberg geht es dem Kultur- und Kommunikationszentrum KOMM an den Kragen. Das KOMM versucht sich mit einem Bürgerentscheid zu retten.

Doch auch bundesweit regt sich der Widerstand. Noch zaghaft, aber immerhin. Der zentralen Demonstration des Aktionsbündnisses im November '95 folgten zwei größere Demonstrationen in Berlin eines breiten Bündnisses mit dem Motto: »Sparen wir uns diesen Senat – Wir fordern eine soziale Grundsicherung!«. Auch wenn die Betroffenenorganisationen nicht die Mittel der säumigen Gewerkschaften oder des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) haben, sollen die Aktionen weitergehen: In Berlin wird eine weitere Protestdemonstration für den Mai geplant und ausgehend von den Uni-Asten ist im Juni ein »Sternmarsch gegen den Sozialabbau« in Bonn geplant.

Nachdenklichkeit forderte die ehemalige Europaabgeordnete Birgit Daiber auf dem Sozialpolitischen Forum im Dezember '95 in Kassel. Sie fordert die Projekte auf, sich nicht nur in Abwehrkämpfen zu verlieren, sondern zu überprüfen, ob in den Projekten noch Raum für Widerstand und neue Entwicklungen ist, oder ob sie schon Teil des Systems geworden sind!●

SCHWERPUNKTTHEMA

Sozialhilfereform: »Mit der Sozialhilfe gleich die Löhne senken Seite 6

Frankfurt/Main: Soziale Projekte sollen schließen

Protest: Sternmarsch nach Bonn geplant Seite 7

Überlebenskämpfe in der Szene: Geht der libertär-humanistische Ansatz verloren?

Kommentar: Kahlschlag für Alternativen Seite 8

Nürnberg: Bürgerentscheid zum KOMM? Seite 9

AUS DEM INHALT:

GRAUSCHLEIER...

Grau in Grau kam sie daher, die März-Ausgabe der CONTRASTE. Nicht nur die Fotos waren grau, sondern auch das gesamte Druckbild der Zeitung. Selbst die unterlegten Kästen und Zwischenüberschriften – bis zum unleserlichen dunkelgrau... Ausgerechnet in dieser Ausgabe hatten wir es auf der Seite 2 von der ständigen Qualitätsverbesserung am Produkt Zeitung. Auch die von uns bestellte Titelfarbe war eine andere. Was war passiert? Zunächst einmal haben wir zum ersten Mal direkt bei unserer Hausdruckerei die Filme ausbelichtet. Der Belichter wollte unsere ausgefeilten, auf unser bisheriges Satzstudio ausgerichteten Einstellungen einfach nicht akzeptieren. Deshalb die grauen Fotos und die dunkel unterlegten Kästen. Aber auch die DruckerInnen spielten uns einen Streich: Graue Soße und die falsche Titelfarbe. Auch wir sehen das Produkt, an dem wir so viele Stunden gearbeitet haben erst nach dem Vertrieb durch die Post. Ihr könnt es vielleicht Euch vorstellen –wir waren entsprechend geschockt und hätten am liebsten die ganze Auflage einstampfen lassen. Wir sind auf das Qualitätsbewußtsein unserer DruckerInnen angewiesen. In der Hoffnung, daß Euch und uns die jetzt vorliegende Ausgabe in diesem Punkt zufriedenstellt...

Die Redaktion

GORLEBEN & REPRESSION

Anfang April bekam die selbstverwaltete »Buchhandlung im Schanzenviertel« in Hamburg Besuch vom Landeskriminalamt. Anlaß war die Broschüre »55 Millionen plus X« hrsg. von der Republik Freies Wendland. In erster Linie richtet sich aber das Vorgehen des Staatsschutzes gegen den radikalen Widerstand der Anti-AKW-Bewegung. Anfang Mai werden im Wendland die nächsten Castor-Transporte erwartet. Mehr über die Mobilisierung des Widerstands auf Seite 4.

UNVERKÄUFLICHER BODEN

Der Hamburger Verein zur Förderung alternativer Wohnprojekte besitzt zwei Häuser, die per Satzung unverkäuflich geworden sind. Das erste Haus ist 1999 schuldenfrei. Heidjer Reetz ist im Vorstand des Vereins und Gründer eines Solidarfonds zur gegenseitigen Entschuldung von Häusern.
Per Satzung unverkäuflich ist auch der ehemalige Bahnhof in Ottersberg, der 1991 der Deutschen Bahn für 180.000 DM abgekauft wurde und jetzt 21 Leuten Wohn- und Lebensraum bietet. Mit der Miete kauft der Verein hier Boden frei und zieht ihn so aus dem Spekulationsgeschehen heraus. Seite 5

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Hat die Überfrachtung und mythische Überhöhung der genossenschaftlichen Ideen zu ihrem um so tieferen Sturz geführt? Oder sind die damit verbundenen Konzepte falsch, weil sie – in den westlichen Kulturen formuliert und erprobt – in anderen Gesellschaften keine positiven Wirkungen erzielen können? Diesen und anderen Fragen widmete sich Anfang Februar ein Seminar in Freudenberg. Ein Seminarbericht von Burghard Flieger auf Seite 12.

WOHNUNGSBAU

Als historischen Durchbruch in der Genossenschaftsbewegung bezeichnete der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Großmann fast schon überschwenglich die Reform der Wohnungseigentumsförderung. In den Genuß der Förderung kommen Genossenschaften, die nach dem 1. Januar 1995 gegründet wurden. Jedoch – mit der Verpflichtung, per Satzung das Recht auf Einzeleigentum zu verankern, wird die genossenschaftliche Idee der Eigentumsbindung ohne Spekulation unterlaufen. Seite 13

P 8008 E

VOM »FLUCHTVERKEHR« DER BUNDESDEUTSCHEN

Warum denn gleich in die Luft fliegen...

...achte das Gute auch in der Nähe! – Beim derzeitigen Urlauber-Dreikampf »Immer öfter, immer schneller, immer weiter« spielt das Flugzeug eine zentrale Rolle. Jeder achte Urlaub der BundesbürgerInnen beginnt und endet mit einem Flug (Bahn nur jeder 15. Urlaub). In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Flugpassagiere, die von deutschen Flughäfen starteten, um jährlich dramatische 7 bis 8% an. Der Ruf von den »umweltbewußten Deutschen« bleibt damit nicht auf der Strecke, sondern löst sich in weltzerstörerische Klimagifte auf.

Redaktion Heidelberg ● Bei einem Bummel über die Internationale Tourismusbörse (ITB) im März 1996 in Berlin neigt man schnell zu der Einsicht: »Überall muß es schöner sein als hier!«. Die Fernreise ist zum Statussymbol geworden, der Inlandsurlaub wird belächelt. Dementsprechend sind die Hallen der Übersee-Länder wesentlich besser besucht als Anbieter aus Deutschland oder Europa. Es drängt sich gar der Gedanke auf: »Je weiter weg das Urlaubsziel liegt, desto besser für die Erholung«. Die weltgrößte Reisemesse demonstriert sinnfällig, wie der Tourismus gedenkt, mit dem Umweltschutz umzugehen. So wirbt das afrikanische Land Namibia mit einen Stoffnashorn, welches ein Schild mit der Aufschrift trägt: »Ich heiße Lina, ich sterbe aus, hilf mir !«. Informationen zu dieser Problematik sind dann zwar nicht vorhanden, aber der Standnachbar Air Namibia gibt bereitwillig Auskunft, wie man mit Düsenkrach im Land der bedrohten Kreatur landen kann.

Typisch auch die Halle des Gastgeberlandes Berlin-Brandenburg. Dort steht gleich am Eingang und durch dessen riesige Größe im Mittelpunkt eine mehrstöckige Präsentation der drei Berliner Flughäfen. »Berlin ist eine Abreise wert« lautet so die Botschaft für die vielen einheimischen Messebesucher. Hingegen versteckt präsentieren sich die landschaftlich reizvollen Kreise des Landes Brandenburg.

Die Werbung und Preisgestaltung setzt auf möglichst viele, dafür aber kurze Fahrten.... bzw. Fahrten sind es ja eben nicht mehr, sondern natürlich Flüge. Denn wie schafft man es sonst, ein Wochenende auf den Malediven zu verbringen. Dort kann man dann endlich das tun, was man sich für zu Hause ohnehin vorgenommen hatte: Faulenzen, Surfen, Radfahren, Abtauchen...

Gleichzeitig stellt die Bundesregierung bedauernd fest, daß immer weniger Touristen nach Deutschland kommen. Ein Land, dessen Einwohner immer öfter, immer weiter und in immer kürzeren Zeitabständen entfliehen, kann kein attraktives Ziel für eine Urlaubsreise sein. Allein im letzten Jahr stieg die Zahl der Flugpassagiere, die von deutschen Flughäfen starteten, um knapp neun Prozent. 110 Millionen Fluggäste zählten die 16 deutschen Flughäfen mit internationalen Verbindungen und dies bei gerade mal 80 Millionen Einwohnern. Mittlerweile findet schon jeder achte Urlaub mit dem Flugzeug statt – das ist deutlich mehr als mit der Bahn verreist wird (jeder 15. Urlaub). Häufiger und Weiter sind aber nicht die einzigen Superlative, die die Deutschen als Reiseweltmeister anstreben: Immer höher und immer schneller steht auch auf ihrem Flugprogramm. Flugzeuge, die Mittelstrecken (über 800 km) oder Langstrecken über 4.000 Kilometer fliegen, steigen mit wachsender Flugdistanz immer höher – bis etwa zehn bis zwölf Kilometer hoch. In dieser Höhe ist die Luft viel dünner als in der erdnahen Atmosphäre. Dünnere Luft bietet den Flugzeugen einen geringeren Widerstand, so daß schneller geflogen werden kann.

Fortsetzung auf Seite 3

01.3669 153 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

VOM 30. MAI BIS 2. JUNI 1996 IN BERLIN: 1. EUROPÄISCHES TREFFEN

Für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus

Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern.
Es reicht, sie zu erneuern.
Durch uns. Heute.
(Subcomandante Marcos)

»Die Phantasie an die Macht!« und »keine Macht für niemand!« waren vor mehr als einem Vierteljahrhundert in ganz Europa und in anderen Teilen der Welt Losungen für eine andere, solidarische, gerechtere, bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Die Träume und Hoffnungen von damals scheinen heute von Alltag, Mutlosigkeit, Enttäuschungen, Sachzwängen, Niederlagen, Ohnmacht, Konkurrenz und Standortdebatten verdrängt, vergraben, vergessen.

Von der veröffentlichten Meinung weitgehend ignoriert, haben zehntausend Kilometer von unserem Land entfernt, die seit Jahrhunderten unterdrückten Maya-Indianer im Südosten Mexicos die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer gerechten, freien und demokratischen Welt erneut begonnen. Ihr bewaffneter Aufstand und Protest, ihr »Ya Basta« (Es reicht!) Anfang 1994 waren eine »Kriegserklärung« nicht nur an die mexikanische Regierung, sondern auch an die Herrschenden der Welt und die von ihnen weltweit durchgesetzte Politik der Globalisierung und Ausgrenzung. Und es war eine neue Art von »Kriegserklärung«: nicht die Macht einer neuen revolutionären Vorhut sollte erkämpft werden, sondern eine neue Form von politischer Kultur, ein Freiraum für alle MexikanerInnen, um über sich, ihr Leben, ihre Probleme, die alltäglichen Unterdrückungen, die Politik der Mächtigen gemeinsam nachzudenken und zusammen mit anderen die Forderungen nach Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit und Würde Wirklichkeit werden zu lassen.

Anfang dieses Jahres schrieb die auf den legendären Bauernführer Emiliano Zapata sich beziehende »Zapatistische Nationale Befreiungsarmee« (EZLN) an die 'Völker der Welt': »Über die Grenzen hinweg erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt die Ehrlichkeit und tötet die Hoffnungen. ... Statt Menschlichkeit bieten sie uns Börsennachrichten, statt Würde Globalisierung des Elends, statt Hoffnung Leere, statt Leben die Internationale des Terrors. Gegen die Internationale der Unmenschlichkeit, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung errichten, die Einheit und Zusammenarbeit all derer, die das Leben vorziehen – über Grenzen, Sprachbarrieren, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Denkrichtungen hinweg.... Die Würde ist das Vaterland ohne Nationalität, die rebellische Unbeugsamkeit, die auf Grenzen, Zölle und Kriege pfeift. Die Hoffnung ist die Rebellion gegen Konformismus und Niederlage. Sie schulden uns das menschenwürdig! Das Recht zu regieren und uns selbst zu regieren, in einer Freiheit zu denken und zu handeln, die sich nicht auf die Unfreiheit der anderen stützt, das Recht zu geben und zu erhalten, was gerecht ist«.

Das YA BASTA der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen das weltweite neoliberale Projekt, dessen Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, jedoch einer Grundidee folgen: Menschen dienen lediglich den Verwertungsinteressen einiger weniger Konzerne – wer als Arbeitskraft oder Konsument/in nicht in den Vermarktungsprozeß integriert werden kann, wird ausgegrenzt. Ob in der Europäischen Union (EU) oder in der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), die neoliberalen Programme hinterlassen weltweit – wenn auch unterschiedlich brutal – schmerzhafte Spuren: Durch Privatisierungen, Rationalisierungen, steigende Lebenshaltungskosten, Lohnsenkungen, Sozialabbau und Einschränkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich werden immer mehr Menschen – durch patriarchale Herrschaft insbesondere Frauen – an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Europa wurde als Teil der Globalisierungs-Politik bereits 'grenzenlos'; grenzenlos für die EU-GmbH, das Binnenmarktprojekt mit beschränkter Haftung für Demokratie, LohnabhängigeAusländerInnen, Flüchtlinge, Umwelt, menschenwürdigeres Leben.

Der Anstoß und die Aufforderung der Zapatistas an alle Kontinente, sich über neue Möglichkeiten emanzipatorischer Politik zu verständigen, sehen wir als Chance, mit der Diskussion über neuen Perspektiven hier bei uns zu beginnen und neue solidarische Verbindungen aufzubauen.

Das 1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus soll deshalb eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik hier in Europa ermöglichen, verbunden mit dem Austausch unserer Erfahrungen über bisherige Widerstandsformen und der gemeinsamen Suche von Alternativen zur Europa- und weltweit herrschenden »neuen Weltordnung«.

Die inhaltliche Vorbereitung des 1. Europäischen Treffens soll von den verschiedensten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen in ganz Europa verantwortlich getragen werden. Dabei sollten die verschiedenen Themen unter den drei Aspekten Analyse, Widerstandsformen und Perspektiven diskutiert werden.

Organisatorisch ist es folgendermaßen gedacht: Eine kurze Darstellung der eigenen politischen Arbeit, inhaltliche Beiträge und/oder ein konkreter Vorschlag zu einer Arbeitsgruppe auf dem Treffen sollen spätestens bis zum 30. April an einen Sammelpunkt in der Schweiz geschickt werden, da dort fünfsprachig gearbeitet werden kann (spanisch, französisch, italienisch, englisch und deutsch). Dort werden die Inhalte sortiert und Kontakte zwischen den Gruppen hergestellt, die zu ähnlichen Themen arbeiten, so daß ein Austausch und die inhaltliche Koordination der Arbeitsgruppe schon im Vorfeld des Treffens möglich ist; z.B. zwischen einer Gruppe in Dänemark und einer in Spanien, die zum Thema Migration arbeiten. Wichtig ist, daß die Teilnehmenden nicht nur politische Stellungnahmen konsumieren, sondern ihre eigenen Ideen für das Treffen vorbereiten und einbringen. Die drei Aspekte Analyse, Widerstand und Perspektiven sollen wie ein roter Faden jede Arbeitsgruppe begleiten.

Als Ergebnis des Treffens wünschen wir uns, daß sich aus den Arbeitsgruppen und Diskussionen heraus erste Ansätze einer neuen radikalen und demokratischen Opposition herausbilden, die diesen Namen verdient. Eine solche Opposition kann aber heutzutage nur grenzüberschreitend sein. Und: Sie müßte durchgreifende Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens anstreben: in der Wirtschaft, im sozialen Leben, in der Politik und in der Kultur. Wir laden alle Menschen europäischer und nicht-europäischer Herkunft ein, über Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde auf diesem Kontinent nachzudenken. Ein erster Schritt dazu ist unser gemeinsames YA BASTA! ES REICHT! RAS-LE-BOL! IT'S ENOUGH! ARTIK BIKTIK! XBATNT!●

Solidaridad Directa und Sammelpunkt für Themen, Stellungnahmen, Vorschläge:
Solidaridad Directa
Postfach 8616, CH-8036 Zürich
Fax: (0041-1) 271 90 12

Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
☎(0 30) 694 61 01, Fax 692 65 90
Wir benötigen dringend Spenden für das 1. Europäische Treffen:
Mexiko-Gruppe, B. Mulfinger, Berliner Volksbank, Kto. 120 17 200, BLZ 100 900 00

LONGO MAI – VERANSTALTUNG BEI SSM IN KÖLN

»Neben der Schiene«

In der Märzausgabe stellten wir das erste Projekt der »Longo mai-Kooperative« auf bundesdeutschen Boden vor: – den »Hof Ulenkrug« in Mecklenburg-Vorpommern. Anfang März fand in Köln eine längere und spannende Diskussion mit einigen Mitgliedern der Europäischen Kooperative Longo mai und Menschen, die sich bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim engagieren, statt. Nachfolgend einige Eindrücke aus der Diskussion.

Von Heinz Weinhausen, Köln ● Longo mai ist und war besonders in den 70er Jahren ein von Jugendlichen oft angesteuertes Ziel, um einen ganz anderen Lebensstil als das übliche Lohnarbeiten kennenzulernen. Hier wurde »neben der Schiene« (Hannes), in Abgrenzung zur Geldgesellschaft, seit 1973 die Idee der kooperativen Lebensform mit Leben gefüllt. 22 Pioniere begannen damals einen Hof in Südfrankreich wiederherzustellen und zu bewirtschaften. Heute sind sie etwa 500 Leute geworden. Frankreich ist der Schwerpunkt geblieben mit sechs Betrieben, außerdem gibt es Höfe in der Schweiz, Österreich, Deutschland (seit 1995 in Stubbendorf in Mecklenburg-Vorpommern) und ein Ableger auf Costa Rica, wo Flüchtlinge sich selbst versorgen können. Außerdem existieren Kontakte nach Osteuropa. Auf den Höfen wird eine breite Palette von Erzeugnissen hergestellt: Lebensmittel, Erdziegel, Wollkleidung, Möbel u.a. ...

Neben die Schiene zu gehen, war nicht einfach gewesen. Ohne Solidarität und ohne ständige finanzielle Unterstützung durch einen Freundeskreis und durch Spendenkampagnen hätten sie sich nicht etablieren können, weil Land und Maschinen erworben werden mußten. Andererseits war der Staatsbürokratie die Nichterwerbsorientierung nicht geheuer, weil sie wohl die Verbreitung von Widerstand und Revolution befürchtete. Aber auch Teile der Landbevölkerung wendeten sich verschiedentlich gegen dieses undogmatische Experiment. Spenden bekamen sie aber gerade dafür, daß sie Jugendlichen bei der beginnenden Massenarbeitslosigkeit eine Perspektive bieten konnten. Und abgekoppelt von den Sachzwängen des Marktes und dank des Aufbaus einer kollektiven Selbstversorgung, teilweise verbunden mit neu entwickelter, angepaßter Technologie, konnten sie selbst ihren Anspruch wahren, zu sagen, was sie denken und zu tun, was sie für sinnvoll halten. Ihre Lebenshaltung, nicht für das Portemonnaie zu leben, zeigt sich auch auf anderen Ebenen. Fern dem Ziel, ein eigenes kleines Paradies einrichten zu wollen, betätigen sie sich gemäß ihren Möglichkeiten auch kritisch in der Makrogesellschaft. Sei es in der Gemeindepolitik, sei es in der Flüchtlingsbewegung oder sei es die Unterstützung eines Informationsnetzwerk durch unabhängige JournalistInnen in Ex-Jugoslawien (AIM). Zeitungen werden herausgegeben, ein freies Radio »Zinzine« wird betrieben und jährlich das »Europäische Bürgerforum« organisiert, ein Diskussionstreffen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen.

Ich denke, die Menschen von Longo mai haben es geschafft, ein Stück weit jenseits der marktwirtschaftlichen Doktrin zu leben, ohne das der Preis einer ständigen Plackerei dafür gezahlt werden muß. Ohne ihr Projekt idealisieren zu müssen, läßt es doch hoffen, daß der Weg des Niedergangs der Arbeitskraftverkaufsgesellschaft nicht unbedingt in Verrohung und Mafiasierung enden muß. Vielleicht ist ja hier und heute oder in der nächsten Zeit viel mehr möglich, wenn erst die unsägliche Ohnmacht eines Verharrens in alten Politikmustern überwunden werden kann. Vielleicht gibt es ja doch ein Leben nach der Marktwirtschaft.

Zum Schluß möchte ich noch einen Eindruck von Herma, ehemals Schlosserin und Journalistin in der DDR, weitergeben. »Normalerweise sehe ich in einer Menschenrunde vier, fünf Gesichter, als ich das erste Mal an einer Versammlung von Longo mai teilnahm, sah ich fünfzig.«●

Info bei Longo mai, Postfach 2780, CH-4002 Basel, Fax (0041-61) 44 66 20

ANSTIFTUNG – PROJEKTE GEGEN DAS VERGESSEN

Dresdner Friedenspreis

Einen Dresdner Friedenspreis schreibt die AnStiftung aus. Den Grundstock des Preises stellt der Initiator der AnStiftung, der Autor und Kabarettist Peter Grohmann, zur Verfügung. Der mit 5.000 DM dotierte Preis soll in diesem Jahr erstmals verliehen werden. Mit dem Geld sollen Personen oder Projekte gefördert werden, die sich mit besonderem bürgerschaftlichen Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen. Eigenbewerbungen sind möglich, Fristen nicht gesetzt. Gegen die öffentlich begründete Entscheidung ist Widerspruch nicht möglich, der Rechtweg ist ausgeschlossen – so der Ausschreibungstext.

Den Bewerbungen sind Berichte, Flugblätter, Fotos, Statuten, Zeitungsartikel u.ä. über die bisherige Arbeit des Projekts beizufügen, die eine vorurteilsfreie Bewertung erlauben. Besondere Rechtsformen (e.V.) sind nichtt Bedingung. Mit der Bewerbung erklärt die Bewerberin/der Bewerber die Bereitschaft zur Kooperation mit der AnStiftung für den Fall einer Auszeichnung (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen, Medienauswertung, Festakt zur Verleihung). Dotierte Projekte weisen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf den Preis hin und werben für den Dresdner Friedenspreis des Folgejahres.

Der Dresdner Friedenspreis zeichnet sich als AnStifter-Preis durch weitere Zustiftungen aus. Dem Stifterkreis Dresdner Friedenspreis gehört an, wer mindestens einmal 50 DM für den Friedenspreis stiftet. Diese Spenden sind nicht steuerlich absetzbar.●

Die genauen Ausschreibungsbedingungen können bei der AnStiftung, Goethestr. 23, D-01109 Dresden, angefordert werden.

PRÄAMBEL

Die AnStiftung wurde 1993 von Peter Grohmann ins Leben gerufen und mit einem Kapital von 50.000 DM ausgestattet. Die Mittel stehen für »Projekte gegen das Vergessen« zur Verfügung. Sie dürfen nur dann gewährt werden, wenn Projekte oder Personen ihrerseits ein Drittel der Finanzierung sichern und ein weiteres Drittel von öffentlicher Seite beschaffen. Sinn dieser Regel ist es, Eigeninitiative und Autonomie zu fördern, ohne die öffentliche Hand aus ihrer Verpflichtung zu entlassen. Ausgenommen von der Drittel-Regelung sind Projekte, die selbständig von der AnStiftung ausgezeichnet oder gefördert werden (zum Beispiel der »Dresdner Friedenspreis«).

Die AnStiftung ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und als offene Initiative tätig. Sie fördert aufklärerische, dem Humanismus verpflichtete Projekte, die im Sinne eines kritischen gesellschaftlichen Diskurses öffentlich wirksam werden. Förder-Voraussetzung ist die demokratische Struktur des Projekts. Besonders gefördert werden

- Projekte, die in ihrer praktischen und theoretischen Arbeit der Toleranz, Völkerverständigung, Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet sind; die unterschiedliche Menschen und meinungen auf neuen Wegen zusammenführen;
- Projekte von Minderheiten, EmigrantInnen, Flüchtlingen;
- Projekte, denen größere öffentliche Unterstützung versagt ist und Projekte deren Autonomie durch die Förderung gestärkt wird.
- Projekte, die sich künstlerisch mit politischen Problemen auseinandersetzen.

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Warum denn gleich in die Luft fliegen ...

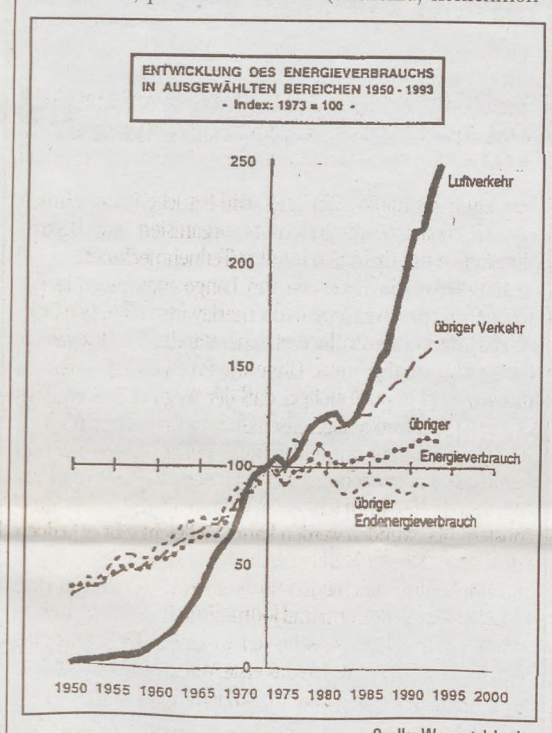
Umweltverschmutzung: Wie im Himmel also auch auf Erden!

Die Benutzung des Flugzeuges ist die umweltschädlichste Art des Reisens. Durch Luftverschmutzung und Lärm werden an den vielen deutschen Flughäfen Millionen von Anwohnern Tag für Tag und Nacht für Nacht bis weit über die gesundheitliche Grenze hinaus belastet.

Der Energieverbrauch pro beförderte Person ist unvertretbar hoch (viermal so hoch als bei der Bahn). Insgesamt wird heute 25 Mal so viel Kerosin verbrannt wie 1960, seit Mitte der achtziger Jahre ist der Energieverbrauch so drastisch gestiegen wie in keinem anderen Bereich. Solche Energieverschwendung wird nicht einmal mit dem ebenso unverträglich wachsenden Autoverkehr betrieben (siehe Grafik).

Im Steigflug zum Klimakiller Nr.1

Weltweit wird inzwischen die Hälfte des Kerosins in Höhen von zehn bis 12 Kilometern verbrannt und in Schadstoffe zerlegt, von denen etliche sicher klimaschädigend sind. Kerosin ist im Gegensatz zum Benzin aber ein chemischer Gemischtwarenladen, in dem nicht nur die Schadstoffe, die wir von den Autos um die Nasen gepustet bekommen, produziert werden (Stickoxid, Kohlenmon-



Quelle: Wuppertal-Institut

und dioxid, Schwefeldioxid, Ruß u.a.). Viele weitere Schadstoffe aus diesem Cocktail sind noch nicht auf ihre Wirkung hin untersucht. Der Teil der Bevölkerung, der in Urlaub fährt, kann sich immer stärker für den Flugtourismus erwärmen. Ganz wie das Klima. Unsicher ist man nur, wenn man berechnen will, wie stark das Fliegen an der Klimakatastrophe beteiligt ist, denn die Schadstoffe halten sich in der Tropopause genannten hohen Luftschicht viel länger als am Boden. Damit wird auch ihre Wirkungszeit verlängert, so daß ein Kilogramm Kohlendioxid in der Tropopause nicht mit einem Kilo in der erdnahen Atmosphäre verglichen werden darf. Kohlendioxid kann sich z.B. dort oben bis zu zehn Jahren halten und die gesamte Zeit den Treibhauseffekt verstärken. Selbst der scheinbar so harmlose Wasserdampf, der von den Triebwerken ausgestoßen wird, gefriert in der kalten Höhe und verbleibt dort als Eiswolke jahrelang und reflektiert die Sonnenstrahlung, die von der Erde zurückgeworfen wird. Flugzeuge schädigen also das Klima stärker als eine einfache Mengenangabe eines Schadstoffes dies ausdrücken könnte. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß man rechnerisch den Gewichtsanteil der vom Flugzeug in der Tropopause ausgestoßenen Schadstoffe verdoppeln muß, um den Beitrag des Flugunwesens an der Klimakatastrophe einschätzen zu können. Andere Berechnungen setzen gar den Faktor 10 an.

Die Trickserei mit der Statistik

Bei der weltweiten Klimakonferenz 1995 in Berlin erhielt der Flugverkehr eine Art Freispruch, in dem er erst gar nicht behandelt wurde. Dafür sprachen keine sachlichen Argumente, vielmehr argumentierten die Länder der Nordhalbkugel, daß man bei der Fliegerei den Schadstoff gar nicht einem bestimmen Land zuordnen könne, wenn der Flug über die Grenzen geht. Damit war man 'fein raus', denn ein Flug nach Florida endet für die Bundesregierung statistisch gesehen schon kurz hinter dem Flughafen Köln/ Bonn an der belgischen Grenze. Und daß zu fast jedem Hin- auch ein Rückflug gehört, stellt die Fliegernation Deutschland erst gar nicht in Rechnung, denn –so die Logik – das Flugzeug wird ja im Ausland betankt, hat also nichts mit Deutschlands Beitrag zur Klimakatastrophe zu tun. So kommt es, daß die Bundesregierung den Anteil des Flugverkehrs an der Verkehrsleistung mit 2,7% angibt und daraus eine minimale Bedeutung für das Klima ableitet, dagegen Schätzungen von Wissenschaftlern des Wuppertal-Instituts bereits einen 30%-Anteil der Fliegerei an der Klimabelastung im Verkehrsbereich angeben. Ändert sich die Verkehrsmittelwahl nicht und nehmen die Fluggäste weiterhin um 7-8% wie in den letzten 10 Jahren zu, wird der Flugverkehr zur Jahrtausendwende der Klimakiller Nr. 1 sein.

»Alles hat seinen Preis...«

weiß der Volksmund seit langem. Man muß hinzufügen: »Alles, nur das Fliegen nicht!« Kerosin ist mit 0,04 bis 0,10 DM pro Liter deutlich billiger als Rohöl. Trotz der immensen gesellschaftlichen Kosten durch das Fliegen wird auf Kerosin noch immer keine Mineralölsteuer erhoben. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß die Raffinerien die Verluste durch das Kerosin auf ihre anderen Produkte umlegen, und diese damit verteuern. Das bedeutet, daß mit jedem Liter Benzin oder Heizöl, die Flugpreise subventioniert werden. Während überall und auch z.B. bei Bahnfahrkarten eine Mehrwertsteuer enthalten ist, wird die bei Flugtickets nicht erhoben. Von des Bundesbürgers Steuern werden außerdem die Flughafengesellschaften subventioniert, damit sie die Start-und Landegebühren auf den deutschen Flughäfen zu Spottpreisen anbieten können. So hat gerade der Bayerische Rechnungshof festgestellt, daß der Münchner Flughafen eigentlich pleite wäre – wenn der Staat ihn nicht durch das Land Bayern als Anteilseigner unterstützen würde.

Das Verhältnis von Entfernung und Preis ist im Flugverkehr schon lange aus den Fugen geraten. Die Fluggesellschaften können Lockpreise bieten, die zu immer höheren Fluggastzahlen und damit auch Umwelt- und Gesundheitsproblemen führen. Dies geht, wie wir in den letzten Jahren immer wieder schmerzlich erfahren haben, auch zu Lasten der Sicherheitsvorkehrungen. Jeder Flugurlauber sollte es als Selbstverständlichkeit ansehen, daß er wahre Preise zahlen muß. Damit nicht nur das Sprichwort wieder stimmt.

Das Fliegen in vernünftigen Bahnen lenken

Zu den Flugbegeisterten gehören auch die ökologisch angehauchten Verbraucher, die ihr schlechtes Gewissen beruhigen, in dem sie das Rail & Fly-Angebot der Bahn nutzen, um zum Flughafen zu gelangen. Jedes fünfte Mitglied des alternativen Verkehrsclubs VCD z.B. benutzt das Flugzeug, um an sein Urlaubsziel zu gelangen. Im Bundesdurchschnitt nahm 1992 dagegen »nur« jeder achte den Flieger. Das Reiseunternehmen des Naturschutzbundes bietet sogar stolz seinen Kunden Flüge »in nur zwei Stunden nach Masuren« als erstes deutsches Reiseunternehmen an. Das zunehmende Problembewußtsein in puncto Autofahren generell und auch für den Urlaubseinsatz bei Umweltbewußten findet also keine Entsprechung bei der Wahl des Flugzeuges als Urlaubsverkehrsmittel.

Unser Klimakonto ist weit überzogen!

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Kohlendioxid-Ausstoß pro Einwohner (CO_2 gilt als Hauptschadstoff mit negativer Klimawirkung) knapp 20 Mal so hoch wie in Indien. Mit welchem Recht nehmen wir uns eigentlich heraus, als einzelner Erdenbewohner Jahr für Jahr annähernd 2,5 Tonnen Kohlendioxid allein aufgrund unserer sogenannten Mobilität in die Atmosphäre abzulassen? Mehr als 1,5 Tonnen jährlich entstehen pro Person durchschnittlich durch die Autonutzung und wer z.B. nach Mallorca in den Urlaub fliegt ist mit weiteren knapp 0,5 Tonnen an der Luftverschmutzung und Klimazerstörung beteiligt, wobei die Klimawirkung mindestens zu verdoppeln ist.

Der durchschnittliche CO_2-Ausstoß im Verkehrsbereich entspräche 52.000 Kilometer Bahnfahrt pro Jahr, doch wer will schon in jedem Jahr mehr als einmal um die Erde fahren?

Der »Fluchtverkehr« muß reduziert werden!

Die von der Bundesregierung unterzeichnete Klimakonvention, bis zum Jahre 2005 gegenüber 1987 25% Kohlendioxid-Ausstoß »einzusparen« ist eine Farce, wenn die Bundesregierung nicht bereit dazu ist, uns zu sagen, daß dies nur durch eine veränderte Verkehrsmittelwahl erreicht werden kann.

Die Verkehrsbürgerinitiativen, die vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. vertreten werden, setzen sich für eine Reduzierung des Flugverkehrs ein. Höhere Flugpreise sind ein wichtiger Bestandteil ihres Maßnahmenpaketes. Das Erreichen von wahren Kosten beginnt mit der Erhebung von Mineralölsteuer beim Kerosin und der Mehrwertsteuer bei den Flugtickets, so daß auf dieser Ebene zumindest eine Gleichstellung mit der Bahn zustande kommt. Mit der Einführung eines Tempolimits von 400 km/h am Himmel stünde der Zeitaufwand einer Reise und die dabei entstehenden Umweltbelastungen wieder im Verhältnis zu ihrem Zweck: Wochenendflüge z.B. nach New York würden sich dann nicht mehr lohnen. Der besonders klimaschädliche Flugverkehr in der Tropopause ist gänzlich zu untersagen, somit ein Höhenlimit einzuführen. Die offensichtlich nächstliegende Maßnahme wäre aber wohl zuerst der Verzicht auf einen weiteren kapazitätserhöhenden Ausbau der Flughäfen, wie z.B. in Berlin, Köln-Bonn, Hannover, Leipzig, Dresden, Dortmund usw. usw. geplant. Was für den Straßenverkehr seit Jahren dargelegt wird, trifft auch auf den Luftverkehr zu: Es ist schlicht widersinnig, die Verkehrsanlagen auszubauen, wenn Verkehrsvermeidung das oberste Ziel sein muß. Die gegenwärtige Luftverkehrspolitik folgt damit der absurden Logik, zur Bekämpfung des Alkoholismus die Zahl der Schnapsverkaufsstellen zu erhöhen.

Wer an stinkigen Straßen leben oder Nacht für Nacht den Fluglärm eines Flughafens erleiden muß, meint, wenigstens im Urlaub ganz weit weg zu müssen, um dem alltäglichen Terror zu entfliehen. Dieses zunehmende »Fluchtverhalten« der Bundesbürger muß durchbrochen werden durch menschlichere Städte und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbaren Naherholungsgebiete. Das Besondere wird immer wertvoller, so ist es auch mit Fernreisen. ●

Informationen über die Arbeit der Verkehrsbürgerinitiativen sind gegen 2 DM-Rückporto erhältlich bei: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin – Wedding, Tel: (0 30) 492 74 73, Fax: 492 79 72

BIOLAND feiert Jubiläum

Der größte deutsche Zusammenschluß von Erzeugern (und VerarbeiterInnen) kontrolliert biologischer Lebensmitteln, BIOLAND, wird diesen Monat 25 Jahre alt. Am 23. April 1971 wurde der Verband für organisch-biologischen Landbau, der heute im Ökolandbau vor DEMETER der größte ist, gegründet.

Von Bernd Hüttner, Bremen ● BIOLAND versteht sich als Anbauorganisation, die sich Richtlinien gegeben hat und deren Einhaltung überwacht, und als politische Bewegung zugleich. Als politische Organisation setzt BIOLAND sich vor allem für die Stärkung der politischen Positionen ein, die in Richtung einer Regionalisierung und Ökologisierung der Landwirtschaft gehen, die die Vermarktung ökologischer Lebensmittel fördern und den ländlichen Raum insgesamt stärken wollen.

BIOLAND hat heute 2.838 Mitgliedsbetriebe, die zusammen 93.149 Hektar bewirtschaften, in den letzten 5 Jahren stieg der Zahl der Mitgliedsbetriebe um imposante 40 Prozent. Innerhalb des Verbandes gibt es jedoch große Unterschiede; was die Betriebsstruktur und die regionale Verteilung der Mitglieder angeht: Die Hälfte aller Betriebe ist allein in Bayern und Baden-Württemberg anzutreffen, in den neuen Ländern gibt es knapp 100 Betriebe, die – wie in der konventionellen Landwirtschaft auch – weit größere Betriebsflächen aufweisen: So bewirtschaften die 45 brandenburgischen BIOLAND-Betriebe zusammen etwas mehr Fläche als die 196 Mitgliedsbetriebe in Schleswig-Holstein. Der Flächenzuwachs im deutschen Ökolandbau durch die Wiedervereinigung ist, wie mittlerweile klar wird, nicht die Ursache für den Angebotsüberschuß, eines der wichtigsten Probleme des ökologischen Landbaus der letzten Jahre. Dieser dürfte viel eher durch den allgemeinen Zuwachs an Biobetrieben entstanden sein, die aus der vermehrten staatlichen Förderung des Öko-Landbau entstanden.

Grafik aus: Stiftung Ökologie & Landbau: Einkaufen direkt beim Biobauern; 1995

Die Zahl aller Betriebe des anerkannten ökologischen Landbaus ist ebenfalls gestiegen: gab es 1985 gerade knapp 1.500 Betriebe, waren es 1995 schon über 5-000 – mit zusammen über 281.000 Hektar Nutzfläche. Hinzu kommen noch die biologischen Betriebe, die nach der EU-Verordnung wirtschaften, aber nicht in einem der anerkannten Verbände sind.

Mit diesem Wachstum stellen sich auch ganz neue politischen Probleme für die Verbände. In welche Richtung soll es gehen? Wie lassen sich die Ideale der Gründerzeit heute noch umsetzen? Soll Öko-Ware in die Supermärkte und unter Umständen ein Wachstumsprozeß in Gang gesetzt werden, wie in der konventionellen Landwirtschaft auch? Die Landwirte, die heute umstellen, tun dies auch aus anderen Motiven als die, die der Pioniergeneration angehörten und diesen Schritt nicht in einer Zeit taten, in der der Ökolandbau so anerkannt war wie heute. Herausragender Erfolg der letzten Jahre war die Verabschiedung der EU-Richtlinie zum Biolandbau, die zumindest für den Pflanzenbau klare Produktkriterien liefert und den Kampf gegen Pseudo-Bioprodukte erleichtert, die mit ihrem Namen einen ökologischen Eindruck erwecken wollen, aber aus konventionellem Anbau stammen.

BIOLAND möchte in Zukunft verstärkt deutlich machen, daß der ökologische Landbau als Leitbild für eine Ökologisierung der gesamten Wirtschaft verstanden werden kann und muß. Der Weg der Vermarktung auch über Supermärkte soll zusammen mit dort angebotenen Produktinformationen fortgesetzt werden. Ein immenses Absatzpotential liegt noch im Bereich der Großverbraucher, wie z.B. Kantinen von Behörden, Firmen oder Krankenhäusern –die erst jetzt vereinzelt beginnen, ihren Einkauf in Richtung »Öko« zu orientieren. Unter Umständen ist die – nicht nur im Zusammenhang mit dem Jubiläum erhobene – Forderung nach flächendeckender Umstellung auf Ökolandbau doch nicht so unrealistisch. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Funke jedenfalls will bis zum Jahre 2000 in seinem Bundesland die Zahl der Öko-Betriebe verzehnfachen. ●

ZEITSCHRIFT »BIO-LAND«

Das BIOLAND-Jubiläum ist auch das Thema der Ausgabe 1/96 der Mitgliedszeitschrift »bio-land«. Neben dem wohl unvermeidlichen Eigenlob finden sich Berichte aus der Geschichte des Verbandes und (teilweise kontroverse) Diskussionsbeiträge zur Zukunft des ökologischen Landbaus. Eine Streitfrage ist, ob die Landwirtschaft ohne Subventionen wirtschaften und sich mehr auf den Markt stützen soll. Die andere Sichtweise argumentiert, ohne Subventionen sei für viele Betriebe die Umstellung unmöglich, desweiteren könne die Gesellschaft die ökologischen und kulturellen Leistungen der (ökologischen) Landwirtschaft ruhig auch finanziell honorieren.

Das in der Landwirtschaft völlig unterbelichtete Thema der Zusammenarbeit und der landwirtschaftlichen Kooperationen ist der Schwerpunkt der vorhergehenden Ausgabe 6/95 von »bio-land«. Auch im Ökolandbau ist der Familienbetrieb die vorherrschende Betriebsform, obwohl seine nachteiligen sozialen und gesundheitlichen Folgen bekannt sind und die in ihn eingeschriebene Arbeitsteilung zu Lasten der Bäuerin geht; gleichzeitig gibt es aber im Ökolandbau mehr Experimentierfreude mit Eigentums- und Betriebsformen. In dem Heft werden Kooperationen unterschiedlicher Art vorgestellt und auch Tips hinsichtlich der Probleme und rechtlichen Organisation von Kooperationen gegeben. ●

be

bio-land 6/95 bzw. 1/96, je 60 S. gegen 5 DM in Briefmarken bei Bioland, Nördliche Ringstrasse 91, D-73033 Göppingen

TAG X2 – WIR STELLEN UNS QUER!

CASTOR-Alarm in Gorleben

In der Zeit vom 6. bis 10. Mai sollen erneut hochradioaktive Abfälle in das Zwischlager Gorleben gebracht werden. Diesmal sind ein Transport von der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague und einer aus dem Atomkraftwerk Grundremmingen in Bayern geplant. Der folgende Beitrag wurde uns von der »Republik Freies Wendland«, Botschaft Verden übermittelt.

Fast zwölf Jahre lang konnte die Inbetriebnahme der Castorhalle des Zwischenlagers Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg durch erfolgreichen Widerstand verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde trotz massiver Proteste der erste Castor in das Zwischenlager eingelagert.

Zum »Schutz« der lebensfeindlichen Fracht wurde der größte Polizeieinsatz in Deutschlands Nachkriegsgeschichte notwendig. 14.000 PolizistInnen waren auf der ganzen Transportstrecke im Einsatz. 7.000 davon alleine im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Sie wurden eingesetzt, damit der Castorbehälter gegen den Willen der Bevölkerung und unter Anwendung massiver Gewalt in das Zwischenlager gebracht werden und die Castorhalle in Betrieb genommen werden konnte. Insgesamt kostete der Polizeieinsatz damals über 55 Mio. DM!

Auch in diesem Jahr sind wieder Transporte hochradioaktiven Mülls nach Gorleben geplant. Einer von ihnen soll aus der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in La Hague (Frankreich) und ein anderer aus dem Atomkraftwerk Gundremmingen (Bayern) kommen.

Bei dem Transport aus La Hague handelt es sich um Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente. Der Transport aus Gundremmingen ist einer, wie er auch schon im letzten Jahr nach Gorleben kam: ein Castorbehälter mit abgebrannten Brennelementen, die nicht wiederaufgearbeitet wurden. (siehe auch Kästen). Es ist möglich, daß die Transporte am selben Tag – zumindest aber in der selben Woche – eingelagert werden sollen.

Was tun, um die Transporte zu verhindern?

Ziel der Aktionen ist es, die Transporte nach Gorleben zu verhindern und damit dazu beizutragen, das gesamte Atomprogramm der Bundesrepublik ins Wanken zu bringen. Unsere Ansatzpunkte sind, einerseits die Kosten für die Polizeieinsätze in die Höhe zu schrauben. Andererseits ist es der öffentliche Protest der Bevölkerung: Er zeigt, daß viele Menschen gegen das unverantwortliche radioaktive Restrisiko eintreten und somit der politische Preis dieser Transporte steigt.

Wir müssen jetzt mit aller Kraft versuchen, diese Transporte zu verhindern. Es gilt das Motto wie auch beim letzten Transport: Den Castor stoppen, bevor er losfährt! Denn wenn er losgefahren ist, können wir ihn zwar noch stören, diesen Transport aber nicht mehr verhindern. Überall in der Bundesrepublik muß jetzt gezeigt werden: Wir stellen uns quer, wenn der Castor kommt! Überall können und sollen kleine und größere Aktionen laufen, um diese Bereitschaft schon jetzt zu demonstrieren!

Unsere Hoffnung ist es, daß es sich irgendwann ökonomisch nicht mehr lohnen und politisch nicht mehr durchsetzen läßt, die hochradioaktive Fracht quer durch die Republik zu schicken, daß irgendwann die Atomkraftwerke nicht mehr gegen den Willen von 80% der Bevölkerung betrieben werden können!

April 1995, Demonstration gegen Castor-Transport

TAG X2: Wir stellen uns quer!

Am Wochenende vor dem Tranporttermin – also unter Umständen vom 3.-5. Mai – werden im gesamten Wendland unterschiedlichste Aktionen und Demonstrationen stattfinden. Am Freitagnachmittag werden Uelzen und Lüneburg Treffpunkte für Menschen sein, die von weit her anreisen müssen. Am Samstagvormittag wird es in Dannenberg eine große Demonstration mit Kundgebung geben. Sie wird wieder unter dem Motto stehen: Den Castor stoppen, bevor er losfährt! Denn auch dann besteht immer noch die Chance, eine Abfahrt aus der WAA oder dem AKW zu verhindern. An den folgenden Tagen gilt es dann, mit vielfältigen Aktionen »Unmut zu äußern«. Wie diese Unmutsäußerungen aussehen könnten, bleibt allen selbst überlassen... Es ist nicht so wichtig, ob Du nur für die Demonstration ins Wendland kommst, für's ganze Wochenende oder erst zum Blockieren an TAG X2. Wichtig ist nur, daß Du kommst!

Was ist zu beachten?

Wer für längere Zeit ins Wendland kommen will, sollte sich auf ihren/seinen Aufenthalt entsprechend vorbereiten und ausrüsten. Für eine begrenzte Anzahl von Menschen können Schlafplätze vermittelt werden, auch für Essen ist in begrenzten Mengen gesorgt. Bitte bringt aber trotzdem ausreichend Nahrungsmittel, warme und regendichte Kleidung, Schlafsack, Isomatte, und evtl. ein Zelt mit.

Es ist gut, in einer Dir vertrauten Gruppe anzureisen. Ihr solltet vorher gut besprechen, was ihr plant und auf welche Art von Aktionen Ihr Euch einlassen wollt. Außerdem werdet Ihr an den verschiedenen Aktionsplätzen Infotische mit Leuten finden, die Euch weiterhelfen werden.●

TERMINE & AKTIONEN

Im folgenden findet Ihr eine kurze Übersicht über die wichtigsten Termine und Aktionen in den nächsten Wochen. Einige Termine können mit einer Änderung des Transporttermin noch einmal verschoben werden. Weitere Termine könnt Ihr der »taz« oder der »junge Welt« entnehmen.

27.4.96: Dezentrale Großdemonstrationen anläßlich des 10. Tschernobyl-Jahrestages in Krümmel, Ahaus, Biblis, Garching, Morsleben und Breisach i. S.

3.-5.5.96: Aktionswochenende im Wendland zur Verhinderung der Transporte

6.-8.5.96: Voraussichtlicher Transporttermin: Wir stellen uns quer!

SPENDEN

Erfolgreicher Widerstand kostet viel Geld, deshalb bitten wir um Spenden an die Verdener Umweltwerkstatt e.V., Stichwort: Anti-Castor: Kto-Nr. 15 001, KSK Verden, BLZ 291 526 70. (Auf Wunsch stellen wir auch Spendenquittungen aus.)

Weitere Informationen

Wenn Ihr noch Fragen habt, meldet Euch entweder bei der Anti-Atom-Gruppe, c/o Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden, Tel.: 04231/ 810 46, Fax: 810 48 oder bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Tel.: 05841 / 46 84, Fax: 31 97●

SELLAFIELD UND LA HAGUE

Deutscher Atommüll in der »Wiederaufarbeitung«

Deutscher Atommüll wird seit den 70er Jahren zur sogenannten »Wiederaufarbeitung« nach Frankreich und Großbritannien geschickt. Die »Wiederaufarbeitung« ist der dreckigste Schritt im sogenannten »Brennstoffkreislauf«. Die Verschmutzung der Umwelt im Normalbetrieb durch radioaktive Stoffe ist weitaus höher als bei einem Atomkraftwerk. Die Leukämierate ist bei Kindern in der Umgebung der britischen Wiederaufarbeitungsanlagen rund 10 mal höher als im Landesdurchschnitt.

Bei der »Wiederaufarbeitung« wird die Atommüllmenge verzwanzigfacht. Als nutzbare Produkte stehen am Ende nur Plutonium und Uran, aus denen die sogenannten Mischoxid-Brennelemente (MOX) gefertigt werden. Diese sind in der Handhabung gefährlicher und finanziell gesehen uneffektiver als normale Brennelemente. Das Plutonium wird zudem teilweise zur Atomwaffenproduktion weiterverwandt.

Seit den 70er Jahren bestehen Verträge zwischen deutschen Kraftwerksbetreibern mit den Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) über die Aufarbeitung von abgebrannten Brennelementen. Noch heute gehen wöchentlich Transporte aus Deutschland in die Wiederaufarbeitung. Bestandteil der Verträge ist auch eine Rücknahmepflicht für die radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung, daß sind insgesamt 3.600t Atommüll und 41t Plutonium. Unter den Kraftwerksbetreibern ist es in der Diskussion, ob diese Verträge gekündigt werden. Offensichtlich ist die Wiederaufarbeitung zu teuer.

Der hochradioaktive Anteil des Müll (High activ waste = HAW) wird in Glas eingeschmolzen und diese sogenannten Glaskokillen werden dann in castorähnliche Transportbehälter verpackt. Ein solcher Behälter soll voraussichtlich im Mai 1996 das erste mal von der WAA in La Hague nach Gorleben transportiert werden. Eine genaue Festlegung oder gar Überprüfung der radioaktiven Inhaltsstoffe der Glaskokillen ist unmöglich. Deshalb ist es nicht auszuschließen, daß innerhalb eines HAW-Behälters eine kritische Masse entsteht. Und damit eine Kettenreaktion in Gang gesetzt wird, die mit einer Atomexplosion enden kann! Die Sicherheitsmängel bezüglich Bruchfestigkeit und Feuerbeständigkeit sind noch gravierender als beim Castor-Behälter.●

WAS IST EIN CASTOR?

Ein Castor ist ein Behälter für den Transport und die Lagerung hochradioaktiyer, abgebrannter Brennelemente, die bei der Stromerzeugung in Atomkraftwerken anfallen. Die Brennelemente werden nach etwa fünfjähriger Kühlung in den Abklingbekken der AKW's in diese Spezialbehälter verpackt und per Bahn entweder zur Wiederaufarbeitung nach Sellafield oder La Hague bzw. zur Zwischenlagerung nach Gorleben transportiert. Der Inhalt eines einzigen Castor-Behälters entspricht der Strahlungsmenge von 40 Hiroshima-Bomben!

Wie sicher ist der Castor-Behälter?

Es wurden unterschiedliche Sicherheitstests mit den Behältern durchgeführt. Unter anderem Falltests aus 9 Metern Höhe, bei denen die Behälter eine Geschwindigkeit von 48 km/h erreichen und Feuertests bei denen die Behälter 30 Min. lang 800°C standhalten müssen. In der Realität können die Belastungen, denen ein Castor-Behälter im Unglücksfall ausgesetzt ist, jedoch weitaus höher sein. Für schwere Unfälle ist der Castor-Behälter nicht ausgelegt! So wird der Castor-Behälter mit bis zu 100 km/h befördert! Bei Unfällen mit Benzin und Chemikalien können Temperaturen bis zu 2.000°C auftreten. Löscharbeiten sind auf einsamer Strecke innerhalb von 30 Minuten fast unmöglich. Viele dieser Tests finden zudem mit kleineren Castormodellen und nicht am Original statt. Außerdem sind diese natürlich nicht beladen.

Solche Behälter sollen nicht nur Unfällen während des Transports, sondern auch 40 Jahren Zwischenlagerung standhalten. Niemand kann dafür garantieren, daß es nicht zu Unfällen kommt oder im Laufe der Jahre durch Korrosion und radioaktive Strahlung Beschädigungen am Behälter entstehen, die dazu führen, daß radioaktive Stoffe entweichen.

Auch die permanente Abgabe von radioaktiver Strahlung kann ein Castor-Behälter nicht verhindern: 1 1/2 Stunden in der Nähe eines Castors reichen aus, um die max. Jahresdosis aufzunehmen.●

DURCHSUCHUNG WEGEN BROSCHÜRE

55 Millionen plus X

Am frühen Morgen des 3.4.96 wurden die Geschäftsräume der Hamburger selbstverwalteten Buchhandlung im Schanzenviertel vom Landeskriminalamt durchsucht. Anlaß war die Broschüre »55 Millionen plus X« hrsg. von der Republik Freies Wendland, in der »auf den Seiten 18 und 19 detailliert Angaben darüber gemacht werden, wie Sprengsätze zur Sprengung von Strommasten und Schienensträngen herzustellen sind« (zitiert aus dem Durchsuchungsbeschluß).

»Uns wird die Verbreitung dieser Broschüre entsprechend § 130 StGB vorgeworfen, die Verbreitung einer Schrift, die geeignet ist, zu Straftaten aufzurufen«, so die BuchhändlerInnen in ihrer Pressemitteilung vom gleichen Tag.

»Kurz nach Öffnung des Ladens um 9.40 Uhr betraten fünf Lka'ler und ein Trupp Uniformierter (10-12) den Laden, weitere Uniformierte postierten sich vor dem Eingang und Schaufenster und ließen niemand mehr herein.

In Anwesenheit unserer kurz darauf erschienenen Anwälte, die verhinderten, daß sämtliche Geschäftsunterlagen beschlagnahmt wurden, suchten sie relativ gezielt nach der Broschüre und Hinweise auf deren UrheberInnen. Sie beschlagnahmten zwei Exemplare, außerdem eine vollständige Ausgabe der neuesten »Zeck« – das Info aus der »Roten Flora« – und 59 Exemplare des mittleren Einlegeblattes mit u.a. einer Kopie aus der gesuchten Broschüre, sowie eine Ausgabe der »radikal« Nr. 151.

Wieder einmal sollen wir als linker Buchladen gezwungen werden, politische Veröffentlichungen zu zensieren und damit die Verbreitung linker Inhalte zu verhindern. In erster Linie richtet sich das Vorgehen des Staatsschutzes jedoch gegen den radikalen Widerstand der Anti-AKW-Bewegung. Nach Ostern werden im Wendland die nächsten Castor-Transporte erwartet. Unter dem Motto »Den Castor stoppen bevor er losfährt – Tag X2 – Jetzt erst recht« läuft die Mobilisierung um diese Transporte politisch und praktisch zu verhindern. Kein Wunder, daß der Staatsschutz aktiv wird.●

Anzeige

Castor-Alarm!

Im Mai 1996 sollen hochradioaktive Abfälle ins Zwischenlager Gorleben gebracht werden. Unser Ziel ist es, diese Transporte zu verhindern!

Am 11. April erscheint in in der taz eine vierseitige Mobilisierungszeitung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Die Zeitung kann zur Mobilisierung gegen den Castor in großen Mengen vorbestellt werden. 20 für 4 DM, 50 für 7 DM, 100 für 10 DM, 200 für 15 DM und 500 für 25 DM. Zu bestellen gegen Briefmarken oder in bar bei: Anti-Atom-Gruppe, Herrlichkeit 1, 27283 Verden, Fon 04231 / 81046, Fax: 810 48

Verhindert die Atomtransporte nach Gorleben!

WOHNINITIATIVEN

Zug um Zug schuldenfreier

»Im Jahr 2000 sind wir schuldenfrei,« rechnet Roland Runge vom Bahnhof e.V. – Initiative für Neues Wohnen aus Ottersberg bei Bremen.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● 1991 für 180.000 Mark der Deutschen Bahn abgekauft. Finanzierung durch Spenden, zinsgünstige Privatkredite, Bürgschaften, Leih- und Schenkungsgemeinschaften und ein Darlehen der GLS-Bank Bochum. 1992 Zuschuß der Wohnungsbauförderstelle Verden für Renovierungen in Höhe von 327.000. Mark – 1995 steht der Bahnhof mit einem Wert von einer halben Millionen 21 Leuten, meist StudentInnen der freien Kunststudienstätte Ottersberg, als Wohnraum zur Verfügung.

Unverkäuflicher Boden

Zwei Gruppen gehörten zur 1. Generation: die Ateliersplatzpächter im Bahnhof und eine theoretische Arbeitsgruppe zur Bodenfrage. Roland Runge erklärt: »Die Ortsmieten wurden durch die Expansion der Studienstätten immer teurer.« Mit einer Einheitskaltmiete von 160 Mark für durchschnittlich 18 qm-Zimmer und Gemeinschaftsraumnutzung kauft der Verein hier Boden frei und zieht ihn so aus dem Spekulationsgeschehen heraus.

Angela Wolter und Roland Runge gehören zu der 3. und 2. Bewohnergeneration des Ottersberger Bahnhofs. Die Fluktuaktion ist groß und entspricht dem ehemaligen Charakter einer Durchgangsstation. Foto: Goetz Paschen

Die Unverkäuflichkeit ist durch die Satzung garantiert. Mit 4/5-Mehrheit wäre das theoretisch zu ändern, »aber nicht mit den Leuten, die im Verein sind,« garantiert Roland Runge. Ein anderer ähnlich denkender Verein soll ins Grundbuch mit einer so hohen Summe eingetragen werden, die den Verkauf unsinnig werden ließe, sei eine Idee dazu.

Bequeme Enkel

Hatte die 1. Bewohnergeneration nichts anderes als Bauschutt und Finanzierung im Kopf, ist es für die 2. und 3. Generation hier schon angenehm zu leben. Angela Wolter, eine Bewohnerin: »Das waren Erfahrungsfelder, die spätere Generationen nicht mehr mitbekommen können. Für inhaltliche Arbeit wäre jetzt viel Raum.«

Während anfangs Leute zusätzlich zur kostenlosen Arbeit noch richtig Geld in das Projekt hineinschoben, was privat verloren war, stehen die aktuellen BewohnerInnen inzwischen auf festen Boden. »Die, die in zwei Jahren hier wohnen, haben gar nichts mehr zu tun,« meint Roland Runge.

Platz für Kultur

Neue Aufgabenfelder böten neue Möglichkeiten: Zum Beispiel kulturelle Veranstaltungen – der Kultursalon, die ehemalige Bahnhofsgaststätte, ist auch für Außenstehende ein möglicher Veranstaltungsort. Nach dem Prinzip 'freier Boden – freie Kultur' erklärt Angela Wolter die Preisfrage: »Leute von außerhalb des Bahnhofs können den Kultursalon nutzen. Kultur läuft gerade hier auch wegen der geringen Saalmiete.« Daneben kann sie sich auch Konzepte von generationsübergreifendem Wohnen vorstellen.

21 StudentInnen bewohnen den Ottersberger Bahnhof. Der Boden ist per Vereinssatzung »neutralisiert«, die Immobilie unverkäuflich. Foto: Elke Paul

Neue Projekte

Andererseits schielen einige Vereinsaktive auch schon auf das Gelände auf der gegenüberliegenden Gleisseite, das sie gern unter ihre Fittiche nehmen würden.

Auch wenn es noch einiges zu tun gibt (wie zum Beispiel die Bauabnahme, geplant für Sommer 1996), ist das Projekt geglückt, so der Vereinstenor, schon fünf Jahre nach Beginn. Das gemütliche Klima unter den BewohnerInnen bestätigt eine Aussage von Angela Wolters: »Es gehört zu den Möglichkeiten eines Freiraums, ihn auch zu nutzen.«●

Nähere Informationen für SpenderInnen, UnterstützerInnen und Interessierte: Ottersberger Bahnhof e.V., Bahnhofstr. 1, 28870 Ottersberg, Tel. (0 42 05) 4 83

ÜBER DEN FREIKAUF VON BODEN – EIN PROJEKT ZUR FÖRDERUNG

Stiftung will Wohnprojekte fördern

Heidjer Reetz ist im Vorstand des Hamburger Vereins zur Förderung alternativer Wohnprojekte e.V. und entwickelt federführend eine Idee zur Förderung von Wohnprojekten.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Er ist Gründer des Solidarfonds zur gegenseitigen Entschuldung von Häusern, einer treuhänderischen Stiftung. Der Berater für Wohnprojekte erklärt Grundlegendes zum Thema Boden: »Freikaufen heißt nicht, daß der Boden frei wird, sondern die Menschen.« Der Einzelne soll sich vom Marktmechanismus befreien, der die Bodenpreise jährlich um rund 10% steigen läßt. Obwohl der Boden unverkäuflich ist, kann sich der Nutzer als Eigentümer souverän und frei verhalten. Trotzdem vermittelt ihm der Boden keinen Vermögenswert.

Boden ist keine Ware

Heidjer Reetz aus Lünzen/Schneverdingen (ca. 50 km östlich von Bremen): »Boden ist grundsätzlich nicht käuflich und keine Ware, weil er nicht durch Arbeit hergestellt worden ist. Wer Boden gegen Waren/Geld tauscht, tauscht etwas Leistungsloses gegen etwas, das durch Leistung hergestellt wurde. Er entzieht dem Wirtschaftskreislauf Waren ohne Gegenleistung.«

Der Hamburger Verein zur Förderung alternativer Wohnprojekte besitzt zwei Häuser, die durch die Satzung unverkäuflich geworden sind. Das erste Haus ist 1999 schuldenfrei. Ab dann fließen Zins und Tilgung, die zur Entschuldung nicht mehr gezahlt werden müssen, als Solidarbeitrag in das zweite Haus und andere Projekte.

Der aktive Mann, der neben diesen theoretischen Ideen auf dem Riephof in Schneverdingen in einer Hofgemeinschaft unter anderem Landwirtschaft betreibt, studierte Philosophie in Freiburg und bietet für diese gesellschaftsverändernden Theorien mit dem Solidarfonds ein bodenständiges Erprobungsfeld: »Im Prinzip unterstützen bestehende Projekte mit geringer Verschuldung andere junge Projekte mit hoher Verschuldung.«

Gegenseitige Entschuldung

Der Vorteil liegt darin, daß man massiv Zinsen spart. Ein Projekt, das sich früher entschuldet, spart für den Restzeitraum die Zinsen. Die begünstigten Projekte zahlen nicht weniger Schuldendienst, sondern bringen den ersparten Betrag in den Fonds ein. Das führt zu einer Exponentialfunktion beim Entschuldungsprozeß. Der Bodenspezialist: »Diese Exponentialfunktion kennen wir sonst nur bei Verschuldungsprozessen.« Dem Solidarfonds gehört man verpflichtend so lange an, wie man hätte abzahlen müssen (die Regelentschuldungsdauer) und nachher auf freiwilliger Basis.

»Es ist ein supersoziales Ding, aber es wird niemand begünstigt. Es wird nur ein gesellschaftlicher Prozeß eingeleitet, der zu Bodenfreikauf führt,« so Herr Reetz. Der einzelne hat vordergründig keine Vorteile. Allerdings soll die Kostendeckungsumlage (= Miete) in den freigekauften Häusern nicht mehr steigen. Zudem sitze einem keine Bank im Nacken, so Reetz, und der Fonds würde ein Haus nicht einfach verkaufen. Der Gründer meint: »Es ist eine größere Sicherheit, zehn Projekte, die sich gegenseitig unterstützen, gleichzeitig zu entschulden. Einen Stab bricht man leicht, zehn Stäbe nicht.« Auf freiem Boden fällt – laut Theorie – das Kündigungsrecht eines Vermieters flach. Es gibt keinen Vermieter. Natürlich werde es auch dort menschliche Probleme geben, die aber anders gelöst werden müssen, nicht durch Macht.

Der Solidarfonds

Der Solidarfonds ist als treuhänderische Stiftung Bestandteil des Vereins zur Förderung alternativer Wohnprojekte e.V. und diesem rechenschaftspflichtig. Das Gremium der Stiftung wird von der Vereins-Mitgliederversammlung eingesetzt. Fünf weitere Projekte in Deutschland haben diesem frisch gegründeten Fonds, der lediglich aus durchlaufenden Geldern besteht, bereits ihre Solidarbeiträge in Aussicht gestellt. Mit den Mitteln soll jeweils der teuerste Schuldendienst abgezahlt werden. 10 bis 20 Häuser sind der Überschaubarkeit wegen die Obergrenze an beteiligten Projekten. Beitrittsvoraussetzung ist die »Unverkäuflichkeit des Bodens«, die durch gegenseitige Grundbucheintragung oder Schenkung garantiert werden soll.

Informationen & Seminar

Ein Informationspapier gibt es gegen 2 DM in Briefmarken beim Solidarfonds: Heidjer Reetz, Rieper Moor 2, D-29640 Lünzen, Tel. (0 51 93) 12 31.

Seminar: »Neuer Umgang mit Grund und Boden«
Themenschwerpunkt: Eigentumsformen und Finanzierung der Immobilien von Wohn- und Lebensprojekten.
Referent: Heidjer Reetz, Berater von Wohnprojekten, Vorstand des Vereins zur Förderung Alternativer Wohnprojekte e.V. in Hamburg.

Heidjer Reetz ist Initiator der Idee des Solidarfonds Foto: Elke Paul

Termin: 4./5. Mai 1996
Ort: Lünzen/Schneverdingen
Kosten: 50 DM Seminargebühr, 50 DM Vollpension und Übernachtung
Anmeldung: Überweisung von 50 DM vorab unter Angabe des Verwendungszwecks »Seminar 4./5. Mai – eigene Adresse«. Konto: Riephof, 29640 Lünzen, Kto-Nr. 360 085 3200, BLZ 258 916 36, Volksbank Soltau●

Anzeige

KURDISTAN
eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD
AutorInnenTeam der AKTION 3.WELT Saar
Magazin Verlag, Kiel, 1995 ,Reihe BRD + 3.Welt Nr.52, 50 Seiten, 4,-DM
•historische Entwicklung
•aktuelle Situation
•Interessen der Türkei und BRD
•Möglichkeiten einer politischen Lösung
•Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD
•Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse
Für Wiederverkäufer und Büchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt
zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM)
kostenlose Rezensionsexemplare

AKTION 3.WELT Saar • Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim • Tel 06872/6982 Fax 7826
Bankverbindung: Konto 01382618 bei Saarbank Losheim, BLZ 591 900 00

Anzeige

Konrad Hecker
Der Faschismus
und seine demokratische Bewältigung
GEGENSTANDPUNKT
ca. 350 Seiten, DIN A 5 Fadensiegelung
kartoniert 30,-DM ISBN 3-929 211-02-5
Gegenstandpunkt-Verlag Türkenstr. 57
80799 München 080-27211604
Fax 089-2721605

SOZIALHILFEREFORM

Sozialpolitik

Mit der Sozialhilfe gleich die Löhne senken

Heute wird ein Niedrigstlohnsektor allenthalben als Wunderwaffe gegen die aktuelle Massenarbeitslosigkeit gepriesen. Wie wär's mit einem Job als Dienstmädchen, als Caddy am Golfplatz oder als schwarzer Sheriff? BilliglöhnerInnen sollen dem schrumpfenden Bevölkerungsteil der »Besserverdienenden« zur Hand gehen, ihren Reichtum zu raffen und zu zelebrieren. Nur gibt es da noch ein Problem:
»Der Schaffung eines Niedriglohnbereichs steht ... das gegenwärtige Sozialhilferecht ... entgegen.« (1)

Von Guido Grüner, Freiberg ● Viele Menschen hängen nach dieser Logik in der »Sozialstaatsfalle« fest: die Höhe der Sozialhilfe hindere sie daran, vorhandene Arbeit anzunehmen. Dem will die Bundesregierung mit der Neuregelung der Höhe der laufenden Sozialhilfe (»Hilfe zum Lebensunterhalt«) abhelfen (2). Gesetz werden soll, daß das Einkommen von Sozialhilfeberechtigten *immer mindestens* 15 Prozent unter den untersten Löhnen (3) bleibt (»Lohnabstandsgebot« der Sozialhilfe).

Ergebnis des 15-prozentigen Lohnabstandsgebots wäre ein sozial- und arbeitsmarktpolitisches »perpetuum mobile«:

- Zunächst werden die Regelsätze der Sozialhilfe gesenkt, um bei sinkenden Nettoeinkommen dem Lohnabstandsgebot zu gehorchen;
- die sinkende Sozialhilfe reicht immer weniger zum Leben und erhöht den Druck auf Hilfebeziehende, noch niedriger entlohnte Arbeiten zu verrichten;
- das Angebot dieser Billig-Arbeitskräfte drückt das *gesamte* Lohn- und Gehaltsniveau;
- das sinkende Sozialhilfeniveau senkt zugleich die Steuerfreibeträge von ArbeitnehmerInnen (»Steuerfreies Existenzminimum« (4)) und damit die unteren und mittleren Nettolöhne und -gehälter;
- im Ergebnis ist der gesetzlich geforderte Abstand der Sozialhilfe zu den abhängigen Einkommen erneut nicht mehr gewahrt; die Regelsätze der Sozialhilfe sind wiederum zu senken, um den Lohnabstand zu sichern ... .

Dieser Prozeß läuft – einmal Gesetz geworden – unabhängig von parlamentarischen Entscheidungen, da die Ministerien die Sozialhilfe nach der Lohnabstandsformel allein errechnen (5).

Fernwirkungen einer Senkung der Sozialhilfe beflügeln die Regierung bei ihrer Sozialhilfereform:

- staatliche Steuereinnahmen werden steigen;
- das Arbeitsamt zahlt Erwerbslosen Leistungen in geringerer Höhe, da die Höhe der Lohnersatzleistungen den sinkenden Nettoeinkommen folgt;
- die über die »Rentenformel« an die aktuelle Entwicklung der Arbeitnehmer-Nettoeinkommen gekoppelten Renten stagnieren oder sinken.

Das »Lohnabstandsgebot" wird derzeit durch die parlamentarischen Gremien geschleust (29. Februar '96 dritte Lesung des Gesetzes im Bundestag; danach Behandlung in Bundesrat und ggf. Vermittlungsausschuß).

Wird das »Lohnabstandsgebot« Gesetz, bestimmt es ab 1.Juli 1999 die Höhe der laufenden Sozialhilfe. Ab diesem Zeitpunkt ist mit der nominellen Senkung der Sozialhilfe zu rechnen, so die Bundesarbeitgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) und andere (6); zuerst wird es Sozialhilfeberechtigte in den neuen Bundesländern und Bremen treffen. Dem hält Minister Seehofer entgegen, *»die Unterstellung, das vorgeschlagene Lohnabstandsgebot führe zu einer Reduzierung des Existenzminimums, ist falsch«*.

Die mit der BSHG-Reform beabsichtigte tiefgreifende Umkrempelung des Arbeits- und Sozialsystems soll in einem dichten Nebel aus Geheimhaltung, Lügen und Täuschungen verstecken werden (7).

Für die Senkung der Sozialhilfe hat das Seehofer-Ministerium folgende Einzelregelungen ersonnen:

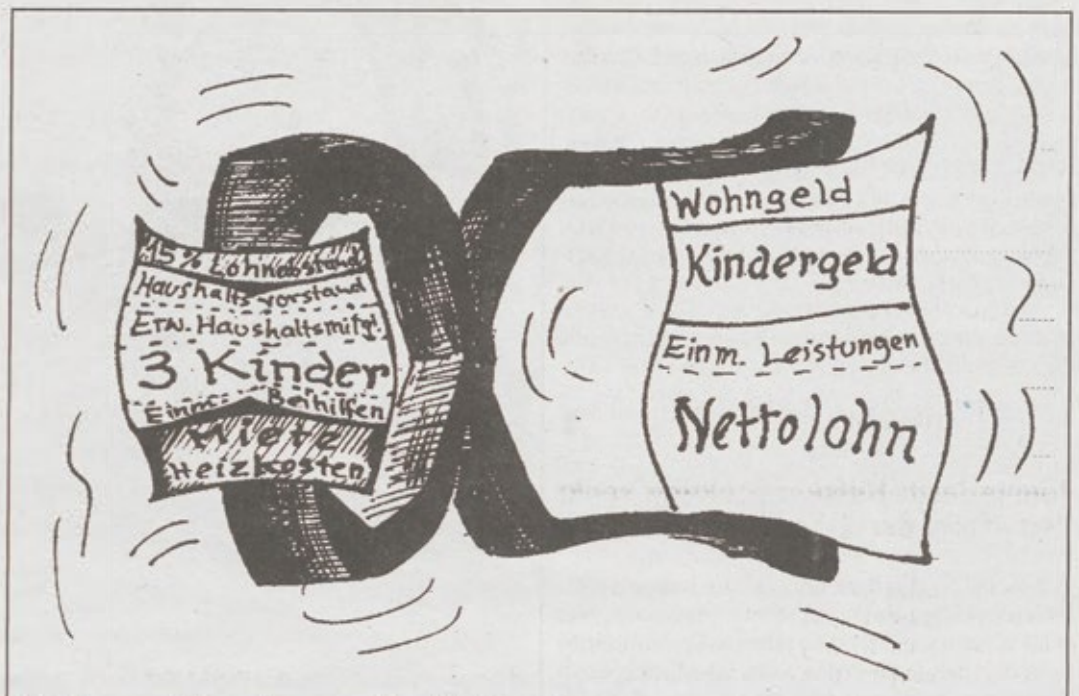
1. Der harte Kern: Das »Lohnabstandsgebot«

Banken, Wirtschaft und Regierung fordern, daß die Sozialhilfe einem »Lohnabstandsgebot« folgen müsse. Diese politische Forderung sieht in Gesetzesdeutsch übersetzt so aus:
»Die Regelsatzbemessung ... hat auch zu gewährleisten, daß bei Haushaltsgemeinschaften von Ehepaaren mit 3 Kindern die Regelsätze zusammen mit den Durchschnittsbeträgen für Kosten von Unterkunft und Heizung sowie für einmalige Leistungen um mindestens 15 vom Hundert unter den erzielten monatlichen durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelten unterer Lohn- und Gehaltsgruppen einschließlich anteiliger einmaliger Zahlungen zuzüglich Kindergeld und Wohngeld in einer entsprechenden Haushaltsgemeinschaft mit einem alleinverdienenden Vollzeitbeschäftigten bleiben.« (8)

Konsequenz dieses gesetzgeberischen Meisterstücks aus dem Hause Seehofer ist, daß der für den alltäglichen, regelmäßigen Lebensunterhalt (vor allem Ernährung) verfügbare Teil der Sozialhilfe (der »Regelsätze«) um so mehr schrumpft,

- je geringer die Summe von Löhnen und Gehältern, Kindergeld und Wohngeld wird und
- je mehr Mieten und Heizkosten steigen.

Der Regelsatz wird – bildhaft gesprochen – zusammengepreßt (siehe Abb. 'Zange' (9)).



Die Zangenwirkung der neuen Regelsatzformel:

- je mehr die Einkommen auf der rechten Seite der Zange sinken und
- je mehr die notwendigen Ausgaben für Miete und Heizkosten steigen,
- desto mehr wird der für den laufenden Lebensunterhalt verfübare Betrag für Haushaltsvorstand und Angehörige (»Regelsätze«) zusammengepreßt.

2. Blankovollmacht für Seehofer

Doch das »Lohnabstandsgebot« steht nicht allein. Garniert wurde es mit der »Regelsatzformel«:
»Zur Bemessung der Regelsätze werden in der Rechtsverordnung nach Abs. 3 ein statistisches Verfahren und für die jährliche Anpassung der Regelsätze ein Fortschreibemodus festgelegt (Regelsatzformel). Die Regelsatzbemessung hat Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. ...« (10).

Der Begriff »Regelsatzformel« mag mathematische Präzision suggerieren. Ginge es dem Gesetzgeber jedoch um Präzision, hätte er erklären müssen, wie die drei Faktoren (»Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten«) in der »Regelsatzformel« mit »Fortschreibemodus« zu verknüpfen sind, um den Regelsatz zu errechnen (11).

Die nebulöse Formel ist das Gegenteil, nämlich Blankovollmacht an das Gesundheitsministerium, aus den drei Faktoren den ihm genehmen bundeseinheitlichen Regelsatz zu errechnen (12).

3. Die Feigenblattfunktion

Die »Regelsatzformel« taugt jedoch zur ideologischen Legitimation des »Sozialen« an der Marktwirtschaft. Das Erwähnen der Faktoren »Lebenshaltungskosten« und »Verbraucherverhalten« soll die Behauptung absichern, der neue Modus der Regelsatzfestlegung gewährleiste Bedarfsdeckung durch Sozialhilfe. Es heißt dann: »Armut gibt es nicht, weil es die Sozialhilfe gibt.«

Aber gerade die Bedarfsdeckung soll ausgehebelt werden. Der Gesetzgeber schreibt, er wolle »Vorteile für die Sozialhilfeempfänger vermeiden«, die sich aus der »Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Nettoeinkommen ergeben können« (13).

Das ist zugleich Eingeständis, daß bei steigenden Lebenshaltungskosten die sinkenden Arbeitseinkommen zum Leben nicht mehr reichen *und* Drohung, daß es Sozialhilfeberechtigten mit Leistungen des BSHG keinesfalls besser gehen darf. Die Mindestlohnfunktion der Sozialhilfe wird mit der weltweiten Durchsetzung kapitalistischen Wirtschaftens zu den Akten gelegt.

4. Nebulöse Formel – Rückschritt zur Fürsorgewillkür

Mit der Ablösung des alten Fürsorgerechts durch das BSHG wurde die Stellung Sozialhilfeberechtigter als Rechtssubjekt auch bei der Bedarfsermittlung gesetzlich anerkannt. Diese Position entfällt, da die nebulöse Regelsatzformel den rationalen Nachvollzug der Regelsatzbemessung verhindert. Das macht Mitwirkung von Betroffenen und ihren Verbänden bei der Regelsatzfestsetzung (14) und deren rechtliche Überprüfung unmöglich. Ohne die Regelgeleitetheit der Bestimmung der Regelsätze geht die rechtsstaatlich geforderte Vorhersehbarkeit der Höhe der Regelsätze der Sozialhilfe verloren (15). Leben von Sozialhilfe heißt dann, nach den Willkürentscheidungen der Obrigkeit zu haushalten.

5. Lohnabstand einer fünfköpfigen Familie mit Sozialhilfebezug

Die Sozialhilfe wird mit der »Lohnabstandsformel« zum Spielball der Marktkräfte gemacht. Um die gewünschte Begrenzung der Sozialhilfe durch den Lohnabstandsvergleich zu erreichen, schreibt die Regierung vor, das Einkommen einer *fünfköpfigen* Familie mit *einer/m* Vollzeitverdienenden und einer entsprechenden Familie mit Sozialhilfebezug zu vergleichen, denn erst ab dieser Haushaltsgröße kommt es zu Überschneidungen zwischen Sozialhilfe- und Erwerbseinkommen (16). Der »Eckregelsatz« der Sozialhilfe wird dann so festgesetzt, daß der Abstand beim Fünf-Personenhaushalt eingehalten wird. Der »Eckregelsatz« ist jedoch das Maß für die Leistungen an *alle* Sozialhilfeberechtigten (17).

Der zu geringe »Lohnabstand« bei der Fünf-Kopf-Familie (das sind ca. 4 % der Haushalte mit Sozialhilfebezug) ist der Regierung billiges Argument, um allen Sozialhilfeberechtigten die Hilfe kürzen zu können (18).

6. Tricks und Tücken im Detail

Aber noch gibt sich die Regierung nicht zufrieden. Sie sieht weitere Regelungen vor, die geeignet sind, die Sozialhilfe weiter zu senken, streitet diese Absicht an gleicher Stelle vehement ab.

Trick 1: Lohnabstand zu Arbeiter- oder Angestelltteneinkommen?

Die Regierung behauptet, daß das »Lohnabstandsgebot« »nicht zu Einschränkungen des im Sozialhilferecht anerkannten Mindestbedarfs führen« wird (19). Dies ist falsch.

Regierungsseitig wird für die Vergleichsberechnung auf einen Arbeiterlohn der Leistungsgruppe 3 in alten und neuen Bundesländern zurückgegriffen (Lohnabstand 16,6 bzw. 15,9 %). Das Beispiel soll täuschen, da die Lohnabstandsformel die Wahrung des Abstandes auch zu den unteren Gehaltsgruppen vorschreibt. Deren Einkommen liegt – Aussage des Gesundheitsministeriums – »nicht selten unter denen von Arbeitern«. Die Regierung gibt im »Bericht und Gutachten zum Lohnabstandsgebot« 1994 für die Vergleichsgruppe der Angestellten (Leistungsgruppe V in Industrie, Handel, Versicherungen) ein Gehalt an, das 6,8 % unter dem Lohn einer entsprechenden Arbeiterfamilie liegt. Der »Lohnabstand« würde demnach *nicht* eingehalten, die Regelsätze im alten Bundesgebiet wären zu kürzen (20).

Trick 2: Was ist eine »untere Lohngruppe«?

Mit einer »Regelsatzverordnung« ist erst noch zu klären, was als »untere Lohn- und Gehaltsgruppe« zu gelten hat. Während Minister Seehofer sich hierzu ausschweigt, enthüllt sein Kollege Waigel die Pläne. Waigel kritisiert, daß sich heute der Sozialhilfebedarf nach den Verbrauchsgewohnheiten von Arbeitnehmern der unteren, nicht aber der untersten Einkommensstufen orientiert. Lt. Waigel sieht »die Sozialhilfereform vor«, daß in einer *»noch näher zu bestimmenden Vorschrift ... die Summe der staatlichen Leistungen künftig 15 % geringer sein muß als die* ***geringsten*** *Löhne, die auf dem freien Markt zu erzielen sind.«* (21, Herv. G.G.)

Im Gesetz ist offen gelassen, was eine untere Lohn- und Gehaltsgruppe ist. Das ermöglicht, die Regelsätze per Regelsatzverordnung (der von Waigel angesprochenen »Vorschrift«) weiter zu senken. Ggf. wird nicht mehr wie heute von Arbeitern in Industrie und Handwerk ausgegangen, nicht mehr von Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und Versicherungen, sondern von Bereichen, in denen die Einkommen noch niedriger liegen (z.B. im öffentlichen Dienst, Bereichen des Dienstleistungsgewerbes oder der Land- und Forstwirtschaft).

Hierzu erhellend Theo Waigel:

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

»Außerdem soll künftig der Lohnabstand auch sektoral bestimmt werden und nicht nur für den industriellen Sektor. Auch hieraus müssen für die künftige Gestaltung der Sozialhilfe Schlußfolgerungen gezogen werden.«

Waigel sieht Erfolge der Regelsatzreform nur für den Fall, daß das Lohnabstandsgebot angesichts »erheblicher regionaler Unterschiede der Löhne innerhalb der einzelnen Bundesländer auch regional angewandt wird.« Ohne Geschwafel heißt das: Die Sozialhilfe soll weiter gesenkt werden, indem die Sozialhilfe auch mit »15-%-Abstand« zu den *untersten örtlichen* Einkommensgruppen bestimmt wird.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Sozialpolitik

Trick 3:
Nach der Vorgabe bundeseinheitlicher Regelsätze regional und örtlich unterschiedliche Regelsätze festlegen

Heute werden die Regelsätze je Bundesland unter gewisser Berücksichtigung der jeweiligen Einkommens-, Verbrauchs- und Kostenverhältnisse festgesetzt. Sie differieren um bis zu 25 Mark. Ab 1999 soll dem bundeseinheitlichen Regelsatz die »gesamtdeutsche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe« aus dem Jahr 1993 zugrunde gelegt werden. Die Einkommen besonders im Niedriglohnbereich Ost werden damit 1999 den bundeseinheitlichen Regelsatz um etliche Mark gegenüber dem Wert senken, der unter alleiniger Berücksichtigung der alten Bundesländer errechnet würde. Dieser gesenkte bundeseinheitliche Wert ist dann Orientierungspunkt für die Länder (und den Steuergesetzgeber! s.o.) Letztendlich wird es den Ländern überlassen, die tatsächliche Höhe der Regelsätze zu bestimmen. Im Gesetzentwurf heißt es: Die neuen bundeseinheitlichen Regelsätze »können in den Ländern erhöht oder abgesenkt werden«, »wenn dies die auf ihr Gebiet angewandte Regelsatzformel zuläßt.« Die Landesregierungen können zudem die örtlichen Sozialhilfeträger ermächtigen –wiederum unter Anwendung der Regelsatzformel – örtliche Regelsätze festzulegen (22). Diese Kann-Vorschrift macht Abweichungen vom bundeseinheitlichen Regelsatz möglich, wenn es das Lohnabstandsgebot »zuläßt«. Die Gesetzesformulierung läßt den Bundesländern eine gewisse Wahl. In Niedriglohnsektoren »kann« der Regelsatz gesenkt, in Hochlohngebieten erhöht werden. Welcher Landesvater wird aber ab 1999 im Angesicht der Haushaltslage auf die Möglichkeit der Senkung verzichten, welcher die »Kann-Regelung« nutzen, um den Sozialhilferegelsatz zu erhöhen? Das Waigel-Zitat zu den örtlichen Regelsätzen deutet aber an, in welche Richtung die Gesetzesentwicklung gehen soll: Eine »Muß-Regelung« die Sozialhilfe ggf. zu senken, falls das die Länder und Gemeinden nicht freiwillig tun.

Zuguterletzt: Hilfskonstruktion senkt Regelsätze der Jahre '96 bis '98

Zwischen politischer Entscheidung und Verwirklichung des harten Lohnabstandsgebots ab 1.7.1999 soll ein Zeitpuffer stehen. Je zum 1.7. der Jahre 1996 bis '98 sollen die Regelsätze für ein Jahr entsprechend der Rentenanpassung in Westelbien angepaßt werden. Die Bindung der Sozialhilfe an den Rentenfaktor soll verhindern, daß die Sozialhilfe entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten steigt. Die Begründung im Gesetzentwurf ist aufschlußreich:

»Die für die Zeit von 1996 bis 1998 geregelte Anbindung der Regelsätze an den aktuellen Rentenwert führt zu Einsparungen, weil nach geltendem Recht die Regelsätze ab 1. Juli 1996 auf der Basis der Auswertung der EVS 1988 (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, G.G.) *und in der Folge unter Berücksichtigung der Entwicklung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten fortzuschreiben wären, was voraussichtlich zu höheren Regelsatzsteigerungen als nach dem vorliegenden Entwurf führen würde.«* (23)

Fazit:

Das Lohnabstandsgebot und jede der genannten Detailregelungen ermöglicht Senkungen der Sozialhilfeeinkommen; in einem Zug und stillschweigend werden alle unteren und mittleren Löhne und Gehälter gleich mitgesenkt. Dies macht die Sozialhilfereform für die Bundesregierung richtig interessant. Spätestens hier sollte auch das Interesse aller ArbeitnehmerInnen und BezieherInnen von Sozialleistungen an einem möglichst hohen Niveau der Sozialhilfe einsetzen. Der erste Schritt, diesem Interesse Taten folgen zu lassen wäre, sich – wo immer möglich – dafür einzusetzen, daß der Bundesrat die geplante Regelsatzformel kippt. Schon der heute noch gesetzlich festgeschriebene Modus ist besser als der geplante.●

(Überarbeitete Fassung eines Artikels in quer, der in Frankfurt / M. erscheinenden bundesweiten Arbeitslosenzeitung, Ausgabe März 1996)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ANMERKUNGEN:

(1) Alexander Barthel, stellv. Abteilungsleiter der Abtlg. Volkswirtschaft bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in: ARBEITGEBER 17/64, 1994, S. 573.
(2) Vgl. Bundestagsdrucksache Nr.13/2440 vom 27.09.1995, hier die beabsichtigten Änderungen zum 22. Bundessozialhilfegesetz; das aktuelle Gesetzesvorhaben der Bundesregierung umfaßt neben der Neuregelung des Lohnabstandsgebotes noch weitere, ebenfalls nicht unwesentliche Eingriffe in das BSHG, z.B. im Bereich der Pflichtarbeiten für Sozialhilfeberechtigte.
(3) Der Gesetzentwurf spricht von den »unteren« Lohn- und Gehaltsgruppen, doch dies sollte nicht täuschen; siehe Kap. 6, Trick 2.
(4) Nach Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. September 1992 muß jedem Einkommensbezieher mindestens soviel steuerfrei bleiben, wie er und seine Familie im Falle der Bedürftgkeit an Sozialhilfe beziehen würde. Von dem das Existenzminimum übersteigenden Einkommensteil muß ihm ein angemessener Teil verbleiben. Daher wirkt sich die Höhe der Sozialhilfe hinsichtlich der Besteuerung bis in mittlere Einkommensgruppen aus.
(5) Vgl. 22 Abs. 2 und 3 im o.g. Gesetzentwurf; Minister Seehofer nannte dies einen »externen Steuermechanismus«, der verhindert, daß die Regelsätze »Gegenstand situationsabhängiger politischer Entscheidungen wird« (Eckwerte-Papier vom 6.4.1995, S. 7).
(6) Die BAG-SHI (Moselstr. 25, 60329 Ffm, Tel 069/250030) hat ihre Argumente in einer Broschüre zum Januar 1996 vorgelegt. Unter dem Titel »Neues Lohnabstandsgebot in der Sozialhilfe – Abwärts mit den Regelsätzen« folgert sie auch aus den von der Bundesregierung selbst vorgelegten Prognosen, daß die Sozialhilferegelsätze ab 1999 zumindest in einigen Bundesländern sinken werden.
(7) Ausführlich die BAG-SHI, ebd.
(8) 22 Abs. 2 im o.g. Gesetzentwurf.
(9) Entnommen o.g. Broschüre der BAG-SHI.
(10) 22 Abs. 2 BSHG im o.g. Gesetzentwurf.
(11) addiert, multipliziert, subtrahiert – und mit der Wurzel aus Seehofer potenziert?
(12) Die eventuell einmal erfolgende Klärung, wie die Regelsatzformel aussieht, behält sich die Bundesregierung –»mit Zustimmung des Bundesrates« – für eine »Regelsatzverordnung« vor; vgl. 22 Abs. 3 BSHG des Gesetzentwurfes.
(13) Vgl. o.g. Gesetzentwurf, S. 23.
(14) 114 BSHG sieht diese Mitwirkung vor.
(15) Vgl. hier Lehr- und Praxiskommentar zum BSHG, Baden-Baden, 1994, 4. Aufl., Rz. 14 zu 22 BSHG.
(16) »Die Wahl der für den Vergleich maßgeblichen Haushaltsgemeinschaft bis zu fünf Personen ... ist darin begründet, daß ... das Nettoeinkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen zuzüglich der Transferleistungen (Kindergeld und Wohngeld) nahe am durchschnittlichen Sozialhilfebedarf liegt, so daß es bei diesem Haushaltstyp am ehesten zu Überschneidungen kommen kann.« – Antwort des Bundesgesundheitsministerium vom 22.12.1995 auf eine kleine Anfrage der PDS-Bundestagsgruppe auf S. 5 (Herv. G.G.).
(17) Sinkt der Eckregelsatz, sinken gleichfalls die Freibeträge von Personen, die im Rahmen der Unterhaltspflicht dem Sozialhilfeträger einen Teil der geleisteten Sozialhilfe erstatten müssen.
(18) »Zur Einkommensposition von Haushalten von Sozialhilfeempfängern« gibt Rainer Höft-Dzemski im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV, Hefte 11 und 12 aus 1994) Auskunft. Er zeigt, daß in den letzten 20 Jahren die Einkommensposition von Arbeitern im Verhältnis zu Sozialhilfeempfängern verbessert werden konnte.
(19) O.g. Gesetzentwurf, S. 24.
(20) Hierzu ausführlich o.g. Broschüre der BAG-SHI, S. 10 ff.
(21) So Dr. Theo Waigel in einem Brief, der in der genannten Broschüre der BAG-SHI auf S. 27 f. dokumentiert ist. Alle weiteren Waigel-Zitate sind diesem Brief entnommen.
(22) Siehe Gesetzentwurf, 22 Abs. 1 und 3.
(23) Gesetzentwurf, S. 24/25.

DAS BEISPIEL FRANKFURT/MAIN

Stadt will fünf soziale Projekte schließen

Mitte Januar 1996 wurde dem Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) unter Vorbehalt zur Kenntnis gegeben, daß ab 1.1.1996 die Finanzierung (17.000 DM jährlich) ohne Vorankündigung und rückwirkend eingestellt wird. Mit dieser Entscheidung des Sozialdezernenten Vandreike wurde einer Entschließung der Stadtverordnetenversammlung in skandalöser Weise vorgegriffen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Stadtverordneten von CDU und SPD damit einverstanden sind, daß sie übergangen werden.

Neben dem FALZ trifft dieser Streichbeschluß noch die Arbeitslosenzeitung »quer«, »Frauen helfen Frauen«, die »Frauenzukunftswerkstatt« und ein weiteres Projekt. Was 1989 als notwendige Arbeit finanziell gewürdigt wurde, wird sieben Jahre später mit einem Federstrich ausgelöscht.

Seit 14 Jahren besteht das FALZ. Zehntausende von Erwerbslosen, Noch-Beschäftigten und SozialhilfebezieherInnen haben in dieser Zeit um Rat und Hilfe nachgefragt. Als unabhängige Selbsthilfeeinrichtung ist das FALZ auch über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt geworden. Unter dem Vorwand einer angeblich notwendigen Sparpolitik soll nun eine eigenständige und oft auch für die Behörden unbequeme Einrichtung geschlossen werden. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Armut ist dies für den Sozialdezernenten Vandreike kein Problem. Auf einer Pressekonferenz »begründete« er u.a. die angebliche Entbehrlichkeit des FALZ mit der Feststellung, daß es Aufgabe der Sozialämter und des Arbeitsamtes sei, Beratung anzubieten und diese die bisherige Aufgabe des FALZ übernehmen könnten. Eine Behauptung, die der Realität auf den Ämtern in keiner Weise entspricht! Die 10.000 persönlichen und telefonischen Beratungen im FALZ sprechen eine andere Sprache. Noch im November 1995 demonstrierten 150 Bedienstete des Jugend- und Sozialamtes für mehr Personal in den Sozialstationen. In einer Verlautbarung hieß es dort: »Die Arbeitssituation der Beschäftigten ist teilweise unerträglich.« Dies weiß natürlich auch der zuständige Sozialdezernent, so daß der leise Verdacht entsteht, daß es den politisch Verantwortlichen der Stadt Frankfurt um die Beseitigung eines für sie politisch brisanten Projektes geht. Die Frage, ob überhaupt im sozialen Bereich gespart werden muß, wird überhaupt nicht mehr gestellt. So entspricht die monatliche Miete für die leerstehende Naxos-Halle (190.000 DM) in etwa dem Jahresetat des FALZ. Sparen ist offensichtlich eine politische Frage!●

Kontakt: Frankfurter Arbeitslosenzentrum, Solmsstr. 1a, 60486 Frankfurt, Tel. (0 69) 70 04 25. Konto: Postbank Frankfurt, Kto-Nr. 185107-601, (BLZ 500 100 60)

SCHLUSS MIT DEM SOZIALABBAU

Sternmarsch nach Bonn

Dank der hohen Staatsverschuldung geht es in Deutschland mit zahlreichen sozialen und kulturellen Einrichtungen zunehmend den Bach runter. Zur Finanzierung des Schuldenbergs wird nicht etwa auf den Umzug nach Berlin, den Bau von Euro-Fightern, bemannte Raumfahrt oder die Erhöhung der Abgeordnetendiäten verzichtet. Zur Finanzierung des Schuldenbergs spart unsere Regierung lieber an sozialen Geldern und bittet die sozial Schwachen zur Kasse.

Da diese Maßnahmen jedoch nur langsam und in kleinen Portionen verabreicht werden, scheint vielen Menschen noch nicht bewußt zu sein, was hier eigentlich geschieht: Stückchen für Stückchen wird der Sozialstaat demontiert!

Aus Wut über den Sozialabbau und Frust angesichts der Passivität, mit der wir uns schon zulange zuviel zähneknirschend eingesteckt haben, planen wir jetzt eine bundesweite, lautstarke Protestkundgebung mit Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Obdachlosen, behinderten und kranken Menschen, AusländerInnen, verschiedenen Selbsthilfeorganisationen, kirchlichen Verbänden, RentnerInnen, Jugendhäusern, Frauenhäusern, SchülerInnen und StudentInnen, Parteien und Gewerkschaften und allen Menschen, die sich den Sozialabbau nicht länger bieten lassen wollen. Unser Hauptanliegen ist es, die gesamtgesellschaftliche Dimension des Sozialabbaus ins Bewußtsein zu rücken und unter den Menschen verschiedenster Gruppierungen Solidarität zu schaffen.

Wir, die InititatorInnen dieses Vorhabens, haben uns Ende letzten Jahres zum Arbeitskreis Sternmarsch zusammengeschlossen und seitdem zahlreiche Initiativen, die vom Sozialabbau betroffen sind, angeschrieben, um bundesweit möglichst viele Menschen mobilisieren zu können. Da mit Schriftverkehr alleine nicht viel zu bewegen ist, veranstalteten wir in diesem Jahr schon mehrere Koordinationstreffen.

Der Sternmarsch wird am 15. Juni 1996 in Bonn stattfinden. Hier die Kontaktanschrift für alle, die sich über den Stand der Vorbereitungen informieren, zum Sternmarsch mobilisieren und sich an den Vorbereitungen beteiligen wollen: AK Sternmarsch gegen Sozialabbau, c/o AStA Uni Bonn, Nassestr. 11, D-53113 Bonn, Tel. (02 28) 73 70 33, Fax 26 22 10.●

Anzeige

Seit 20 Jahren kompetent
SOZIAL EXTRA
Mit Format!
Erscheint im günstigen Zeitungsformat mit jeweils 24 Seiten. Das bedeutet für Sie niedrige Abopreise von nur 94 DM/Jahr.

In der April-Ausgabe:
Junkies
und ihre Kinder
Thema: Michael Steier, Hans Lenzen, Jens Pries, Gabriele Schwarz und Ankie Baller über die bestehenden Hilfeangebote und ihre Nutzung.

Außerdem:

Bekloppt ist, wer nicht rechnen kann?
Thomas Klewar interviewte und portraitierte „geistig" behinderte Menschen.

Die monatliche Fachzeitschrift für sozial engagierte Menschen.

Einzelne Probehefte versenden wir einmalig, kostenlos und unverbindlich. Für Interessierte gilt unser Probeabo-Angebot: Die 3 nächsten Ausgaben für DM 25,- Vorkasse. Es verlängert sich automatisch zum Vollabo, wenn es nicht nach Erhalt der 2. Zeitschrift beim Verlag gekündigt wird.

EXTRA-Verlag, Langgasse 24, 65183 Wiesbaden
Tel: 0611-307011, Fax: 379181

ÜBERLEBENSKÄMPFE IN DER SZENE:

Sozialpolitik

Geht der libertär-humanistische Ansatz verloren?

Als die AG SPAK vor 25 Jahren entstand, war der Gedanke der Vernetzung – oder Föderation, wie Rolf Schwendter dies damals nannte – noch etwas sehr Neues.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Birgit Daiber, Berlin ● Entstanden aus einer Art Gegenwehr gegen die damals heftige Dogmatisierung in der Neuen Linken (nachzulesen in der »Theorie der Subkultur« von R.S.), ist der Gedanke der Vernetzung auch heute noch aktuell. Nicht nur, weil die Branchen und Sektoren der sozialen und alternativ-ökonomischen Szene in heftige Überlebenskämpfe verwickelt sind und sich zusammentun müssen. Nicht nur, weil Sozial- und Bildungsprojekte angesichts der öffentlichen Pleiten auf spezifische Weise gegen Sozialabbau kämpfen müssen. Vor allem deshalb, weil in den Abwehr- und Überlebenskämpfen etwas verloren zu gehen droht, was doch seit den Anfängen die unmittelbare Substanz aller Bemühungen war: der libertär-humanistische Ansatz. Dabei ging es keineswegs um ein pädagogisches Prinzip, sondern darum, daß die Authentizität und der freie Wille der Person im Zentrum des gemeinsamen Handelns steht – egal ob es sich um soziale, pädagogische, oder ökonomisch orientierte Projekte handelt.

Was auch heute noch die Tagungen der AG SPAK von allen anderen Fachkonferenzen und Netzwerktreffen unterscheidet, ist die Tatsache, daß hier immer noch dieses Prinzip gepflegt wird – auch wenn es vielleicht ein wenig unmodern wirkt. Untauglich war und ist dieser Ansatz auf jeden Fall, wenn jemand versuchen sollte, damit ABM-Stellen zu legitimieren oder gar Weiterbildungs»maßnahmen« für Langzeitarbeitslose. Und viele inzwischen hochprofessionelle Projektmanager und -managerinnen schütteln traurig den Kopf, nach der Realisierungschance der alten Ideen befragt. Dennoch: Gerade in der Behauptung jener unmodernen Prinzipien lag und liegt die Kraft der Projekte. Gerade hier haben sie viel zur Veränderung der sozialen Landschaft beigetragen, in den Frauenprojekten, in der Jugendarbeit, in der Behindertenarbeit oder auch im klassisch sozial-therapeutischen Bereich und in der Altenhilfe, indem die Prinzipien der Authentizität und Autonomie in bedürfnisorientierte und die Selbstbestimmung respektierende soziale und pädagogische Praxis umgesetzt wurden. Es ist, in summa, eine Erfolgsgeschichte, die wir geschrieben haben. Dies sollten wir keineswegs angesichts der Bedrohungen, denen wir uns heute in einzigartiger Weise gegenübersehen, vergessen. Denn immerhin: was 1970 als hochpolitische Provokation begann, hat eine Menge in Bewegung gebracht. Die Anti-Psychiatrie-Initiativen haben zu einer grundsätzlichen Problematisierung der konventionellen Psychiatrie geführt, die Kinderläden haben das ganze Erziehungsgefüge bis hin zu den kirchlichen Einrichtungen für Reformprozesse geöffnet, die Proteste von Fürsorgezöglingen, wie sie damals genannt wurden, haben zu einer Liberalisierung der Jugendhilfe geführt. In so ziemlich allen Sektoren der sozialen Arbeit haben die provokativen Initiativen der frühen Jahre ihre Reformspur hinterlassen.

Die vielfältige Projektelanschaft

Es gibt da durchaus eine Entwicklungslogik: Was mit den eher anarchistischen Aktionen anfing, führte zur Initiierung einer vielfältigen Projektelandschaft, die nicht nur die gesamte institutionelle Sozial- und Bildungslandschaft beeinflußte, sondern zentrales Element der sogenannten »neuen sozialen Bewegungen« wurde. Und die Gesamtheit der neuen sozialen Bewegungen wiederum soll – so befinden die analytischen Betrachtungen – einen gesellschaftlichen Modernisierungsschub bewirkt haben.

Irgendwie müßte also alles irre prima sein. Wenn da nur nicht dieses schon seit langem überwiegende Gefühl des Katzenjammers wäre. Der speist sich meiner Meinung nach aus verschiedenen Quellen: da ist das ewige Gerangel um die Finanzierungsbedingungen, die eng gewordenen Handlungsspielräume zwischen Pflegeversicherung, AFG und BSHG, dort ist das Konkurrenzgerangel der Projekte am Markt... echte Freude mag da nicht aufkommen.

Aber wir befinden uns auch in einer ziemlich radikal veränderten historischen Situation. Irgendwie scheint es, als seien die Projekte nicht mehr die Orte für exemplarische Lösungsstrategien von gesellschaftlichen Problemen, sondern eher veraltete kleine Nischen, die im Trubel des Geschehens zu verschwinden drohen.

Die erste Frage, die ich also stelle, ist: haben die Projekte im Gerangel um die materielle Sicherung der Projektarbeit nicht selbst ihre innovatorische Kraft zum Teil preisgegeben? Und zweitens: Welchen originären Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme können Projekte heute beitragen? Die Tatsache allein, daß durch Projektarbeit vor allem im sozialen Bereich die erbärmlichsten Erscheinungen sozialer Verelendung gemildert werden, kann hier keine Antwort sein.

Modernisierungsschub kam zum Stillstand

Es gibt Indikatoren dafür, daß wir uns in einer neuen historischen Phase befinden. Offensichtlich ist, daß insgesamt das, was als Modernisierungsschub bezeichnet wurde, zum Stillstand gekommen ist. Und seit der deutschen Einigung in bis dato unvorstellbarer Intensität erleben wir eine grundsätzliche Problematisierung des Sozialstaates. Die Probleme, die dahinterstecken, sind bestens bekannt. Zum Teil sind sie hausgemacht, als Begleiterscheinungen der deutschen Einigung, zum Teil sind sie eine Konsequenz der Europäisierung der sozialen Verhältnisse und zum Teil entspringen sie der Globalisierung der Wirtschaft – ich will hier nicht die bereits auf das Niveau von Platitüden herabgesunkenen Fakten ausbreiten. Tatsache ist aber, daß es im Kampf um die soziale Verfaßtheit der Gesellschaft heute nicht mehr um exemplarisches Handeln in Form von Projekten gehen kann, weil es einen Generalangriff auf die immerhin sehr unvollkommenen sozialen Mindestrechte der Bürgerinnen und Bürger gibt und auch die Zahl derer, die tatsächlich auf den Sozialstaat angewiesen sind, enorm gewachsen ist. Sozialer Ausschluß ist heute nicht mehr allein das Problem von gesellschaftlichen Randgruppen, es ist das Problem einer relevanten Minderheit in der Bevölkerung, auch wenn diese Minderheit in konkurrierende Gruppen aufgespalten ist. Und deshalb ist es auch sehr wohl von eminenter Wichtigkeit, den Gedanken des libertären Humanismus als die zentrale Idee sozialer Gerechtigkeit wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte zu holen – auch wenn wir uns der Anstrengung unterziehen müssen, diesen Gedanken neu zu denken.

Wer nur den Sozialstaat retten will in der momentanen Situation, wer nur mit Konzepten der sozialen Mindestsicherung und der Teilung der Erwerbsarbeit auf der Ebene des Aushandelns von politischen Kompromissen zu agieren gedenkt, greift zu kurz. Zumal in den ganzen Debatten, die momentan um ein »Bündnis für Arbeit« geführt werden nach dem Motto, »der Berg kreißt und gebiert eine Maus« ein merkwürdiger Rückfall in Bismarcksche Traditionen der Sozialstaatspolitik sichtbar ist: Gewerkschaften und Parteien agieren korporatistisch und am Rande wird für die sozial empfindlichsten Bereiche, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe eine weiterer Abbau nicht nur von Leistungen, sondern auch von Rechten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger en passant »bewilligt«. Daß der Verlust von subjektiven, allgemeinen Rechten der Bürgerinnen und Bürger in den Systemen der sozialen Risikosicherung nicht eine Frage für clevere Versicherungsexperten ist, sondern eine grundsätzliche Frage der Demokratie, auch eines in ganz Europa seit immerhin zweihundert Jahren geführten Kampfes um soziale Gerechtigkeit, ist in der Bundesrepublik noch nicht so recht angekommen. Sehr wohl aber ist diese Frage bei unseren europäischen Nachbarn unmittelbar präsent.

Die Internationalisierung der Verhältnisse

In Italien sind im Herbst 1994 immerhin Hunderttausende auf die Straße gegangen, um für den Erhaltung des Rentensystems zu demonstrieren. In Frankreich streikten im Dezember 1995 die Eisenbahner, der öffentliche Dienst, die Studenten mit äußerster Zähigkeit (und ohne Absicherung durch Streikkassen) nicht so sehr um die Restaurierung von spezifischen Privilegien (wie ihnen von links bis rechts vorgeworfen wurde), sondern darum, daß die Vorschläge von M. Juppe zur Sanierung der sozialen Sicherungssysteme eine vollkommen ungerechte Belastung für die 2 Millionen von Armut Betroffenen und von sozialer Mindestsicherung Abhängigen ebenso wie für die Mehrheit der sogenannten »kleinen« Leute bedeutet hätte, und daß die Privatisierung von Staatsbetrieben die Möglichkeit des Zugangs aller Bürgerinnen und Bürger zu Dienstleistungen eingeschränkt hätte. Der schlichte Nenner, auf den die Streiks unter anderem gebracht werden können, war: wir wollen keine neue Zweiklassengesellschaft, alle Citoyens müssen in der Lage sein, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies ist – grob skizziert – das vielgepriesene Neue der Streiks, die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital ist nicht mehr die wesentliche Achse für den Kampf um soziale Gerechtigkeit. Das hat ohne Zweifel viele Gründe, unter anderem jenen, daß ja das weltweit agierende Kapital völlig ignorant ist gegenüber den sozialen Verhältnissen in einem Land und keinerlei Schwierigkeiten damit hat, die unrentable Ware Arbeitskraft freizusetzen. Deshalb ist zunächst der Staat Adressat. Auf ihn richtet sich die Erwartung nicht nur in Bezug auf die Umverteilung von Reichtum, sondern auch für die Wahrung des allgemeinen Interesses der Bürgerinnen und Bürger. Dies ist in sich zugleich problematisch, denn in der Internationalisierung – oder auch nur Europäisierung – der Verhältnisse können die einzelnen Staaten nur begrenzt Einfluß nehmen und, wenn wir bei der Europäisierung bleiben, müßte schon heute sehr viel mehr Sturm in Brüssel stattfinden. Immerhin gehört es aber zu den Traditionen in Frankreich, daß dort nicht die Frage des sozialen Ausgleichs im Zentrum steht, sondern das demokratische Prinzip der Gleichheit – und manchmal hat dieses durchaus zündende Kraft, setzt Solidarität frei und Courage. Dieser Fakt, daß es nicht allein um Umverteilung, sondern um Demokratie und die soziale Verfaßtheit der Gesellschaft geht, ist schon in sich ein provokativer Gedanke.

Die Richtung der Auseinandersetzungen ist erst schemenhaft erkennbar. Sicher ist, daß wir mit schnellen Konzepten und alten Theorien nicht sehr viel weiter kommen. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz und dem Ende des alten Legitimationszwangs des westlichen Kapitalismus, eben auch deshalb sozialen Ausgleich zuzulassen, weil eine mächtige Konkurrenz lauerte, müssen wir versuchen, die Frage sozialer Emanzipation und Gerechtigkeit politisch praktisch und theoretisch neu zu entfalten. Und ich meine, daß dabei die Idee des libertären Humanismus von entscheidender Bedeutung ist. Und unsere Praxis in den Projekten und in unseren Netzwerken müssen wir daraufhin überprüfen, ob sie uns noch Raum geben für die Entwicklung von Widerstand, ob unsere unmittelbare Praxis offen ist für die neuen Entwicklungen, oder ob auch wir uns als Teil des korporatistischen Systems abschotten. Ich denke, daran und nicht an erbärmlichen Finanzierungsbedingungen wird sich die Zukunft entscheiden.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

PROJEKTABBAU

Kahlschlag für Alternativen

Das Gespenst leerer Kassen wütet bundesweit. Der Sparzwang der öffentlichen Hand begegnet uns in seiner schwarzen Variante als Förderkiller und nach anderer Farbenlehre (rot-gelb-schwarz-grün-gemischt) zumindest als Rasiermesser für ursprünglich vorgesehene Budgets. Und setzt sich damit in der Substanz und im Innern des Projektlebens als Überlebenskampf fort...

»Anders Arbeiten und Anders Leben« (als Losung der siebziger Jahre als wir noch träumten) wurde in den Achtzigern zum »anderen Arbeitsplatz« der scheinselbstständigen und prekären Existenzen – nunmehr droht es im Nullsummenspiel dieser Dekade alles vollends zur anderen Elendsverwaltung zu verkommen. Inhalte ersticken an Sachzwängen. Die Ellenbogen müssen im Kampf um Aufträge und Knete eingesetzt werden. Der rauhe Wind der Massenarbeitlosigkeit bläst ins Gesicht und läßt Konzeptionelles im langen Winter der reinen Armutsverwaltung erstarren.

Das »schlanke Projekt« wurde schon längst als Leitbild akzeptiert mit Abschied von Palaverdemokratie, stromlinienförmig dargestellter Corporate Identity und knallharten Effizienz-und Controllingkriterien. Radikale und selbstorganisierte Ansätze zu Innovation wurden dabei nur zu oft über Bord geschmissen, um Output (d.h. Jobs) zu schaffen. Hierfür war Förderkompatibilität herzustellen.

Maßstab wurde so unversehens der Typus des »alternativen Beamten«, der billiger und effizienter ist als öffentliche Verwaltung. Nachdem die Projektelandschaft der achtziger Jahre auf diese Weise von der Gesellschaft »verdaut« und geläutert wurde, kann sie in den Neunzigern wieder ausgeschieden und – nach Verlust ihres ganzen Widerstands- und Neuerungspotentials –im letzten Drittel der kommenden Armutsgesellschaft entsorgt werden.

Resultat sind vereinzelte Not- und Überlebensgemeinschaften, die sich an den spärlichen Futtertrögen hierzulande drängeln. Und ein umfassendes Kündigungssyndrom: CONTRASTE erfährt derzeit eine Abokündigungswelle von Projekten, die sich einfach kein Abo mehr leisten können. Langjährige KollegInnen sehen sich davor, daß ihr Arbeitslatz plötzlich zur Disposition steht und ganze Büroetagen müssen aufgegeben werden.

Kündigt die alternative Szene sich am Ende selbst?●

Kurt Regenauer, Nürnberg

GNADENFRIST BEI 6.000 UNTERSCHRIFTEN

Sozialpolitik

Bürgerentscheid zum Nürnberger KOMM?

Die neue schwarz/gelbe Mehrheit im Nürnberger Rathaus plant einen kompletten Kahlschlag in der Soziokultur. Ein Streichkonzert von einigen Millionen DM aus dem städtischen Haushalt, die bisher alternative und selbstverwaltete Einrichtungen und Projekte erreichten, ist angekündigt. Das besonders umstrittene Nürnberger KOMM wehrt sich: ein Volksentscheid wird angestrebt, ob das KOMM in seiner bisheriugen Form erhalten bleibt. Eine vorläufig zweimonatige Stornierung der schwarzen Abwicklungspläne wären bereits bei 6.000 Unterschriften von NürnbergerInnen (bis 26.4.) erreicht, die den Entscheid begehren. 18.000 Unterschriften würden gar ein bis zu dreijähriges Moratorium bis zur Durchführung der angestrebten Urwahl bedeuten.

DOKU DES AUFRUFS

Soll das KOMM Nürnberg in seiner bisherigen Form in der Königstraße 93 erhalten bleiben?

Seit der Kommunalwahl drohen dem KOMM die Schließung oder die Abschaffung seiner Selbstverwaltung. Wir glauben, daß dieses politische Anliegen auf einer Unkenntnis der im KOMM wirklich geleisteten Arbeit beruht:

Es stimmt:

- Das KOMM wird von manchen Bürgern verkannt.
- Das ruinenhafte Erscheinungsbild des Hauses ist unansehnlich.
- Von einigen Politikern wird das KOMM in seiner Arbeit und Wirkung nicht richtig eingeschätzt. Sie machen das KOMM – zumindest indirekt – für die Verarmung mancher Jugendszenen, die Verrohung des Umgangs mit Passanten in der Fußgängerzone oder für den Müll am Eingang der Innenstadt verantwortlich.

Tatsachen sind

Baulich

- Das KOMM hat sich seit über 15 Jahren für eine grundlegende Renovierung der äußeren Hülle eingesetzt und ist froh, daß jetzt endlich etwas passiert. Im Inneren wurden die Räume in Selbsthilfe ausgebaut und können sich sehen lassen.

Sozial

- Die Verarmung und Verrohung mancher Jugendszenen hält auch das KOMM für besorgniserregend. Es versucht, nicht die Augen davor zu verschließen, sondern sozialpädagogische Hilfe zu leisten. Für viele verzweifelte Menschen ist das KOMM gleichsam eine letzte Zuflucht. Werden sie vertrieben, wo werden sie dann hingehen?
- Durch die Gründung von Selbsthilfegruppen wie dem Junkiebund will das KOMM jenen, die am untersten Ende unserer Gesellschaft angelangt sind, wieder eine Perspektive zu vermitteln.

Kulturell

- Das KOMM ist seit Jahrzehnten ein lebendiger Treffpunkt für alle Altersgruppen in der Innenstadt. Es übernimmt einen wichtigen kulturpädagogischen Auftrag. Mit seinen Werkstätten und dem Werkbund werden im KOMM gestalterische Fähigkeiten geweckt und vermittelt. Mit seinen Ausstellungen und Konzerten verschafft das KOMM vielen jungen, unbekannten Künstlern erste Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten. Es bietet in gleichen Maß bereits anerkannten und anspruchsvollen Kunstgenuß.

Finanziell

- Das KOMM leistet mit 150 Ehrenamtlichen »billige« Kultur- und Sozialarbeit. Wenn das KOMM geschlossen würde, wäre der Einsparungseffekt also sehr gering. Die Kosten aber, um dort etwa ein Künstlerhaus einzurichten, wären enorm und wahrscheinlich bei der derzeitigen Haushaltslage nicht aufzubringen. Folge wäre ein leeres Gebäude, das langsam verfällt, weil es nicht genutzt würde. Zudem: Welcher Nürnberger Künstler hat den in den letzten Jahren erklärt, daß er in ein derartiges Künstlerhaus einziehen will?

Demokratisch

- SELBSTVERWALTUNG ist bis vor kurzem nur als ein Spielplatz betrachtet worden, auf dem das Bilden von Meinungen, das Respektieren von Mehrheiten und der Minderheitenschutz »geübt« wurden. Heute wird jedoch auch zunehmend in der Arbeitswelt von Mitarbeitern verlangt, teamfähig zu sein, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und gesamtverantwortlich zu handeln. Im KOMM wird seit seinem Bestehen gemeinsam auf einen soliden Haushalt geachtet, anstehende Aufgaben werden im Team diskutiert und bearbeitet.

Deshalb für ein KOMM in Selbstverwaltung an seinem gewohnten Standort.

Das KOMM lebt von der Vielfalt seiner Gruppen und Aktivitäten. Es ist sicher manchmal unbequem wie es auch immer wieder überrascht in seiner Buntheit und Lebendigkeit. Beide Seiten gehören zu einer Großstadt, die sich im ständigen Wandel befindet. Das KOMM ist oft ein Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen. Den Überbringer der Nachrichten aber für die Nachricht selbst verantwortlich zu machen, löst kein einziges Problem. Und die Instrumente zu zerstören, mit denen Problemen begegnet werden kann, schafft höchstens neue Probleme.●

RETTET DAS NÜRNBERGER KOMM

Eintragungsliste

für das Bürgerbegehren zur Frage:

Soll das KOMM Nürnberg in seiner bisherigen Form in der Königstraße 93 erhalten bleiben?

Begründung:

Seit der Kommunalwahl am 10. März '96 droht dem KOMM die Schließung bzw. die Abschaffung seiner Selbstverwaltung. Die über 20 jährige wichtige Arbeit für das kulturelle und soziale Leben in Nürnberg und weit darüber hinaus, verdient jedoch weiterhin die Unterstützung der BürgerInnen und der Stadtverwaltung von Nürnberg.

Deshalb sollen die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Nürnberg und dem selbstverwalteten Kommunikationszentrum Nürnberg e.V. weiter bestehen bleiben (Mietvertrag, Fördervereinbarung).

Die Unterzeichnenden beauftragen die folgenden Personen mit ihrer Vertretung beim Bürgerbegehren (Name, Vorname, vollständige Anschrift)

Prof. Dr. Hermann Glaser
Eschenweg 5, 90574 Roßtal

Anne Voget
Osianderstr. 8 90443 Nürnberg

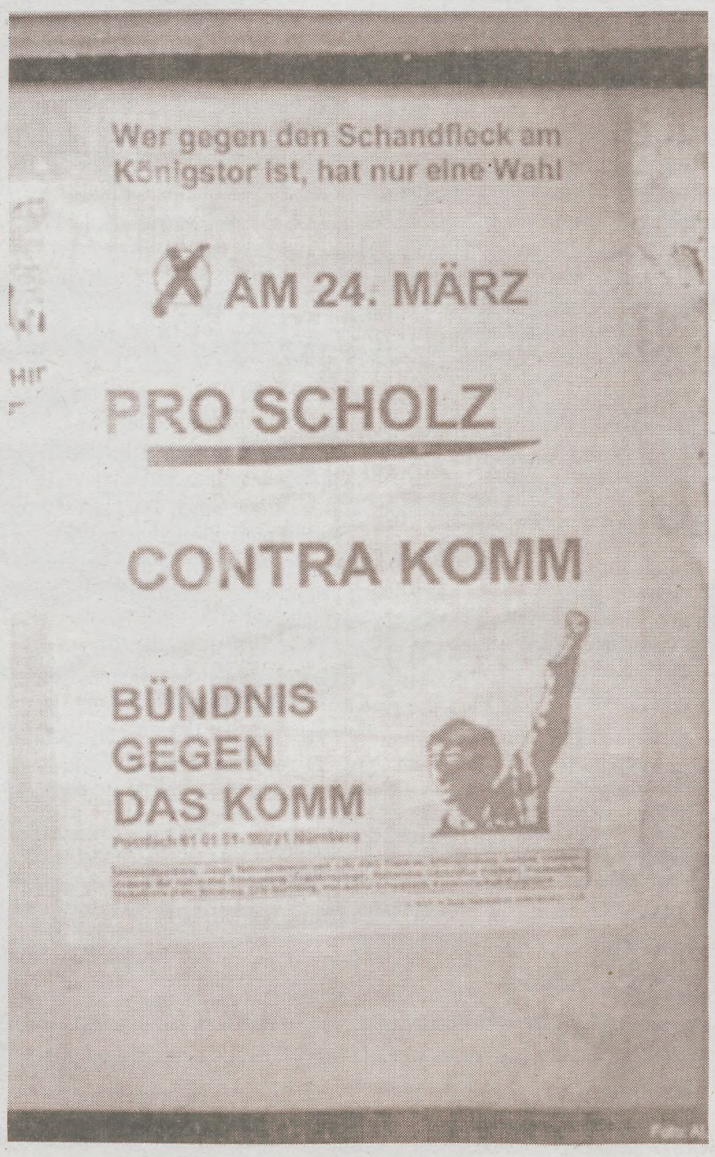
Christof Meder
Helenenstraße 15, 90419 Nürnberg

FÜR EIN KOMM IN SELBSTVERWALTUNG AM KÖNIGSTOR

ALT- UND NEONAZIS RIEFEN IN NÜRNBERG ZUR WAHL DES CSU-KANDIDATEN AUF

Pro Scholz – Contra KOMM

Anläßlich der Kommunalwahlen riefen in Nürnberg sowohl vor dem ersten Wahlgang als auch vor der Stichwahl Alt- und Neonazis zur Wahl des CSU-Kandidaten Scholz auf. Mit Plakaten, Flugblättern und Presseerklärungen griffen die Rechtsradikalen, die dem Umfeld der NPD, der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) und neonazistischen Gruppen zuzurechnen sind, vor allem die Hetze des CSU-Kandidaten gegen das KOMM auf.



Das Kommunikationszentrum ist für nahezu alle Kreise rechts von der SPD – und Teile von jener eingeschlossen – ein rotes Tuch, das sie lieber gestern als heute dichtmachen wollen. Die Parole der Nazi.Realos: »Wer gegen den Schandfleck am Königstor ist, hat nur eine Wahl: Am 24. März pro Scholz contra KOMM«. Dem Unterstützerkreis gehörten die Jungen Nationaldemokraten (JN) RAG-Franken, NPD-Nürnberg, Junges Franken – Zeitung der nationalen Erneuerung, Frankenspiegel, Nationales Infotelefon Franken, Freiheitlicher Volksblock (FVB), SPD-Nürnberg, Anti-Antifa-Schwabach und die Kameradschaft Burgthann an. Dieses Spektrum repräsentiert die maßgeblichen Gruppen der mittelfränkischen Alt- und Neonazi-Szene.

Das auf dem Plakat angegebene Postfach ist einschlägig bekannt. Es wird von der NPD und von ihren Umfeldorganisationen seit Jahren genutzt. Den Rechtsradikalen gilt das KOMM seit Jahren als Angriffspunkt. So verteilten die JN wiederholt hunderte von Aufklebern mit der Aufschrift »Das KOMM zerschlagen, Rotfront verjagen«. Die Presse kochte die peinliche Sache auf der kleinsten aller Flammen, in einer Zeitung las man wenige Zeilen, so saß es der CSU genügte, sich knapp und lustlos zu distanzieren. Die SPD, offenbar schon auf eine große Koalition voreingestellt, verzichtete darauf, das Thema aufzugreifen und Gegendruck zu machen.

Nach 50 Jahren ununterbrochener kommunaler SPD-Vorherrschaft wurde die CSU mit 43% die stärkste Fraktion im Stadtrat. Zusammen mit zwei in der vergangenen Amtsperiode von der CSU nach rechts zu einer »Freien Wählergemeinschaft« ausgetretenen Personen sowie mit dem in der Stichwahl mit 55% siegreichen CSU-Oberbürgermeister Scholz hat sie eine solide Mehrheit im Stadtrat. Zählt man noch zwei Rep's, die gut 3% holten, und gegebenenfalls einen FDP-Mann dazu, läßt die bürgerliche Mehrheit nichts zu wünschen übrig. Die Einzelteile der ideen- und profillosen rot-grünen Koalition gingen baden. Die Grünen verloren 0,2% und die SPD stürzte auf ihr schwächstes Nachkriegsergebnis ab. Da die CSU auch in den vorher sozialdemokratisch regierten Nachbarstädten Erlangen und Fürth gewann, gelang es ihr die einzige, traditionell sichere SPD-Bastion in Bayern zu schleifen.

Eine Peinlichkeit am Rande zeigt indirekt die Verfassung der SPD: In Fürth riefen die REP's (ca. 3,5% in den Kommunalwahlen) bei den Stichwahlen für den Oberbürgermeister zur Stimmabgabe für den später gescheiterten SPD-Amtsinhaber auf, weil der CSU-Konkurrent im Landtag zu wenig für Fürth getan habe. Auch in Augsburg riefen die REPS's in der Stichwahl zur Stimmabgabe für den SPDler auf.●

AL Nürnberg

aus: ak Nr. 389, 4. April 1996

Anzeige

GEGEN FASCHISMUS UND KLASSENJUSTIZ

BROSCHÜRE

Gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands

Diese Broschüre erschien im Zusammenhang mit der verbotenen Demonstration und AgitProp-Aktion am 2.10.'95 in Göttingen.

Aus dem Inhalt:

- ★ Klassenjustiz und bürgerliches Recht
- ★ Aggressiv nach außen – repressiv nach innen
- ★ Geschichte und Bewertung der Göttinger „Deeskalationslinie"
- ★ Nur in der Anonymität gelingt ein technokratisch sauberes Abservieren politischer Opposition
- ★ Chronologie, Daten und Informationen zu den laufenden §129-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)

Die Antifaschistische Aktion!

Solidaritätspreis für 52 Seiten Din A5 4,- DM

„Klassenjustiz"
Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen · Rote Straße 10
37073 Göttingen

BESTELLUNG

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

JENSEITS DER VORHERRSCHENDEN NACHHALTIGKEITSDEBATTE:

Was heißt radikale sozial-ökologische Politik?

Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie wurde im vergangenen Oktober vorgestellt und ist ab Januar als Buch erhältlich. Doch schon in dieser kurzen Zeit wird deutlich, daß sie recht wenig zur Diskussion dessen beiträgt, was unter radikaler sozial-ökologischer Politik verstanden werden kann.

Von Ewald Lienen, Offenbach ● Dies ist um so verwunderlicher angesichts der in der Studie festgestellten Reduktionsziele im Hinblick auf eine »nachhaltige Entwicklung«. Sollen doch, um die anschaulichsten Ergebnisse zu nennen, hierzulande bis zum Jahr 2050 die CO_2-Emissionen und Materialdurchflüsse um 80 bis 90 Prozent sinken. Obwohl die aus diesen Zahlen zu ziehenden Konsequenzen nur als »revolutionär« bezeichnet werden können, entsprechen dem in keiner Weise die vorgeschlagenen politischen und sozialen Veränderungen. So können die Einsichten der Studie eigentlich nur als naiv oder, wenn man den Autoren eben keine Naivität nachsagen möchte, opportunistisch bezeichnet werden.

Naiv wirken die Perspektiven, sozial-ökologische Politik zu betreiben mittels Überzeugungskraft und qua der besseren Argumente sowie aufgrund der Attraktivität von »Leitbildern«, die vielleicht eine gutverdienende Mittelklasse ansprechen. So entspricht das Bild von »der (rahmensetzenden) Politik«, die zusammen mit »der (produzierenden) Wirtschaft« und mit vielen gutmeinenden Menschen eine bessere Gesellschaft baut, kaum der Realität. Ein weitreichender Umbau von herrschenden Institutionen wie Staat oder privatkapitalistischen Großunternehmen wird noch nicht einmal als Notwendigkeit angedeutet. Die Gleichsetzung von Markt und Kapitalismus ist dann nur ein weiteres Element, um Machtverhältnisse wegzudefinieren.

Wie gesagt, von den naiven Aussagen der Studie soll nicht auf die Naivität der Schreiber geschlossen werden. Es handelt sich daher eher um politischen Opportunismus gegenüber Auftraggebern und der angenommenen Zielgruppen der Studie. Die Vermutung des Opportunismus rührt u.a. daher, daß keine unterschiedlichen Interessen benannt werden, die in dieser Gesellschaft wie auch weltweit bestehen. So steht in der Studie: »Wir« mit »unserer Wirtschaftsweise« haben die sozial-ökologischen Probleme verursacht, deshalb soll allen zusammen ein »zukunftsfähiges Deutschland« schmackhaft gemacht werden. »...eine Entwicklung in dieser Richtung setzt nicht auf große soziale Umwälzungen, sondern auf etwas scheinbar Schwaches, auf Einsicht.« Bei dem »wir« fallen Klassengegensätze genauso unter den Tisch wie ein patriarchales Geschlechterverhältnis. Das »Nord-Süd«-Verhältnis bleibt sehr widersprüchlich, wobei die »Wettbewerbsfähigkeit« Deutschlands den Autoren wichtiger ist als der Versuch, vielfältige internationale (und nationale) Konkurrenzverhältnisse außer Kraft zu setzen.

Dabei handelt es sich aber um strukturelle Hindernisse auf dem Weg zu emanzipatorischen, d.h. sozial-ökologischen Verhältnissen, die nicht einfach mit gutem Willen zu beseitigen sind, sondern sich verfestigt haben und auf unterschiedlichen Interessen basieren. Wenn die gewaltigen Probleme aber, wie die allermeisten Beiträge zum Thema Nachhaltigkeit suggerieren, innerhalb der bestehenden Institutionen gelöst werden sollen, dann weist das auf ein technokratisches Politikverständnis hin: »Umwelt und Entwicklung« werden zu einem Managementproblem.

Das aber bricht sich an den realen Entwicklungen. Nämlich an jenen hin zu einem »nationalen Wettbewerbsstaat«, der die Bevölkerung eines Landes real und ideologisch zu einer »nationalen Wettbewerbsgemeinschaft« zusammenschweißen will, um angesichts der »Globalisierung« auf den Weltmärkten »erfolgreich« (wer ist denn eigentlich erfolgreich: der gefeuerte Vulkan-Arbeiter?) zu sein. Zudem: Schon die Idee eines »zukunftsfähigen Deutschland« hält an Nationalstaaten als wesentliche Handlungsrahmen fest. Ist aber nicht gerade die Konkurrenz, bei der nationale (und regionale) »Standorte« um internationale Investoren buhlen, ein Merkmal der Angleichung von sozial-ökologischen Standards nach unten bzw. der Verhinderung, solche überhaupt auf einem menschenwürdigen Niveau durchzusetzen?

Foto: Dieter Poschen

Nationaler »Öko-Konsens«?

Wenn also diese zentralen Widersprüche zwischen den lauteren Absichten der Studienschreiber und den realen Entwicklungen des sich globalisierenden patriarchalen Kapitalismus bestehen, dann stellt sich die Frage, welche anderen, geeigneteren Ausgangspunkte im Hinblick auf umfassende gesellschaftliche Veränderungen bestehen. Diese Frage erscheint mir wichtiger als jene, ob man an der Debatte um Nachhaltigkeit teilnehmen sollte oder nicht. Denn schon die öffentlich gemachte Aussage, daß und wie die vorherrschenden Perspektiven auf Nachhaltigkeit bzw. »Umwelt und Entwicklung« problematisch sind, ist ein Einmischen. Letzteres ist auch sehr notwendig, um einen sich eventuell herausbildenden nationalen »Öko-Konsens«, der für viele Menschen in diesem Land und vor allem weltweit keine Verbesserung der Lebenssituation bringen würde, entgegenzutreten. Das Weichspülen von Interessengegensätzen mit Leitbildern wie »Zukunftsfähigkeit« kann, wenn auch nicht beabsichtigt, durchaus dazu beitragen, daß »ökologische Erfordernisse« teilweise mit kapitalistischer Vergesellschaftung vereinbar werden, Protest damit geschwächt und parteipolitische »Realpolitik« als einzige Alternative angesehen werden. Daß der »Sachzwang Wettbewerbsfähigkeit« nicht mehr hinterfragt und soziale Ungleichheit hingenommen werden, etc.

Eine Grundlage für radikale sozial-ökologische Politik ergibt sich aus dem Gesagten: Die divergierenden Interessen, die für und gegen bestimmte Veränderungen einstehen, müssen deutlich werden. Zweifellos ist es zu einfach, sich mit dem »transnationalen Kapital« einen Gegner aufzubauen, der die Verkörperung des Schlechten ist. Denn zum einen haben viele gutbezahlten Menschen in den kapitalistischen Metropolen und einige in den Peripherien gute Arbeitsplätze in den transnationalen Konzernen und auch ein großer Teil der Marginalisierten muß einen miesbezahlten Job in einem global operierenden Konzern annehmen. Die Freiheit von den Produktionsmitteln zwingt weiter zum Verkauf der Arbeitskraft. Aber noch trifft der Satz der Ökonomin Joan Robinson in vielen Fällen zu: »Es gibt nur eines was schlimmer ist, als ausgebeutet zu werden – nicht ausgebeutet zu werden.« Dennoch können die unterschiedlichen Interessen, wenn auch nicht im Schwarz-Weiß-Schema, hinter den Standort-und Wettberwerbsfähigkeits-Diskursen benannt werden. Denn während die Profiteure von Gewinnen, Dividenden und Börsenkursen in »goldenen Zeiten« leben, wollen sie den betroffenen Menschen die Unausweichlichkeit der Kostensenkung einhämmern.

Internationalistische Politik muß überall und immer wieder entwickelt und reflektiert werden. Z.B. auf der europäischen »Konferenz für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus« vom 10. Mai bis 2. Juni 1996 in Berlin, zu der von der mexikanischen EZLN aufgerufen wurde (s. Aufruf auf Seite 2)

Foto: David Rosales

Die Frage der Demokratie

Deutlich wird heute mehr denn je, daß eine staatsfixierte Politik immer weniger Erfolg haben kann, wenn sie sich überhaupt gegen die Interessen der Herrschenden und Gutverdienenden stellen wollte. Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« wendet sich von der Staatsfixierung ab, indem sie auch andere Gruppen ansprechen möchte. Dennoch wird auch dort nicht das heute zunehmende fundamentale Demokratiedefizit, das durch die Ausrichtung auf eine »internationale Wettbewerbsfähigkeit« noch verstärkt wird, nicht angesprochen. Die Frage der Demokratie muß im Kern weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen stehen.

Demokratie darf nicht als Effektivierung parteipolitischer-parlamentarischer Prozesse mißverstanden werden, sondern als Auseinandersetzung um selbstbestimmte Lebensformen und die Zurückdrängung von mächtigen Interessen von der lokalen bis auf die internationale Ebene.

Die angedeuteten Aspekte verweisen auf eine weitere Grundbedingung jeder radikalen Politik – sei sie vorwiegend sozial-ökologisch, feministisch, gewerkschaftlich, menschenrechtlich (wobei schon die Trennung schwierig ist): radikale Politik ist heute internationalistische Politik. Die gibt es allerdings nicht fix und fertig formuliert, sondern sie muß überall und immer wieder entwickelt und kritisch reflektiert werden. Dies geschieht auch über den Austausch mit anderen wie es zum Beispiel mit der europäischen »Konferenz für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus« beabsichtigt ist, die von 30. Mai bis 2. Juni dieses Jahres in Berlin stattfinden wird (s. Seite 2). Aufgerufen wurde dazu vom mexikanischen EZLN, die nach den kontinentalen Treffen wie das europäische in Berlin zwei Monate später, d.h. Ende Juli zu einer internationalen Konferenz nach Mexiko einlädt. Internationalistische Politik und Formen internationaler Demokratie stehen weit oben auf der Agenda emanzipatorischer Politik, die damit natürlich weiterhin auf allen Ebenen (und vielleicht vor allem auf der lokalen) – und durchaus nicht nur außerhalb der bestehenden Institutionen stattfinden muß.

Welchen Stellenwert hat dabei die Auseinandersetzung, um die es in diesem Beitrag geht? Es wäre einerseits Unsinn, die rot-grünen Streiter für »Nachhaltigkeit« zum »Hauptgegner« zu stilisieren. Die Zerstörungswut des neoliberalen Projekts, samt seiner ideologischen Absicherung in Form von Rassismus und Nationalismus, ist viel umfassender und weniger greifbar.

Damit soll andererseits nichts gegen reformistische Politik in vielen Bereichen eingewandt werden. Diese kann aber nicht auskommen, ohne sich über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und vor allem Machtverhältnisse klarzuwerden. Die sind jedoch vielfältiger und widersprüchlicher als das »System« oder »der Norden«.

Ein Beispiel dafür ist die Nachhaltigkeitsdebatte selbst. Daß umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen anfangen, sich über die Anliegen der jeweils »Anderen« den Kopf zu zerbrechen, sich zusammenzusetzen und nach gemeinsamen Möglichkeiten suchen, ist nicht zuletzt Folge jener von der UNO und anderen herrschenden Institutionen initiierten Diskussion um Nachhaltigkeit. Die »alten Rezepte« der Entwicklungs- und Umweltpolitik waren so überkommen und delegitimiert (nicht zuletzt aufgrund der Infragestellung durch soziale Bewegungen), daß Orientierungsbedarf bestand. Das Schwammwort Nachhaltigkeit soll als Leitbild für die ökologische Modernisierung der kapitalistischen Metropolen dienen. Aber die Konkretisierung von »Nachhaltigkeit« ist durchaus umkämpft, wenngleich die Kräfteverhältnisse sich heute nicht gerade hin zu weitgehender Demokratisierung und Abbau von Herrschaft verschieben. Wenn die Debatte um Nachhaltigkeit trotz der Erkenntnis um die notwendigen dramatischen Veränderungen sich in braven Appellen an Management, PolitikerInnen und KonsumentInnen erschöpft, dann muß diese Position scharf zurückgewiesen werden.

Statt dessen sollte es zum einen um die grundsätzliche Kritik von herrschender Politik (die immer wieder auf die Widersprüche zwischen den gutgemeinten Zielen der Herrschenden und der Unmöglichkeit ihrer Einlösung hinweist) wie auch von unsinnigen »Reform«-Perspektiven gehen. Zum andern müssen eigene Verständigungsprozesse verstärkt werden, soziale und politische Widerstandsformen und Praxen ausprobiert und weiterentwickelt und damit die herrschenden Institutionen und Normen auf vielfältige Art und Weise infrage gestellt werden. CONTRASTE selbst gibt dafür ja immer wieder einige kleine Beispiele.●

Anzeige

Zu lesen in der graswurzelrevolution:

Nach Lübeck: Asylwohnheime auflösen★Massenstreik in Frankreich: Nachlese★Albert Camus: Algerienkrieg, Gewaltkritik, Anarchismus★ Antimilitaristische Opposition in der Türkei★Indígenas in Kolumbien★ Tschetschenien: Hintergründe eines vergessenen Krieges★Zum Stand der Frauenbewegung: Feminismus zwischen „Graswurzel" — NGO — Staat★Buchbesprechungen★Concert for Anarchy u.v.a.m

Jahresabo: 35 DM. Schnupperabo: 10 DM Vorkasse (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo)

Jetzt am Kiosk:
Über 80x in Berlin und 20x an Bahnhofskiosken (Nachfragen! Wenn nicht im Angebot: ☎ 06221/183907)

GWR★Karlstr.14a★26123 Oldenburg

Anzeige

ak analyse & kritik
Zeitung für Linke

Analysen, Berichte, Diskussionen zu:

Landtagswahlen: Zwischen Schwarz-Braun und Rot-Gelb
Deutsche Atombomben made in München
Grüne im Koalitionsstreß
Tote in Abschiebegefängnissen
Geschichte der Black Panter Party
125 Jahre Pariser Kommune
Sozialismus und Antisemitismus
Harich und der "Club of Rome"
Pestizid-Einsatz in Mittelamerika
Kommt Kubas Wirtschaft in Schwung?
u.v.a.m.

ak (ISSN-Nr. 0945-1153) kostet DM 7,50, erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich oder direkt bei:
analyse & kritik,
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175
Kostenloses Probeexemplar anfordern!
Kennwort: Contraste
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

KOOPERATION UND VERNETZUNG

Ein (Handlungs-)Buch für mehr Zusammenarbeit

Die Erkenntnis, daß Kooperation und Vernetzung für alternativökonomische Betriebe und Projekte wichtig ist, hat sich schon lange durchgesetzt. Nur in manchen Bereichen klappt es nicht, diese simple Einsicht auch umzusetzen. Eine aktuelle Veröffentlichung zum Thema hilft in hervorragender Weise, dies praktisch anzugehen.

Hans Frech, Red. Genossenschaften ● Das vorliegende Buch mit über 30 AutorInnen weist eine Dreiteilung in Theorie, Praxisbeispiele und Vernetzungshilfen auf. Schon daraus wird das breite Spektrum unterschiedlicher Inhalte und Vorgehensweisen deutlich. Entstanden ist es aus dem Zusammenhang jahrelanger Diskussionen sowie einer Tagung zum gleichen Thema des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), geht aber durch die Fülle der Beiträge weit darüber hinaus. Auch für generell an alternativökonomischen Betrieben und Projekten Interessierte sind die Ausführungen dieser Veröffentlichung relevant, da sie den aktuell wohl ausführlichsten Überblick über die »Szene« geben.

Thomas Hardwig / Elmar Sing

Kooperationsprozeß als Vernetzungsschleife

Eine Theorie der Vernetzung entwickeln

Umschreiben läßt sich Kooperation als freiwillige Zusammenarbeit selbständiger Projekte und Unternehmen mit der Absicht, ohne Aufgabe der Entscheidungsfreiheit gemeinsame Ziele wie politische Anerkennung, Leistungsfähigkeit, Kosteneinsparung oder Verbesserung der »Markt«-Präsens zu erreichen. Auch ausschließlich ideelle Gründe der Zusammenarbeit sind eingeschlossen. Diese verbreitete Kooperationsdefiniton reicht nicht aus, um das Phänomen der Vernetzung im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen zu begreifen. Deshalb stehen im ersten Teil sehr unterschiedliche Formen der Annäherung an das Thema nebeneinander, um das Verständnis von Kooperation zu verbessern und Ansätze einer Theorie der Vernetzung zu entwickeln.

Der Einstieg erfolgt durch **Rolf Schwendter**, der mit Akribie die reale Geschichte alternativer Vernetzungsversuche zusammengetragen hat. Mit seinem Rückblick führt er in die Thematik ein. Er konzentriert sich auf die bundesdeutsche Entwicklung seit 1969 im Anschluß an die Außerparlamentarische Opposition (APO). Die Darstellung reicht vom »Entwurf für eine Gruppe 2000« über erste Vernetzungstreffen wie »tunix« und »Tuwas« bis hin zur Entwicklung der Netzwerke Selbsthilfe.

Ebenfalls stellt Schwendter die Vielfalt der branchenorientierten Vernetzungen im Mediensektor, der Tagungshäuser, der Naturkostbetriebe sowie branchenübergreifende Formen der Zusammenarbeit von CONTRASTE über Frauenzusammenschlüsse bis hin zu den grünnahen Stiftungen und der Ökobank in einen Gesamtzusammenhang. Vermittelt wird der Eindruck eines ständigen Kommen und Gehens mit hoher Diskontinuität bei gleichzeitig permanenter Weiterentwicklung neuer Strukturen.

Die Überlegungen zu einer Theorie der Vernetzung im engeren Sinne werden von **Maria Icking** eröffnet, indem sie auf Gedanken der französischen Philosophen Deleuze und Guattari zurückgreift. Icking macht von deren Sprache und ihrer eigenwilligen Metaphorik Gebrauch, um Einschätzungen über neue Formen der Vernetzung zu geben. Dies geschieht in Anlehnung an das Rhizom als Teil bestimmter Pflanzen, der unterirdisch wuchert und kaum auszurotten ist. Der Autorin gelingt es auf diese Weise, die Vorläufigkeit und den Experimentiercharakter von Vernetzungen bei gleichzeitig hoher Überlebensfähigkeit zu veranschaulichen.

Die mittlerweile ausgeprägte wirtschaftliche Orientierung von Selbstverwaltungsbetrieben wird von **Matthias Metze** kritisiert. Sie reicht nach seiner Einschätzung zur Motivation für den Aufbau funktionierender Vernetzungsstrukturen nicht aus. Die anarchistische Organisationstheorie geht diese Problematik an mit dem Föderalismus als Vernetzungsprinzip und dem Syndikalismus als dessen revolutionäre Umsetzung. Wie das im einzelnen aussehen kann, verdeutlicht Metze im Rückgriff auf Ideen von Rudolf Rocker und ihre Verwirklichung, beispielsweise während des spanischen Bürgerkriegs durch die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft CNT.

Auseinandersetzen mit praktischen Ansätzen

Ein Baustein zu mehr Zusammenarbeit ist sicherlich die Auseinandersetzung mit bestehenden Vernetzungsansätzen. Aus ihren Erfahrungen, ihrer Vorgehensweise und ihren Problemen lernen, trägt zu einem Verständnis bei: Kooperation ernst zu nehmen und von der knappen Zeit auch dafür etwas »abzuknapsen«. Dazu regt der zweite Teil des Buches an. Die Aufsätze sind so zusammengestellt, daß verschiedene Beispiele aus dem sozialen bzw. dem Bildungsbereich sowie Beispiele von stärker »kommerziellen« Kooperationsansätzen »präsentiert« werden.

Als schwer durchschaubares »Vernetzungsgestrüpp« erweist sich das Projekt WESPE (Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen) in Neustadt. Soziale, politische und wirtschaftliche Formen der Vernetzung spielen ebenso eine Rolle wie intensive Außenkontakte oder der Wunsch nach regionaler Abschottung. **Elisabeth Voß** gibt einen Einblick in die Strukturen von WESPE und dem zugrundeliegendem anarchistischen Ideengebäude von einem »Projekt A«, das aber von vielen Mitgliedern nicht geteilt wird. Ihr Resümee: Die Weiterentwicklung des Projekteverbunds wird auch zukünftig stärker von Menschen und Gruppen getragen und ihrem wechselseitigen Interessen aneinander als durch die Ideen.

Daß die Vernetzung von Frauenprojekten nicht eine von vielen Vernetzungsaufgaben beinhaltet, sondern alle Branchen und Kooperationsformen durchdringen sollte, machen **Ulrike Althof** und **Anne Dudek** deutlich. Sie stellen die neue Qualität der Vernetzung von Frauen in einen Zusammenhang mit der Geschichte des Vereins Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB). Die Autorinnen zeigen an den drei Arbeitsschwerpunkten Referentinnenkartei, Qualifizierung von Frauen und einem Frauenkongreß, wie sich politische Ansprüche in konkrete Vernetzungsaktivitäten umsetzen lassen.

Wirtschaftliche Kooperation steht eindeutig im Vordergrund des Verbundes der Fairsicherungsläden eG. Als Fördergenossenschaft von und für einzelne Versicherungsbüros übernimmt sie Aufgaben, die diese nicht leisten können, solange sie unabhängig arbeiten wollen. Dazu gehört Werbung, Koordination bundesweiter Verträge, Namensrecht, Gebiets- und Kundenschutz sowie vieles anderes mehr. **Harald Deerberg** betont in seiner Darstellung, daß trotz dieser Vorteile der Genossenschaft deren Wachstum auch Probleme erzeugt. Generationsproblematik, unterschiedliche Größen der Mitgliederunternehmen und geringere persönliche Bindungen enthalten eine Eigendynamik, die zu ständigen Balanceakten zwischen Gruppensolidarität und individueller wirtschaftlicher Förderung der Einzelbetriebe führen.

Hilfen zum Aufbau von Kooperation

Von seiten vieler Projekte bestehen gegenüber Kooperationen Vorbehalte. Am häufigsten wird die Angst vor Verlust der Selbständigkeit oder Zentralisierung erwähnt. Dabei kann und soll genau das Gegenteil erreicht werden: der Erhalt der Selbständigkeit. Unter diesem Vorzeichen bekommt die Frage einen besonderen Stellenwert, wie bzw. mit welcher Herangehensweise Kooperationen wirkungsvoll aufzubauen sind. Die Antworten im dritten Teil des Buches darauf zeigen verschiedene Wege hierfür einschließlich der Stabilisierung von Vernetzungszusammenhängen.

Der erste Aufsatz dieses Teils von **Burghard Flieger** beginnt mit einem empirischen Überblick über Formen und Anlässe der Zusammenarbeit von Betrieben. Ebenfalls werden die Gründe ihres Scheiterns dargestellt. Dazu gehören Schwierigkeiten, sich auf gemeinsame Grundsätze und Richtlinien zu einigen, oder das Problem, Vorleistungen zu erbringen, ohne absehen zu können, ob sich diese durch das Zustandekommen der Kooperation rentieren. Als Lösung für die wirtschaftlichen Schwächen vieler Selbstverwaltungsbetriebe empfiehlt der Autor die Strategie des Verbundmarketings.

Kooperation scheitert oftmals an den Schwierigkeiten von Kommunikation. An diesen Schwierigkeiten setzt **Ansgar Münsterjohann** an, indem er auf der Grundlage der Themenzentrierten Interaktion (TZI) verschiedene kommunikationserleichternde Regeln erklärt. Die Darstellung weiterer, für die Vernetzungspraxis wichtiger »Techniken« wie Feedback, die Berücksichtigung verschiedener Gruppenphasen im Verlaufe gemeinsamer Arbeitsprozesse, Hilfen für die Gesprächsleitung etc. stehen im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Auf diese Weise will Münsterjohann helfen, Konflikte im Vorfeld zu erkennen und auf niedrigem Niveau zu bearbeiten: Kommunikationsmangement ist notwendig, um Kooperation praktizieren zu können.

»Lokale Ökonomie« schlägt **Karl Birkhölzer** als Konzept gegen die Herausbildung von Krisenregionen mit ihrer Spaltung in Armutszonen und Wohlstandsinseln vor. Um eigenständigen Entwicklungsstrategien zu anzuregen, erläutert er neun idealtypische Instrumente. Durch sie läßt sich der Aufbau lokaler selbsttragender Vernetzungsstrukturen unterstützen. Mobilisierende Planungsverfahren, dezentrale Fördereinrichtungen, Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen, Entwicklungswerkstätten für Produktentwicklungen sind Beispiele daraus. Birkhölzers Ausführungen stehen programmatisch für eine der zentralen politischen Absichten von Vernetzung: der Aufbau und die Förderung lokaler bzw. überschaubarer Selbsthilfe. Insofern runden sie dieses empfehlenswerte (Handlungs-) Buch für Kooperation in hervorragender Weise ab.●

Burghard Flieger / Bernd Nicolaisen / Rolf Schwendter (Hg.): Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte, 530 Seiten, München (AG SPAK Bücher) 1995, 48,– DM.

Anzeige

Neuerscheinung

Flieger / Nicolaisen / Schwendter (Hrsg.)

Gemeinsam mehr erreichen

Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte

530 Seiten, zahlreiche Abb.
DM 48,–
ISBN 3-923126-92-1

MELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Ökobank eG, Frankfurt

Repräsentanzen in Berlin und Nürnberg

Die Ökobank wird das Jahr 1995 mit einem Bilanzvolumen von ca. 225 Mio. DM abschließen. Das entspricht einem Wachstum von knapp 10%. Das Kreditvolumen stieg zum 31.12.1995 auf etwa 105 Mio. DM. Es ist damit sogar um 19% angestiegen. Der voraussichtliche Jahresüberschuß wird um die 300.000 DM liegen, bei einer ausgewiesenen Summe haftenden Eigenkapitals von voraussichtlich 16,5 Mio. Im Juni 1996 sollen Repräsentanzen in Berlin und Nürnberg eröffnet werden. In Berlin wird damit die Filialeröffnung 1997 vorbereitet.

Ökobank will in Einlagensicherung

Auch KundInnen der Frankfurter Ökobank sollen nicht länger im Konkursfall auf die Sicherheiten anderer Geldhäuser verzichten müssen. Deshalb will das alternative Kreditinstitut noch in diesem Jahr – acht Jahre nach seiner Gründung – endlich die Aufnahme in den Sicherungsfonds des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) schaffen. Voraussetzung für die Aufnahme in diese Solidargemeinschaft ist jedoch, daß es der Bank gelingt, ihre aus der Anlaufphase stammenden Verluste von insgesamt 3,3 Millionen Mark durch neue Mittel abzudecken. Die sollen jetzt KundInnen mit Kapitaleinlagen zur Verfügung stellen. Das Geschäftsjahr 1995 konnte die Ökobank zum drittenmal hintereinander mit Gewinn abschließen. Als Überschuß werden gut 300.000 Mark – nach 250.000 Mark – angegeben.

AG SPAK:

Zukunft des TAK AÖ

Die Weiterentwicklung alternativökonomischer Theoriearbeit und ihre Finanzierung vom 15.-19.05.96.
Die Themen des TAK AÖ werden nicht mehr so spontan und leicht gefunden wie früher. Auch die Finanzierung der Treffen erfordert oft erheblichen Aufwand. Trotzdem sind manchen Interessierten die Seminare zu teuer. Deshalb soll die Weiterentwicklung der Strukturen, der Inhalte und der Finanzierung Thema des Maiseminars sein. Außerdem wird das Sommerseminar mit dem Schwerpunkt »Zukunft der Arbeit« vorbereitet. Information: Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

Zukunft der Arbeit

Sommerseminar »Alternative Ökonomie« des TAK AÖ vom 19.-28.07.96.
Das Sommerseminar des TAK AÖ steht unter dem Oberthema »Zukunft der Arbeit«. Damit sollen inhaltliche und formale Gegenpole zur EXPO 2000 entwickelt werden, die ebenfalls dieses Thema aufgreift. Interessenten für Unterthemen und Arbeitsgruppen sind noch erwünscht. Bisher wird geboten: »Kooperativ Lernen und solidarisch Wirtschaften«, »Alternative Gastronomie«, »Qualität ist das Anständige«, »Bausteine Kollektiven Managements«, »Politisierung der Ökonomie«. Weitere Informationen Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.●

GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum

Erhöhung des Eigenkapitals angestrebt

Die GLS Gemeinschaftsbank konnte ihr Bilanzvolumen auch 1995 um 17% steigern. Der Einlagenzuwachs stieg allerdings vorwiegend im Bereich der Festgelder, die höher verzinst werden als die Sparguthaben. Demgegenüber sind die Genossenschaftsanteile weniger stark und die Sparguthaben kaum gestiegen. Daraus entsteht für die Bank ein Druck, die Kostendeckungsbeiträge zu erhöhen. Um dies zu vermeiden, hofft sie auf neue Anteilszeichner. Genauere Informationen und die neue Form des Bankenspiegels können angefordert werden bei: GLS Gemeinschaftsbank eG, Postfach 100829, 44708 Bochum.

KOOPERATIVEN IN DER DRITTEN WELT

»Kollektive Selbsthilfe braucht passende Rahmenbedingungen«

Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie & Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein Seminarbericht

Genossenschaften, kollektive Selbsthilfe, Gemeinwesenentwicklung ... – diese und ähnlich Begriffe haben offensichtlich als »Zauberformel« für eine entwicklungspolitisch erfolgreiche Arbeit ausgedient. Unklar ist, was dahintersteckt. Auf einer Tagung in des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg vom 9. bis 11. Februar wurde dies unter den 15 TeilnehmerInnen ausführlich diskutiert.

Kaffee-Ernte in Lateinamerika Foto: TransFair e.V.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Hat die Überfrachtung und mythische Überhöhung der genossenschaftlichen Ideen zu ihrem um so tieferen Sturz geführt? Oder sind die damit verbundenen Konzepte falsch, weil sie – in den westlichen Kulturen formuliert und erprobt – in anderen Gesellschaften keine positiven Wirkungen erzielen können? Oder befindet sich die gesamte entwicklungspolitische Arbeit in einer tiefen Krise?

In fast jeder der Erklärungen für die fehlende aktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema »Genossenschaften in der Dritten Welt« steckt ein Funken Wahrheit, so die einhellige Meinung der engagiert diskutierenden Seminarbeteiligten. Gleichzeitig läßt sich aber auch beobachten, daß in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer wieder Kooperativen in den unterschiedlichsten Formen entstehen. Während das entwicklungspolitische Modell »Genossenschaften« in den Schubladen verschwunden ist, gibt es offensichtlich in der Realität »Eigenwilligkeiten«, die sich den politischen Modewellen nicht unterwerfen.

Kennzeichen von Genossenschaften

Was aber ist überhaupt unter Genossenschaften bzw. Kooperativen zu verstehen? Ein erster Überblick wurde von Martin Moritz von El Puente gegeben: Genossenschaften sind wirtschaftliche Organisationen der kollektiven Selbsthilfe. Bei ihnen steht nicht die Kapitalverwertung, sondern die Förderung der Mitglieder durch die Geschäfte der Genossenschaft im Vordergrund. Sie sind demokratisch strukturiert: ein Mensch eine Stimme.

Außerdem fallen in einer Genossenschaft zwei Rollen, die sich sonst am Markt gegenüberstehen, zusammen. Das bedeutet für die Produktivgenossenschaft, die Beschäftigten eines Unternehmens sind auch die Kapitalgeber, für die Konsumgenossenschaft, die Verbraucher sind ihre eigenen Händler und für die landwirtschaftlichen Vertriebsgenossenschaften, die bäuerlichen Produzenten organisieren ihren eigenen Absatz.

Damit werden auch zwei wichtige Genossenschaftsarten angesprochen und die sozialen Gruppen, die sie tragen. Bei den Produktivgenossenschaften sind es Handwerker oder (Fach-)Arbeiter, die für einen eher anonymen Markt produzieren. Sie haben vor allem in städtischen Regionen eine Chance und spielen aufgrund des landwirtschaftlichen Dominanz vieler Entwicklungsländer dort nur eine untergeordnete Rolle. Dagegen sind Vertriebskooperativen relativ verbreitet. Sie eröffnen bäuerlichen Produzenten einen Weg aus der Subsistenzwirtschaft.

Insgesamt ist die Vielfalt genossenschaftlicher Ansätze erheblich größer. Allein die organisierten Genossenschaften, zusammengeschlossen im Internationalen Genossenschaftsbund, sind durch rund 200 Mitgliedsverbände in über 80 Ländern vertreten. Sie umfassen fast 700.000 Genossenschaften und weit über 740 Mio. Mitglieder. Hinzu kommt eine unüberschaubare Zahl verbandlich nicht organisierter Kooperativen.

Staatliche Instrumentalisierung

Außerhalb von Europa werden die sogenannten »modernen Genossenschaften« bereits um 1900 von der britischen Kolonialregierung in Indien eingeführt. Etwa 30 Jahre später gehören sie im britischen West- und Ostafrika mit zum Selbstverständnis der kolonialen Entwicklungsaufgaben. Die Folge: Als koloniales Erbe überdeckte die Genossenschaften in vielen außereuropäischen Ländern ein bürokratischen Apparat, so die vertiefenden Erläuterungen von Gerd Nickoleit von der GEPA.

Nach der Unabhängigkeit wird dieser in vielen Ländern übernommen. Die Vorstellung eines »Entwicklungsstaates« mit übergreifender Verantwortlichkeit wurde zum akzeptierten entwicklungspolitischen Selbstverständnis. Sie legitimierte die Fortschreibung kolonialer Eingriffs- und Kontrollstrukturen, in denen die Genossenschaften einen Teilsektor ausmachten.

Bis heute wird deshalb als Ursache für die fehlenden wirtschaftlichen Erfolge der Genossenschaften die »Offizialisierung« ausgemacht. Gemeint sind damit massive staatliche Eingriffe und Kontrollen, um so Genossenschaften für die jeweiligen entwicklungspolitischen Planungen nutzbar zu machen, verbunden mit dem Einsatz einer oft sehr eigenmächtig handelnden staatlichen Bürokratie.

Erfolgreiche Beispiele

Die pauschale Ablehnung der Genossenschaft als wirtschaftliche Organisation in Entwicklungsländern aufgrund bisheriger Erfahrungen greift jedoch zu kurz. Es gibt viele Beispiele, für die dauerhafte Etablierung von Kooperativen. Dies gelingt vor allem in Gebieten, in denen tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen im Zusammenhang mit der bäuerlichen Marktproduktion für den Export stattfinden. Die traditionellen Strukturen sind dort am stärksten aufgelöst. Initiatoren der Genossenschaften gehören in solchen Gebieten oft zu den wirtschaftlichen und sozialen Innovatoren, die diesen Prozeß tragen.

Beispielsweise gilt dies für die Kaffeegenossenschaften in Kenia und Tansania, die jeweils zu den wirtschaftlich erfolgreichsten in diesen Ländern gehören. Die vergleichsweise hohen Kaffee-Einkommen führen zu einen relativ schnellen sozialen Wandel in den größeren Kaffeeanbaugebieten. Unterstützt wird dies durch die politisch-wirtschaftlichen Umfeldbedingungen, insbesondere durch die in der Kolonialzeit entwickelten Infrastruktur. Sie fördern die wirtschaftliche Effizienz der Genossenschaften.

Die skizzierten Beispiele machten allerdings deutlich: Mit welchen Ergebnissen Genossenschaften »funktionieren« ist nur zum Teil von dieser Sozialform abhängig. Wichtiger sind die lokalen, regionalen und vor allem auch Weltmarktstrukturen. Dazu gehören neben den rechtlichen Bedingungen und den Förderungen durch Beratung, Kredite technische Ausstattung etc. vor allem die kaufkräftige Nachfrage. Fairer Handel, dargestellt an den Beispielen GEPA und El Puente, kann dazu beitragen, diese orientiert auf Genossenschaften zu organisieren.

Denn besonders die erzielbaren Preisen sowie die Wettbewerbsbedingungen mit den jeweiligen nationalen und internationalen Machtkonstellationen sind entscheidend. Vor diesem Hintergrund wurden in Form eines Gruppen-Brainstorming von den SeminarteilnehmerInnen eine Vielzahl weiterer Ideen in Richtung politisches Marketing für Genossenschaften zusammengetragen.

Vorsicht vor Überforderung

Ein Resümee des Seminars lautet: Alle Konzepte, die durch Genossenschaften die Ausbeutung und Abhängigkeit der Entwicklungsländer verändern wollen, überfordert die Möglichkeiten dieser Sozialorganisation. Sie sind ohne Veränderung der Rahmenbedingungen zum Scheitern verurteilt – gleichgültig ob »von oben« oder »von unten« agiert wird. Dies spricht nicht grundsätzlich gegen die Unterstützung von Genossenschaften, sondern nur gegen ihre Überfrachtung. ●

MATERIALIEN

Zum Thema »Genossenschaften in der Dritten Welt« können als Materialien das Schwerpunktheft der Blätter des iz3w für 8,– DM plus Porto sowie der Rundbrief Alternative Ökonomie der AG SPAK ebenfalls für 8,– DM plus Porto bei Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023 angefordert werden. ●

Abo-Aktion 1996

Für jedes Neu-Abonnement ein Buch zur Auswahl !

❑ **Ich verschenke ein CONTRASTE-Abo!**
❑ **Ich habe eineN AbonnentIn geworben!**

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Ich wähle als Prämie das Buch:
❑ Arbeiterselbstverwaltung
❑ Selbstverwaltung in der Wirtschaft

Zahlungsart:
❑ gegen Rechnung
❑ per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung:
Geldinstitut _____
Konto-Nr.: _____
BLZ _____
KontoinhaberIn _____

Datum, Unterschrift: _____

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Das Abonnement erhält:

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Das Abonnement kostet 80 DM inklusive Inlandsporto und verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Unterschrift: _____

Coupon schicken oder faxen an: CONTRASTE-Vertrieb · Postfach 104520 · D-69035 Heidelberg · Fax (0 62 21) 16 44 89

SEMINARHINWEIS

Alternative Betriebsformen im Norden – Selbsthilfeansätze im Süden

Läßt sich voneinander lernen?

Genossenschaftliche Selbsthilfe ohne Zukunft? Seit Jahren wird vom Scheitern der Alternativen gesprochen. Dies gilt für die Selbsthilfeansätze in der sogenannten Dritten Welt genauso wie für die Vielzahl der Selbstverwaltungsbetriebe und -projekte in den Industrieländern. Gleichzeitig gibt es aber auch immer wieder Berichte über erfolgreiche Kooperativen im Süden und von der Professionalisierung und Etablierung alternativen Betriebe bei uns. Tatsächlich sind sie mit ihrer über zwanzigjährigen Geschichte nicht mehr aus der bundesdeutschen Wirtschaftsöffentlichkeit wegzudenken.

Sie haben erfolgreich neue Märkte im Ökologiesektor erschlossen und – trotz aller Unkenrufe – ohne viel Startkapital und mit einem hohen Grad an Partizipation aller Mitarbeiter ansehnliche Betriebe aufgebaut. Dahinter stecken vielfältige, teilweise auch leidvolle Erfahrungen der kooperativen Selbsthilfe. Berater der »Szene« sind mittlerweile für große Industrieunternehmen tätig, die von deren Kenntnissen über Teamarbeit und Gruppenmotivation profitieren wollen. Warum sollte nicht auch versucht werden, diese Erfahrungen für die Entwicklungszusammenarbeit fruchtbar zu machen?

Termin:
28. bis 30. Mai 1996 in Witzenhausen

Ziel:
Aufbereitet werden Einsichten aus bundesdeutschen alternativen Betrieben anhand der drei wichtigsten Problemschwerpunkte genossenschaftlicher Selbsthilfe: Partizipation, Absatz und Finanzierung. Ziel ist es, deren Übertragbarkeit auf Projekte in den Ländern des Süden zu überprüfen und sie für konkrete Arbeit dort anwendbar zu machen. Dies erfolgt im Dialog mit Entwicklungshelfern anhand ihrer persönlichen Projekterfahrungen.

Zielgruppe:
Das Seminar wendet sich an Fachleute aus der Entwicklungsarbeit, Entwicklungshelfer, die sich auf ihre Arbeit vorbereiten, und potentielle Existenzgründer in Entwicklungsländern.

Inhalt:
- Überblick und Typologie genossenschaftlicher Selbsthilfeprojekte
- Besonderheiten und Starthemmnisse bei Absatz und Finanzierung
- Innovative Formen der Kapitalerschließung
- Unterschiedliche Entscheidungsverfahren und ihre Bewertung
- Suche nach einem optimalen Grad der Partizipation
- Beratungs- und Qualifizierungsbedarfe von Neugründungen
- Möglichkeiten der Konsolidierung durch kooperatives Marketing

Seminarleitung:
Dr. Burghard Flieger, Diplomvolkswirt und Soziologe, 15 Jahre Erfahrung als Projektentwickler und Berater für neue Genossenschaften in der Bundesrepublik.

Anmeldung:
Information und Anmeldung ist erhältlich über das Deutsche Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft (DITSL), Sebastian Karack, Postfach 1652, D-37206 Witzenhausen.

WOHNUNGSBAU

Genossenschaftsanteile werden gefördert

Neue Genossenschaften, die sich jetzt gründen, können erstmals die staatliche Wohnungsbauförderung in Anspruch nehmen. Die Chancen kollektiver Selbsthilfe werden dadurch auf den ersten Blick gestärkt. Verbunden ist damit allerdings die Verpflichtung, in die Satzung das Recht auf Einzeleigentum aufzunehmen. Die genossenschaftliche Idee der Eigentumsbindung ohne Spekulation wird auf diese Weise unterlaufen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Es ist ein historischer Durchbruch in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung«, begrüßt der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Großmann in der parlamentarischen Abschlußdiskussion fast schon überschwenglich die Reform der Wohnungseigentumsförderung. »Erstmals wird es möglich, daß ein Mitglied, das Genossenschaftsanteile erwirbt, mit einer Zulage des Staates gefördert wird.«

Hilfe zur Privatisierung

Im Rahmen der Reform der Wohneigentumsförderung wurde von Bundestag und Bundesrat eine steuerliche Förderung der Anteile an Wohnungsbaugenossenschaften analog der Förderung individuellen Eigentums beschlossen. In den Genuß dieser Förderung kommen vorerst nur nach dem 1. Januar 1995 gegründete Genossenschaften. Angeboten wird hier ein dritter Weg zwischen den Alternativen, Mieter oder Mieterin zu bleiben oder seine Wohnung als Volleigentum zu erwerben. Geschaffen wurde diese Möglichkeit, um die Privatisierung der kommunalen Wohnungsbestände in den ostdeutschen Bundesländern zu erleichtern. Ängsten, sich zu hoch zu verschulden oder gar das Risiko einer Zwangsversteigerung einzugehen, soll entgegengewirkt werden. Das Erfordernis, sich an der Privatisierung finanziell zu beteiligen, verbunden mit der Chance auf ein dauerhaftes Nutzungsrecht an seiner Wohnung, bleibt bei dieser Form der mittelbaren Eigentumsbildung überschaubar.

Chance für Neugründungen

Für genossenschaftliche Neu- oder Ausgründungen in Westdeutschland ist die Förderung in gleicher Weise nutzbar. Sie sieht vor, daß Genossenschaftsanteile ab 10.000 DM bis maximal 80.000 DM eine jährliche dreiprozentige Grundförderung für acht Jahre erhalten. Zusätzlich wird pro Jahr eine Kinderzulage in Höhe von 500,– DM pro Kind gewährt. Die Gesamtförderung einschließlich der Kinderzulage darf die Summe der gezeichneten Anteile nicht überschreiten. Sie beläuft sich im Minimum bei der Zeichnung von 10.000 DM auf 2.400 DM, bei 80.000 DM auf 19.200 DM.

Voraussetzung ist: Die geförderten Genossenschaftsmitglieder erhalten ein unwiderrufliches und vererbbares Recht, die von ihnen genutzte Wohnung als Einzeleigentum zu erwerben. Der privaten Erwerbsmöglichkeit muß zuvor die Hälfte der Bewohner eines Hauses schriftlich zustimmen.

Der Entsolidarisierung entgegenwirken

Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich bei der Verabschiedung des Gesetzes, als es um die Förderung von Genossenschaftsanteilen ging. Ihr Hauptargument: Den Genossenschaften wird mit dieser Förderung etwas aufgezwungen, das für sie systemwidrig ist. »Die Qualität von Genossenschaften besteht im Solidarprinzip und in der Verantwortung für das Gemeinschaftseigentum«, so die Argumentation von Franziska Eichstädt-Bohlig. »Das macht Genossenschaftswohnungen preisgünstigt, und das ist das sozial- und gesellschaftspolitisch Hervorragende an Genossenschaften.«

Tatsächlich wird mit der Auflage, die Zulage an die Möglichkeit des Erwerbs von Individualeigentum zu koppeln, das Solidarprinzip ausgehebelt. Zu überprüfen ist deshalb von neuen Wohnungsbauprojekten, ob dem nicht durch geschickte genossenschaftskonforme Vereinbarungen entgegengewirkt werden kann. Dazu gehört beispielsweise die Verankerung eines Vorkaufsrechts der Genossenschaft beim Verkauf der vom Mitglied erworbenen Wohnung. Dies muß zu einem Preis möglich sein, der eng an den Verkaufspreis gebunden ist, um Spekulationsgewinne auszuschließen.●

Die Förderbeträge für Genossenschaftsanteile

Genossenschaftsanteile	Grundförderung jährlich 3 %	Kumulierte Förderung nach 8 Jahren	Zuschlag 1. Kind	Kumulierte Förderung nach 8 Jahren	Zuschlag 2. Kind	Kumulierte Förderung nach 8 Jahren
10.000	300	2.400	500	6.400	500	10.000 *
20.000	600	4.800	500	8.800	500	12.800
30.000	900	7.200	500	11.200	500	15.200
40.000	1.200	9.600	500	13.600	500	17.600
50.000	1.500	12.000	500	16.000	500	20.000
60.000	1.800	14.400	500	18.400	500	22.400
70.000	2.100	16.800	500	20.800	500	24.800
80.000	2.400	19.200	500	23.200	500	27.200

Die maximal förderbaren Genossenschaftsanteile betragen 80.000 DM. Bemessungsgrundlage für die Förderung sind grundsätzlich die geleisteten Einlagen. Die ausbezahlte Förderung darf die Bemessungsgrundlage nicht übersteigen. Dies führt bereits bei einer Beteiligung von * 10.000 DM und zwei Kindern zur Kappung auf diesen Betrag – was aber den investierten Genossenschaftsanteilen entspricht und damit eine 100%-Förderung darstellt.

Anzeige

holz

Sie benötigen informationen zu ökologischer
■ oberflächenbehandlung
■ möbelrestaurierung
■ holzschutz ohne gift
■ möbelbau .....

die broschüre holz-spezial können Sie für 8,-DM vorab (bar/briefmarken) bestellen bei

■ andreas küstermann
contraste redaktion handwerk
dammstr. 12, 18528 bergen
fon 0 38 38/25 50 79
fax 0 38 38/25 48 82
gerne auch persönliche beratung nach vorheriger absprache

FORSCHUNGSARBEIT

Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen gesucht!

Jürgen Bärsch / Arno Mersmann, Red. Genossenschaften ● Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung führte das Klaus-Novy-Institut in Köln eine Forschungsarbeit zum Stellenwert der Selbsthilfe bei Wohnungsgenossenschaften in den neuen Bundesländern durch. Eine Erkenntnis aus dem Projekt war, daß Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die sich in Wohnungsgenossenschaften bzw. für genossenschaftliches Wohnen engagieren, dies meist relativ isoliert voneinander tun.

Als Folge eines Ende 1995 abgeschlossenen Forschungsprojektes wird versucht, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen aus Ost wie West, die sich in und für Genossenschaften engagieren, zu einem Informationsaustausch zusammenzubringen. Anfang Juni 1996 ist am Bauhaus in Dessau eine erste Tagung geplant, auf der auch Möglichkeiten und Chancen einer Vernetzung der TeilnehmerInnen zum weiteren Informationsaustausch diskutiert werden. Dies ist gerade zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, da um die Jahreswende eine von der Bundesregierung initiierte Diskussion um die Zukunft der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland begann, bei der es um den Ausverkauf von Wohnungen bis hin zur Auflösung ganzer Unternehmen geht.

GewerkschafterInnen aus Ost und West, die Funktionen in Gremien von Wohnungsgenossenschaften ausüben und/oder an einem Informationsaustausch zum Thema interessiert sind, melden sich bitte bei Arno Mersmann, Klaus Novy Institut, Annostraße 27, 50678 Köln, Telefon 0221/3318027, Fax 0221/315292.●

BUCHBESPRECHUNG

Wohnen mitgestalten

Bewohnerbeteiligung bei Genossenschaften oder anderen Wohnungsunternehmen steht im Mittelpunkt einer Veröffentlichung von Arno Mersmann. Er leitet durch die Darstellung der historischen Wurzeln ausführlich in das Thema ein. Anschließend wird ein spannendes Modellbeispiel in seinen vielfältigen Facetten dargestellt: der Spar- und Bauverein Solingen – eine traditionelle Wohnungsbaugenossenschaft. Seine wichtigsten Ergebnisse:

● Formale Strukturen mit eingeräumten Rechten sollten die Bewohnerbeteiligung absichern.
● Für das dauerhafte Funktionieren ist eine Zusammenarbeit zwischen Genossenschaftsleitung und Bewohnern erforderlich.
● Die Inhalte wechseln, beispielsweise von der Hausverwaltung zu mehr sozialen und kulturellen Aktivitäten.
● Je größer die Zahl der Beteiligten ist, desto stärker zählen praktisch erkennbare Vorteile.
● Nicht Basisdemokratie, sondern überschaubare Verantwortlichkeiten durch gewählte SprecherInnen entsprechen den Wünschen der BewohnerInnen.
● Erfolgreiche Bewohnerbeteiligung braucht Zeit, engagierte Persönlichkeiten und konkrete Aufgaben.
● Bewohnerbeteiligung ist rechtsformenunabhängig, aber Genossenschaften haben Vorteile.
● Eine Weiterentwicklung in Richtung Einbindung in die Unternehmenspolitik erscheint sinnvoll.

Wer sich in das Thema Bewohnerbeteiligung einarbeiten will, ist mit dem Buch durch seine intensive Anbindung an ein praktisches Beispiel gut bedient.●

Arno Mersmann: Nachbarschaftliches Wohnen mitgestalten. Bewohnerbeteiligung und ihre Integration in das soziale Management von Wohnungsunternehmen, Verlag für wissenschaftliches Publikationen (VWP), Darmstadt 1993, DM 28,–.

STELLUNGNAHME DES »VEREINS ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS« ZUR ENTWICKLUNG DES GENOSSENSCHAFTSRECHTS

Das Recht auf Einzelprivatisierung aus Genossenschaftsbeständen gefährdet eine der letzten auf Solidarität beruhenden Wirtschaftsformen in unserer Gesellschaft

Im Oktober 1995 beschloß der Deutsche Bundestag eine Änderung der steuerlichen Wohneigentumsförderung. Zum ersten Mal wurden dabei die Wohnungsgenossenschaften in die Eigentumsförderung einbezogen. Auf dem Hintergrund der nur schleppend voran kommenden Privatisierung von Wohnungen in den neuen Bundesländern, die im Zuge des Altschuldenhilfegesetzes für Wohnungsunternehmen notwendig wurden, sollen damit vor allem genossenschaftliche Privatisierungsvarianten ermöglicht werden. Die neuen Förderungsbestimmungen gelten aber für alle Wohnungsgenossenschaften, die nach dem 1.1.1995 gegründet wurden und werden. Und noch in dieser Legislaturperiode ist eine Regelung auch für die bestehenden Wohnungsgenossenschaften beabsichtigt.

In den Genuß dieser staatlichen Förderung kommen Genossenschaftsmitglieder, die Anteile in der Höhe von mindestens 10.000 DM einzahlen. Im Sinne der Mobilisierung von Privatkapital für den Wohnungsbau ist diese Regelung zu begrüßen. Ihre Kehrseite, mit heute noch nicht absehbaren Folgen, ist aber, daß die Genossenschaften, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, gleichzeitig einen Passus in ihre Satzungen übernehmen müssen, der diesen Mitgliedern ein »unkündbares Optionsrecht auf Einräumung von Wohneigentum« zusichert.

Die Besonderheit der genossenschaftlichen Rechtsform ist bisher, daß die mit dem Kapital vieler einzelner Mitglieder erbauten Genossenschaftswohnungen dauerhaft der Gemeinschaft gehören und der Einzelne sich nicht am Wertzuwachs, der aus dem gemeinschaftlichen Wirtschaften erwachsen ist, persönlich finanziell bereichern kann. Dadurch werden die Wohnungsbestände auf Dauer vor Spekulation und unverhältnismäßigen Mietsteigerungen bewahrt. Wird die jetzige Regelung für neu gegründete Wohnungsgenossenschaften auch für die bestehenden angewandt, werden auch diese dem Ausverkauf bzw. der Auflösung preisgegeben.

Durch die im Raume stehende Gefährdung der letzten auf Solidarität beruhenden Wirtschaftsformen in unserer Gesellschaft wird den Entsolidarisierungstendenzen in immer mehr Lebensbereichen Vorschub geleistet. Wo es keine solidarischen Strukturen mehr gibt, ist der Einzelne zwangsläufig immer weitgehender darauf angewiesen, nur noch sein eigenes materielles Vorwärtskommen im Auge zu behalten.

Die Gefahr des aktuellen Gesetzes besteht nicht darin, daß hier für eine spezielle Problematik – die nur schleppend vorankommende Wohnungsprivatisierung aufgrund des Altschuldenhilfegesetzes – eine Lösung gefunden werden mußte. Die Gefahr besteht in der Tat in der Ausweitung dieser oder einer ähnlichen Regelung auf alle Genossenschaften. Auf diese mögliche Entwicklung muß mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden, da sie für die Regierungspolitik der letzten Jahre, die in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen auf Eigenverantwortung statt Solidarität setzt, nur konsequent wäre.

Die Übertragung der beschlossenen Regelung auf andere Wohnungsgenossenschaften hätte zur Folge, daß Genossenschaftsmitglieder ihre Wohnung aus dem Genossenschaftsbesitz herauslösen könnten. In bisherigen Siedlungszusammenhängen entstünden Inseln mit Eigentumswohnungen. Bauliche Veränderungen setzten ein. Bisherige Nachbarschaften würden in Besitzende und Nicht-Besitzende gespalten. Die Entsolidarisierung beträfe auch die bisher noch funktionierenden nachbarschaftlichen Beziehungen.

Die materiellen Konsequenzen für die Wohnungsgenossenschaften: Die Anfangs eingezahlten höheren Anteile würden auf Dauer in der Regel wieder abgezogen, wenn das Mitglied sein Eigentum erworben hat. Die Genossenschaft erhält zwar quasi als Ausgleich für entgangene Anteile einen Kaufpreis für die Wohnung. Letztlich geht aber mit dem sinkenden Mitglieder- und Wohnungsbestand die Leistungsfähigkeit vieler Unternehmen verloren. Die Genossenschaft kann für die verbliebenen leistungsschwächeren Mitglieder nicht mehr so viel zuwege bringen, wie es vielleicht gerade für die verbliebenen z.B. alten Menschen notwendig wäre. Da gerade viele Wohnungsgenossenschaften über nur geringe Wohnungsbestände verfügen, wird deren Existenz aufs Spiel gesetzt. Kurzfristige finanzielle Vorteile für die Genossenschaften würden sich so langfristig gesehen als Nachteil herausstellen.

Der Wohnungsbestand, der teilweise über Jahrzehnte dadurch mitgeschaffen und erhalten wurde, daß viele Mitglieder auf die Gewinnausschüttung auf ihre Anteile verzichtet hatten, würde nun zahlungskräftigen Einzelpersonen (zum Erwerb und ggf. spekulativen Weiterverkauf) übereignet. Genau dieses System funktionierte bereits mit der Gründung der ersten Genossenschaften im letzten Jahrhundert nicht. Überlebt haben nur die Wohnungsgenossenschaften, die dauerhaften Gemeinschaftsbesitz schufen.

Von daher muß die jetzt beschlossene Form der Genossenschaftsförderung die Ausnahme bleiben. Es gibt andere Möglichkeiten der Kapitalmobilisierung für Wohnungsgenossenschaften, in Verbindung mit Rechten, die dem Einzeleigentum vergleichbar sind, ohne daß ein Ausverkauf der Bestände notwendig wird. Mitgliedern, die bereit wären, entweder höhere Anteile einzuzahlen oder sich an den Modernisierungs- oder gar Neubaukosten für die von ihnen bewohnte Genossenschaftswohnung zu beteiligen, könnte ein dauerhaftes auch vererbbares Wohnrecht für die aktuell bewohnte Wohnung oder Mietpreisreduzierungen eingeräumt werden.●

MIGRATION UND (ANTI)RASSISMUS

Vor einem Jahr fand in Hamburg die internationale Konferenz »Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten« statt. Über 300 TeilnehmerInnen aus Dänemark, Holland, England, Frankreich, Rußland, Portugal, Spanien und der BRD diskutierten vier Tage lang über die aktuelle Situation von Flüchtlingen in den Hafenstädten und wie sich Widerstand gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus ausdrückt und organisiert.

Auf der Tagung zeigten sich zwei Widersprüche: die Abschottungspolitik der »Festung Europa«, deren Häfen angesichts der Drittstaatenregelung eine der Einlaßpforten darstellen, ist europaweit vereinheitlicht. Die Zusammenarbeit der antirassistischen Bewegung auf europäischer Ebene aber steckt noch in den Anfängen, das Treffen war ein Teil davon. Ein zweiter Widerspruch tat sich an Fragen der antirassistischen Politik und Organisierung auf: Kamen TeilnehmerInnen aus europäischen Ländern mit konkreten Projekten, die sie zur Diskussion stellen wollten, nach Hamburg, brachten die deutschen eher theoretische Beiträge ein, praktische Politik hatten sie wenig anzubieten. Es zeigten sich auch die Unterschiede zwischen deutschen Linken und den Versuchen in anderen europäischen Ländern: Dort ist die Linke weit weniger ghettoisiert und weit mehr Teil sozialer Kämpfe und Konflikte. Deutlich wird auch: Länder wie Frankreich oder Großbritannien haben wegen ihrer kolonialen Vergangenheit in vielerlei Hinsicht eine ganz andere politische Kultur als Deutschland.

Zu der Konferenz liegt seit November 95 eine über zwei Dutzend Beiträge umfassende Dokumentation vor, die u.a. die Schwerpunkte Arbeit, Wohnung und Stadtentwicklung, Frauen, Jugend und antirassistische Arbeit und Organisierung umfaßt. Jeder dieser Schwerpunkte wird am Beispiel mehrerer Städte dargestellt und diskutiert. Mitunter sehr kritische Einschätzungen zum Verlauf und den Ergebnissen der Konferenz – auch aus internationaler Sicht – schließen den Band ab: Die Kritik, die im Reader nachzulesen ist, macht sich am akademischen und sozialarbeiterischen Übergewicht der Konferenz fest. Zweitens wurde letztlich keine Einigung darüber erzielt, wie eine weitere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene aussehen kann.

»off limits« ist neben der in Berlin erscheinenden »Zeitschrift antirassistischer Gruppen« (ZAG) die wichtigste Zeitschrift der linken antirassistischen Bewegung. Sie organisierte auch den schon angeführten Kongreß mit und erscheint seit Ende 1993 und wird von einer Redaktion erstellt, die vom Flüchtlingsrat, dem Arbeitskreis Asyl Hamburg und dem Antirassistischen Telefon unterstützt wird. »off limits« versucht politisch einen modernen Antirassismus zu propagieren und weiterzuentwickeln. Einen Antirassismus, der nicht nur auf Deutschland achtet, sondern auch Europa im Blick hat, der Rassismus nicht mit der miserablen Lage derer entschuldigt, die ihn äußern, einen Antirassismus, dem bewußt ist, daß mit dem weltweiten Kapitalismus auch ein ebensolcher Arbeitsmarkt und Fluchtbewegungen entstehen. off limits versucht auch immer eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis herzustellen, in dem über Flüchtlingskämpfe ebenso berichtet, wie über »Toyotismus« diskutiert wird.

Die Ausgabe vom Januar/Februar (Nr. 12) hat den Schwerpunkt »Frauen: Menschenrechte, Flucht, Rassismus« mit Beiträgen unter anderem zu »schwarzen« Frauen, zur rechtlichen Situation schwangerer Flüchtlingsfrauen, zur Situation nichtdeutscher Prostituierter und zur Debatte um die Verstümmelung weiblicher Genitalien als kulturelles Ritual. Im internationalen Teil finden sich Artikel zu politischen Situation in Algerien und Togo und zu Rassismus in Portugal, der Schweiz und Großbritannien.

Einige TeilnehmerInnen einer antirassistischen Fahrrad- und Aktionstour, die im Juli letzten Jahres an der deutschen Grenze zu Polen entlangführte, haben eine Dokumentation dieser Tour erstellt. Die Broschüre zerrt diesen Abschnitt des rassistischen »Modell Deutschland« etwas an die Öffentlichkeit. Inhaltlich geht es u.a. um Abschottungspolitik und Widerstand und vor allem um die Geschichte, den Aufbau und die Funktionsweise des Bundesgrenzschutzes.●

Bernd Hüttner

Rassismus und Migration in europäischen Hafenstädten, 128 S. A4, 14 DM plus Porto; bei Werkstatt 3, Nernstweg 32, D-22765 Hamburg
off limits, 48 S., 5 DM; c/o Haus für alle, Amandastr. 58, D-20357 Hamburg
Bundesgrenzschutz und deutsche Ostgrenze; 88 S., 5 DM plus Porto, gegen Vorkasse bei Infoladen, Koburger Str.3, D-04277 Leipzig, Tel.: 0341-311 044.

NEUER KOSTENLOSER VIDEOKATALOG

Der neue querblick-Videokatalog für die öffentliche Vorführung ist soeben erschienen und kostenlos zu beziehen. Im Videokatalog sind ca. 100 Videos von linken und unabhängigen Mediengruppen oder FilmemacherInnen aus Deutschland und der Schweiz für Veranstaltungen angeboten. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Videos in den letzten zwei Jahren produziert und sind somit hochaktuell. Der Katalog ist als Printausgabe (104 Seiten) mit Fotos illustriert, oder ohne Fotos per E-Mail zu haben.●

Kostenlose Bestellungen an:
querblick, medien- und verlagswerkstatt,
Gottlieb-Daimler-Str. 3, D-78467 Konstanz,
Tel.: (0 75 31) 6 50 02, Fax: 5 49 29

KRITIKGESPRÄCHE

»Das Buch Kritikgespräche ist ein praktischer Leitfaden für alle, die Mitarbeiter führen« (Vorwort). Der Autor Rolf Leicher beginnt mit der Beschreibung häufiger Schwierigkeiten. Es folgen »Bausteine guter Kritik« (z.B. die richtige Einstellung), Regeln für Kritikgespräche und schließlich ein Quiz zum Thema.

Das gute Kritik für beide Seiten einen Nutzen hat, betont Leicher als Köder, sich mit der eigenen Kritikfähigkeit auseinander zu setzen. »Kritisieren dürfen Sie nur die Arbeit und Leistungen des Mitarbeiters, nicht seine Person.« Damit die LeserInnen von solchen Ge- und Verboten nicht entmutigt werden, folgen in vielen wörtlichen Beispielen und Übungen Formulierungsvorschläge. Leicher betont die Grundsätze guter Kommunikation: »Gesagt bedeutet nicht gehört. Und gemeint ist nicht verstanden.« (S. 35) Die Kritisierenden tragen die Verantwortung dafür, das alles so verstanden wird, wie es gemeint ist. Die mit den MitarbeiterInnen gemeinsam beantworteten Fragen: »Was ist nicht richtig? Warum ist etwas nicht richtig? Wie können wir gemeinsam in Zukunft diese oder ähnliche Fehler vermeiden?« (S. 16) helfen bei der Verständigung. In dem Kapitel »Arten von Fragen« (14) wird verdeutlicht, daß die Art der Fragen die Richtung des Kritikgesprächs beeinflußt. Ob man auf eine Frage nach dem »Warum?« aber wirklich eine Antwort über das »Motiv oder einen Grund« erhält (S. 31), sollten die LeserInnen lieber selber erproben.

Leicher hat das Thema auf das Wesentliche reduziert, daher ist das Buch für selbstverwaltete Betriebe nützlich. Gerade in diesen Betrieben ist es wichtig, Kritik so zu äußern, daß Fehler, die Geld kosten, vermieden werden, die Menschen sich aber nicht verletzt fühlen. LeserInnen aus selbstverwalteten Betrieben müssen an einigen Stellen Übertragungsarbeit leisten, da sich das Buch nur an »Vorgesetzte aus dem technischen und kaufmännischen Bereich« richtet.●

Hanne Bestvater, WDÖFF training, Bonn

Rolf Leicher: So führt man Kritikgespräche richtig. 2. Auflg. Renningen-Malmsheim, expert-Vlg., 1995

FRAUEN HANDELN

Anfang März 1996 erschien die dritte Ausgabe des bundesweiten FrauenBranchenbuches FRAUEN HANDELN, das langsam aber stetig an Umfang gewinnt. Die Vielfalt wächst und die Resonanz läßt erwarten, daß sich Jahr für Jahr mehr Frauen entschließen, ihr Waren- und Dienstleistungsangebot, ihr Fachwissen und ... und ... und – über eine Annonce im FrauenBranchenbuch publik zu machen. Unter anderem wurde das FrauenBranchenbuch bei der Frauenmesse »top 95« in Düsseldorf einer größeren Frauenöffentlichkeit vorgestellt und erfreute sich besonderer Aufmerksamkeit.

Im Herbst 1993 erschien die erste Ausgabe. Die vier Herausgeberinnen kommen aus unterschiedlichsten beruflichen Richtungen und haben gemeinsam die Idee verwirklicht:

- Die Vielseitigkeit und Fähigkeiten von Frauen sichtbar werden zu lassen;
- Frauen zu ermutigen, »sich selbständig zu machen« und in ihrer Selbständigkeit zu unterstützen;
- Voraussetzungen zu schaffen, daß Frauen miteinander ins Geschäft kommen, einander Rat und Fachkompetenz zur Verfügung stellen;
- einen Beitrag zu leisten, das Netzwerk unter Frauen zu verdichten.

FRAUEN HANDELN enthält Adressen und Anzeigen von selbständigen Unternehmerinnen, Frauenprojekten, -beratungsstellen usw. aus dem gesamten Bundesgebiet sowie ein umfangreiches Frauen-Notruf-Verzeichnis. Das Buch besteht aus einem Branchenteil mit Adreßeinträgen und Anzeigen sowie einem Ortsverzeichnis. Die Bezeichnung der Branchen der jeweiligen Ausgabe richtet sich nach den vorhandenen Anzeigen.

Das FrauenBranchenbuch ist erhältlich in Frauen-Buchläden und im allgemeinen Buchhandel oder zu bestellen beim Verlag in Olching zum Preis von 10 DM zzgl. Porto.

Die Vorbereitungen zur nächsten Ausgabe 1997/98 sind bereits angelaufen. Sie soll im zweiten Quartal 1997 erscheinen. Anzeigenpreise und -konditionen sind sowohl im FrauenBranchenbuch nachzulesen als auch beim Verlag »Frauen Handeln« zu erfragen unter der Adresse D-82140 Olching, Schwojerstr. 16, Tel./Fax (0 81 42) 1 70 87. Anzeigenschluß wird der 30. September 1996 sein.●

dp

ZWISCHEN BIBEL UND BAP:

»Du bist der Pfarrer des Deutschrock«

»Weißt du, was mich bei BAP stört, auch bei dir, das ist so eine, vielleicht unumgängliche, aber auch wohlfeile, Art der Selbstgerechtigkeit.« Rockmusiker Wolfgang Niedekken, wird von seinem Gesprächspartner, dem Pfarrerssohn und ZEIT-Journalisten Christoph Dieckmann, bisweilen kräftig angegangen.

Beide lernten sich auf einem Bruce Springsteen Konzert kennen. Zwei Jahre später trafen sie sich zu zwei längeren Gesprächen, die der Verlag Volk und Welt in seiner Reihe 'Zur Lage der Nation' publiziert hat. Es sind keine Streitgespräche, vielmehr plaudern zwei wesensverwandte Moralisten über ihre Jugend, Sozialisation und das Leben in den beiden deutschen Staaten.

Die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren begründete Sparsamkeit seines Vaters übertrug sich auf Niedecken in der Form, daß er auch heute noch in einem bestimmten Plattenladen einkauft, in dem er Prozente bekommt. Ansonsten hat er sich von dem strengen Katholizismus seines Vaters, unter dem jener bisweilen stark gelitten hat, gelöst, ist vor über zehn Jahren, zwei Jahre nach dem Tod des Vaters, aus der Kirche ausgetreten und hat auch seine Kinder nicht taufen lassen.

Neben dem Bekenntnis persönlicher Dinge »Ich habe Liebeslieder geschrieben, als meine Ehe eigentlich schon den Bach runter war«, bezieht Niedecken auch politische Positionen »... Kuba, eines der letzten Beispiele, wo man noch sehen kann, wie der Westen ein mit hohen moralischen Ansprüchen angetretenes Konzept kaputtboykottiert. Die Sturheit, mit welcher der Wirtschaftsboykott gegenüber Kuba durchgehalten wird, hat der Westen nicht mal beim Embargo gegen Jugoslawien aufgebracht.«

Zwanglos klönen hier zwei, die weit mehr als die Laute ie und ck in ihren Namen gemein haben, über Gott und die Welt: ihre christliche Erziehung, deutsche Mentalitäten, Folksongs, Kunst, Aids und Asylpolitik.

Einige Passagen, in denen sich Musterdemokrat »Eine Wahlbeteiligung um die fünfzig Prozent bei Landtagswahlen ist eine Affenschande« und Bildungsbürger Dieckmann von seinen klerikalen Metaphern nicht lösen kann und zu Niedecken meint »Du bist der Pfarrer des Deutschrock«, sind mir allerdings säuerlich aufgestoßen. Dennoch, das Buch läßt sich in einem Rutsch flott und zügig herunterlesen, als hätte man bei dem Gespräch am Nebentisch gesessen.●

Kai Böhne, CONTEXT

Wolfgang Niedecken / Christoph Dieckmann, Alles im Eimer alles im Lot, Ein Gespräch. 116 Seiten, Verlag Volk und Welt, Berlin. ISBN 3-353-01013-0.

CAJUN COUNTRY:

Ungeschliffene Musik aus den Louisiana-Sümpfen

Kaum vorstellbar, in Fred's Lounge, einer angeschmuddelten Bar in Mamou in Louisiana wird seit 1945 jeden Samstagmorgen von neun bis ein Uhr zum Cajuntanz aufgespielt. Mit skurrilen Instrumenten, Akkordeon, Fiedel, Gitarre, Schlagzeug und Triangel bringen Freizeitmusiker aus der Region Woche für Woche die ländlichen Tanzdielen zum Schwingen.

Was ist das faszinierende an dieser ungeschliffenen Musik und der eigenständigen Kultur, die sich im abgelegenen Acadiana, zwischen Swamps (Sümpfen) und Bayous (kleine Wasserarme, die träge Richtung Meer fließen), im tiefsten amerikanischen Süden entwickelt hat? Diese Fragen versuchen Peter Bommas und Franz Dobler in ihrem liebevoll gestalteten Cajun-Kompendium 'Down in Louisiana' zu beantworten.

Die Geschichte der Cajuns auf dem amerikanischen Kontinent beginnt 1604, damals gründeten bretonische Einwanderer im Nordosten Kanadas ihre ersten Siedlungen. Weil sie sich weigerten, der britischen Krone den Treueeid zu leisten, wurden sie 1755 vertrieben und in alle Winde zerstreut. Etwa die Hälfte der ursprünglich 16.000 Personen erreichte nach einer über zehnjährigen Odyssee durch Nordamerika das Schwemmlandgebiet am Golf von Mexiko. Die Spanier gaben ihnen die Erlaubnis, sich hier niederzulassen.

Im bunten Gemisch der Völker und Nationalitäten in dem unwirtlichen Gebiet im Delta des Mississippi, wurden die Cajuns schnell zur kulturell dominierenden Volksgruppe, um gleichwohl zahlreiche Elemente der Kulturen anderer Ethnien zu absorbieren. Schriftkultur hat bei den Cajuns nie eine Rolle gespielt. Die wenigen Bücher basieren auf dem, was man sich erzählt.

Zum Cajun wurde man seit jeher weniger durch ethnische Abstammung als vielmehr durch Adaption von Sprache Gebräuchen und Musik. Dank dieser Flexibilität lebten und heirateten sich zahlreiche Deutsche, Polen, Italiener, Spanier und Mexikaner in die Cajun Community ein.

Die bewußt subjektiven Schilderungen mit ihren zahlreichen Exkursen in Zydeco, das schwarze Pendant zur weißen Cajun-Musik, Ökologie, das sensible Gleichgewicht des Naturhaushalts droht durch Eindeichung und Ölindustrie zu kippen, Sprache, regionale Küche, Geschlechterrollen und Rassismus, vermitteln einen vielschichtigen Einblick in Lebenswelt und Mentalität der Cajuns.

Ganz nebenbei geben die Autoren, die teilweise miteinander befreundet sind, auch praktische Tips. Mehrere von ihnen sind auf ihren diversen Cajun-Trips in New Orleans in der gleichen Unterkunft abgestiegen, dem Mazant Guest House, in dem ein Doppelzimmer 50 Dollar kosten soll. Im Anhang finden sich weitere Reise-, Musik-, Film-, und Literaturhinweise.

In vielen Seiten dieses Kaleidoskops aus Reisegeschichten, Erzählungen, Musikberichten und privaten Notizen steckt nahezu unverschlüsselt eine Liebeserklärung an diese eigensinnige Alternative zur gleichförmigen Mainstreammusik, die sich bislang erfolgreich dem amerikanischen Musikbusiness entziehen konnte. Ihr rauher, wilder ungehobelter Charakter läßt erahnen, wie vielleicht einmal auch die regionalen Volksmusiken im deutschen Sprachraum geklungen haben könnten, bevor sie zur zahnlosen angepaßten Staatsfolklore domestiziert wurden.●

Kai Böhne, CONTEXT

Peter Bommas, Franz Dobler (Hrsg.), Down in Louisiana, Bommas Verlag, mehrere Fotos, 165 Seiten, 22 DM, Augsburg 1995, ISBN 3-928452-04-5.

VIDEO: ATOMZEITALTER

16. Juli 1945, 5.30 Uhr Ortszeit, die erste Atombombe wird gezündet. Und Robert Oppenheimer erinnert sich an folgende Zeilen aus dem Sanksrit: »Ich bin der Tod, der alles raubt, der Erschütterer der Welten.« Robert Jungk engagierte sich Zeit seines Lebens gegen den Atom-Wahnsinn, der hier in eindrucksvollen Bildern und Dokumenten, beginnend mit den Versuchen zur Kernspaltung am 17.12.1938 bis zur Katastrophe von Tschernobyl, vorgeführt wird. Ausführlich wird dabei auf die Auswirkungen der Radioaktivität eingegangen. Es wird einmal mehr deutlich, und dies ist die eindringlich formulierte Botschaft dieses Videos –, daß Atomwaffen bzw. auch die friedliche Nutzung der atomaren Energie nicht die Zukunft sein können.

Dieser in erster Linie vergangenheitsorientierte Video behandelt auch die nach wie vor offene Frage der Entsorgung (weltweit fallen jährlich über 10.000 Tonnen ausrangierte Atombrennstoffe an) sowie die neue Diskussion für eine Wiederbelebung der Atomindustrie im Zusammenhang mit einer CO_2-Reduktion. Aktualisiert wurde die Thematik nicht zuletzt durch die französischen Atomtests im Pazifik in einer Zeit, die den Ost-West-Konflikt hinter sich gelassen hat.

Im Film kommt deutlich zum Ausdruck, daß Atomkraftwerke ein Spiegel der Gewalt sind. Keine andere Technik hat der Gesellschaft je diese Konflikte, Risiken und Steuermilliarden abverlangt und nicht mehr dafür gegeben als ein bißchen Strom. Die sogenannte friedliche Nutzung ist und bleibt nur eine Illusion. 1 mg Plutonium reichen aus, um einen Menschen zu töten.

Eindringlich ist die Schlußsequenz des Films, in der Nikolaj Elmanow angesichts der Opfer von Tschernobyl feststellt: »Die Menschen sollen die Fäuste ballen, müssen verstehen, nein begreifen, was sie erlebt haben, sie müssen erschüttert sein, sie müssen es in ihrem Herzen fühlen, so wie wir.«●

A.A.

Atomzeitalter. Vorhof zur Hölle. Ein Film von Klaus Kamphausen. München: Komplett-Video, 1995, ca. 70 Min. (Wissen auf Video) DM/sFr 79,80 / öS 800

UMWELTANGST – UMWELTERZIEHUNG

Viel ist über die Umweltängste von Kindern und Jugendlichen geschrieben worden. Das vorliegende Buch ist durch seine Klarheit und seine praktischen Vorschläge, aktiv zu werden, sicherlich ein verständlich geschriebenes Standardwerk. Die Autorin erklärt im ersten Teil, wie es in der Psyche der Jugendlichen aussieht, welche Ängste und Wünsche sie leiten. Der zweite Teil veranschaulicht einen ganzheitlichen Unterricht, der neben Wissen und praktischen Aktionen auch Gefühle miteinbezieht, die von der Angst vor der Umweltzerstörung geprägt sind. Bei all dem ist der positive Zugang zur Natur wichtig. Umwelterziehung darf nicht zu einer Katastrophenpädagogik verkommen.●

Roman Schweidlenka

Ulrike Unterbruner: Umweltangst-Umwelterziehung. Vorschläge zur Bewältigung der Ängste Jugendlicher vor Umweltzerstörung, Veritas, 127 Seiten, öS 228,–/DM 34,–

Anzeige

DIE BRÜCKE
FORUM FÜR ANTIRASSISTISCHE POLITIK UND KULTUR
erscheint seit fünfzehn Jahren im deutschen Bundesgebiet und benachbarten Ausland – seit 1993 in Buchformat: 170 mm breit x 245 mm hoch, 100 Seiten, 6 Ausgaben im Jahr.

SCHWERPUNKTTHEMEN FÜR DAS JAHR 1996:

- *Heft 87, Januar-Februar 1996/1:* **Eingewanderte Minderheiten, Nationalstaat, Kulturelle Autonomie** (erschienen).
- *Heft 88, März-April 1996/2:* **Zusammenprall der Kulturen?** Eine Auseinandersetzung mit Ideologen wie Samuel P. Huntington und ihren Thesen vom »Clash of civilizations« sowie eine notwendige Aufklärung über Begriffe wie Kultur, Ethnie und Identität (erschienen).
- *Heft 89, Mai-Juni 1996/3:* **Laizismus in Deutschland?** Kontroverse zwischen Vertretungen aus dem radikal-emanzipatorischen Lager wie der EMMA-Redaktion und den islamisch-fundamentalistisch ettikettierten Verbänden wie der IGMG (früher AMGT).
- *Heft 90, Juli-August 1996/4:* **Menschenrechte** Fortsetzung der Debatte: Das doppelte Gesicht der Menschenrechte (Universalität contra Herrschaftsinstrument); Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen ethnischer Minderheiten in der BRD; Menschenrechtskonditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit contra Menschenrechtsverletzungen im Inland; Menschenrechte und Demokratie.
- Heft 91, September-Oktober 1996/5: **Medienkritik/ Kritik an Sozialwissenschaft.**
- *Heft 92, November-Dezember 1996/6:* **Begriff »Arbeit«** als Reflex auf sich verändernde ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Strukturen.

KOSTENLOSES PROBEHEFT ANFORDERN!

DIE BRÜCKE
Riottestraße 16, 66123 Saarbrücken
Telefon 0681/390 58 50 und 0681/81 72 32
Telefax 0681/81 72 29

JOBS

DIE WIESE – Solarenergietechnik in Selbstverwaltung:
Wir suchen engagierteN, kreativeN PlanerIn und Gas-Wasser-InstallateurIn. Wir bieten: gutes Arbeitsklima, Gestaltungsmögl. und späteren Einstieg ins Kollektiv.
DIE WIESE, Talstr. 227
D-67434 Neustadt
☎ (0 63 21) 35 44 97, Fax 3 50 99

Das Heidelberger Eine-Welt-Zentrum im Kulturbahnhof Karlstor sucht eine Person mit mehrjähriger Erfahrung in der Führung der Finanzen eines freien Trägers im politischen, sozialen oder kulturellen Bereich, insbesondere mit Erfahrung bei der Abrechnung öffentlicher Zuschüsse.
Erwünscht wird außerdem die Bereitschaft zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten. Es handelt sich um eine halbe Stelle, die ab sofort besetzt werden kann.
☎ (0 62 21) 97 89 29 (Simone Knapp)

JOBSUCHE

Alle suchen HandwerkerInnen mit Berufserfahrung. Wer gibt den BerufsanfängerInnen eine Chance, berufserfahren zu werden?
Tischlerin (24, Ausbildungsabschluß 95), Schwerpunkt Massivholzmöbelbau, Sonderanfertigungen, Spielzeug, Kindermöbel, biol. Oberflächen, viel Handarbeit, selbständiges Arbeiten in allen Bereichen sucht befristete Stelle bis Herbst '97 im Bereich Möbelbau, Kinderspielzeug, ökologisches Bauen, Altbausanierung.
☎ (0 54 25) 15 01

Ich suche eine Zimmerei (oder ähnliches) in einer netten Gegend, wo ich die Brötchen für uns drei (Gärtnerin 33, w 7 Mon., m 32) verdienen kann. Grundkenntnisse in Baubiologie sind vorhanden.
☎ (0 27 55) 8 82 41

Junge **Gärtnerin** (25) sucht nach 1/2-jährigen Findhorn-Aufenthalt einen neuen Wirkungskreis (gerne auf Hof oder Lebensgemeinschaft), in dem ich meine Erfahrungen gärtnerisch-kreativ umsetzen kann. Wohnmöglichkeit u. Bezahlung Voraussetzung. Süddeutscher Raum bevorzugt.
Chiffre: Findhorn

PROJEKTE

Kreative Landkommune mit VERbunt-Projektbezug (VERden 4 km, Bremen 40 km) sucht wegen Gruppenteilung insges. 2 Frauen (evtl. m. Kind) mit Lust auf Gemeinschaft. Wir sind 4m, 2w (20 bis 27 J.), politisch, ökologisch, spirituell und kein Stück dogmatisch ... Haste Lust?
☎ (0 42 31) 6 87 08

Haus und Grundstück i.d. Prignitz sind vorhanden. Wer möchte mit uns zusammen bei umfangreichen Bauarbeiten gemeinsame Perspektiven entwickeln? Handwerkliches Geschick, Gruppenerfahrung und die Bereitschaft zur weitgehenden Kooperation sind sicherlich nötig.
Bitte melden bei:
☎ (0 30) 626 77 97 (Marianne)
oder ☎ (0 30) 615 74 49 (Thommy)

Das Metallbau-, das Bau- und das Regenwasserkollektiv der Kommune Niederkaufungen suchen Verstärkung zum gemeinsamen Leben und Arbeiten.
Für den **Metallbau** suchen wir 2 **BauschlosserInnen** oder **TüftlerInnen** mit vergleichbarer Erfahrung.
Unser Floccerfachbetrieb macht Wärmedämmung, Innenausbau, bis hin zu Zimmereiarbeiten. Dafür suchen wir 2 **BauhandwerkerInnen** mit Vorfahrung und Lust dazu, am liebsten **Zimmerleute**.
Für den Bau von Regenwasseranlagen und Filtern suchen wir eine engagierte **InstallateurIn** oder wen ähnlich qualifiziertes.
Bedingung ist, in unsere Kommune einzusteigen. Bitte keine formale Bewerbung!
KOMM-BAU GmbH, Wilhelmstr. 7
D-34260 Kaufungen

Kommuneprojekt in Mecklenburg
Wir haben angefangen, zwischen Fürstenwerder und Woldogk am richtig schönen Ort und suchen Leute. Wir möchten auf die politischen und ökologischen Probleme reagieren, möchten uns selbst versorgen und zu unserer eigenen Mitte finden.
Axel, Peter, Wolf, Dorfstr. 17
D-17348 Georginenau

AUFRUF

Dauerdemonstration bis zur Umkehr
Wir leben in einer Welt, in der wir vor den drohenden Katastrophen nicht mehr unsere Augen verschließen können: Treibhauseffekt, Ozonloch, Regenwaldabholzung, Artensterben. Jahr um Jahr wird die Lage ernster, doch es wird weiter auf Wirtschaftswachstum gesetzt. Wir können dies nicht hinnehmen und werden uns in unmittelbarer Nähe des Regierungskomplexes in Bonn niederlassen. Indem wir uns abwechseln, werden wir ununterbrochen demonstrieren bis die entscheidenden Schritte zur Umkehr gegangen werden.
Es soll nicht nur eine Mahnwache sein, wir wollen konstruktiv am Umbau mitwirken und Alternativen aufzeigen: Windräder, Sonnenkollektoren und Lastenfahrräder bauen, sowie eine Biogasanlage für die »Entsorgung«. Für uns möchten wir Zen-Meditation und ganz viel Musik machen. Im Juni wird die Aktion beginnen. Bewirken kann dies aber auch nur etwas, wenn eine greifbare Sache daraus wird, die Dauerdemonstration mit der Zeit größer wird und somit ein wachsender Druck entsteht. Wenn ihr mit uns durch dieses andere Aktionskonzept versuchen möchtet, etwas zu verändern, so schaut bei unseren Koordinationstreffen vorbei: am 11. und 18.5.95 direkt vor Ort unter der Bonner Südbrükke um 18 Uhr. Wenn Ihr nicht kommen könnt, schreibt uns, wie Ihr Euch einbringen oder beteiligen könnt:
Katrin und Peter Memmer, Weinstr. 62, D-76887 Bad Bergzabern
☎ (0 63 43) 45 10

WORKCAMP ijgd

Internationale Workcamps leiten im Sommer '96,
Themen: Umwelt- und Naturschutz, Spielaktionen,
Renovierung, Soziale Dienste, Frauen etc.
Ausbildungsseminare für LeiterInnen - ab 18 J. -
Das neue Programm ist da! Seminare: **März bis Juni**
z.B. 5. - 12.5. Prinzhöfte und 25.5. - 1.6.
Trechtingshausen mit Schwerpunkt Ökologie
Workcamps: Juni bis September '96.
Päd. Praktikum möglich. Postkarte oder
Anruf genügt und wir schicken ein ausf. Programm.
Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e.V.,
Kaiserstr. 43, D-53113 Bonn, Tel.: 0228- 2280016/17
FAX: 0228-2280024

„Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er so weiß nicht ist wie ihr?"

Diavortrag über Rassismus im Kinder- und Jugendbuch

Am Beispiel Afrikas zeigen die Referentinnen der AKTION 3.WELT Saar, wie Kinder und Jugendbücher die herrschenden Werte einer Gesellschaft vermitteln und den Blick auf das "Fremde" prägen. Der Vortrag beginnt mit einem historischen Rückblick von der Kolonialzeit über die NS-Zeit bis heute und stellt positive wie negative Beispiele vor. Ein Vortrag nicht nur für ErzieherInnen und Eltern.

Termin und Honorarabsprachen:
AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchenerstr.24
66674 Losheim
Tel 06872/6982 Fax 7826

Eine Plakatvorlage steht zur Verfügung.

Zweites FLI Treffen
Forum für Libertäre Info's

Nach dem 1. FLI-Treffen im Dez. 95 nun die Fortsetzung. Zu diesem überregionalen/überorganisatorischen anarchistischen Diskussions- und Infozusammenhang wollen wir alle interessierten AnarchistInnen einladen.
Die Themen- und Diskussionsschwerpunkte der Arbeitsgruppen bestimmen die TeilnehmerInnen. Wer Interesse hat, kann Arbeitsmaterialien, Thesendiskussionspapiere, usw vorher zur Vervielfältigung zur Verfügung stellen. Wichtig sind auch aktuelle Info's zu Aktionen/Projekte aus den anarchistischen Bewegungen.

Wann: 15. Mai (ab 19.00) – 19. Mai 96
Wo: Haus Josuah, Dr. Frankstr. 5, 63831 Wiesen/Spessart (ca. 26 km von Aschaffenburg)
Kohle: um die 100,-DM je nach Einkommen
Anmeldung: bis zum 1. Mai bei Meeuw, Postfach 3643, 26026 Oldenburg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

... für denkende Anleger(innen) ...

Sie wollen Ihr Geld **rentabel** und **ökologisch sinnvoll** anlegen?

Der Informationsdienst ÖKO-INVEST liefert Ihnen dazu alle zwei Wochen aktuelle und umfassende Informationen, z.B. über alternative Banken, aussichtsreiche „grüne" Aktien oder ökologische Beteiligungsmöglichkeiten in Investmentfonds bzw. nicht börsennotierten Gesellschaften. Damit Sie wissen, welche Unternehmen sauber sind und es auch bleiben.

ÖKO INVEST
INVESTMENT MIT VERANTWORTUNG & ERFOLG

Ihr **kostenloses Probeexemplar** oder Infos zum **Jahrbuch „Grünes Geld"** können Sie per Postkarte oder Fax abrufen bei der

ÖKO-INVEST Verlags-GmbH
Schweizertalstr. 8-10/5
A-1130 Wien
Tel. 0043/1/535 18 15
Fax 0043/1/535 46 69

DER RABE RALF

Unabhängige Berliner Umweltzeitung

Monatlich
Ausblicke & Einblicke, Unterhaltung & Tips, Termine & Adressen für Umweltbewußte

Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturkost- und Umweltläden oder per Unterstützungsabo ins Haus.
Probenummer gegen 1,50 DM in Briefmarken bei:
DER RABE RALF c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 4427789

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:
23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 67433 Neustadt/Weinstr., Redaktion Neustadt, Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax)

Fachredaktionen:
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎✉✦❁ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Freiheit für Hanna Krabbe!
Sofort und bedingungslos

Außerdem: Benjamin Ramos Vega: Hungerstreik und Verfassungsklage +++ Frei nach 6 Monaten: „radikal"-Gefangene auf Kaution draußen +++ Krimineller Antifaschismus: Mammut-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) +++ Völlig losgelöst: Das BKA droht zur Allmachtspolizei zu werden

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Euer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei: Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel Tel. + Fax: (0431)75141

DIE ROTE HILFE 1/96

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Zukunft des TAK AÖ
Die Weiterentwicklung alternativökonomischer Theoriearbeit und ihre Finanzierung vom 15.-19.05.96
Die Themen des TAK AÖ werden nicht mehr so spontan und leicht gefunden wie früher. Auch die Finanzierung der Treffen erfordert oft erheblichen Aufwand. Trotzdem sind manchen Interessierten die Seminare zu teuer. Deshalb soll die Weiterentwicklung der Strukturen, der Inhalte und der Finanzierung Thema des Mai-Seminars sein. Außerdem wird das Sommerseminar mit dem Schwerpunkt »Zukunft der Arbeit« vorbereitet. Information: Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

Zukunft der Arbeit
Sommerseminar »Alternative Ökonomie« des TAK AÖ vom 19.-28.07.96
Das Sommerseminar des TAK AÖ steht unter dem Oberthema »Zukunft der Arbeit«. Damit sollen inhaltliche und formale Gegenpole zur EXPO 2000 entwikkelt werden, die ebenfalls dieses Thema aufgreift. Interessenten für Unterthemen und Arbeitsgruppen sind noch erwünscht. Bisher wird geboten: »Alternative Gastronomie«, »Qualität ist das Anständige«, »Bausteine Kollektiven Managements«, »Politisierung der Ökonomie«. Weitere Informationen Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

NETZ

Controlling für Non-Profit-Betriebe und selbstverwaltete Projekte
2.-3. Mai, Dortmund.

Eine unternehmerische Pionierrolle übernehmen
– Sozio-Audit für Betriebe
31. Mai, Bremen.

Erfolgreich telefonieren
31. Mai – 1. Juni, Frankfurt.

Praktikable Wege zum EG-Öko-Audit
14.Juni, Bremen.

Wie sag' ich's meinem Team, wie meinen GeschäftspartnerInnen?
15. –16. Juni, Oberhausen.

Tauschen statt kaufen zwischen Betrieben und Projekten
22.-23. Juni, Dortmund.

Finanz und Liquiditätsplanung,
28.-29. Juni, Frankfurt.
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
& Selbstorganisation
Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

SCHREINEREIENTREFFEN

Selbstverwaltung und Ökologie
– Ökonomie und Wirtschaftlichkeit
Planung, Steuerung und Kontrolle betrieblicher Abläufe, ohne den demokratischen Anspruch zu verlieren. Dies soll in Zusammenarbeit mit einem Betriebswirt und der BNN-Vorstandsfrau E. Reuter das Treffen vom 26. bis 28. April in Reutlingen bei der Schreinerei Alan beschäftigen. Wie ein Verbund ökologischer Schreinereien diese Entwicklung begleiten und unterstützen kann, ist ein weiterer Programmpunkt.
Anmeldungen bei ALAN, Albstr.70, 72764 Reutlingen ab sofort.

CASH COOP

Geld verdienen im Verein
Termin: 9.5.96, Frankfurt
Training Fundraising:
Verhandlungsführung
Termin: 10. bis 12.6.1996
Information & Anmeldung:
cash coop, Baumweg 10
D-60316 Frankfurt
☎(0 69) 44 30 14
Fax 405 95 95
E-Mail:
cashcoop-f@geod. geonet.de

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über neun Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort dees letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 21.-23.6.96

Frauen-Männer-Rolle
Bildungsurlaub
Zwei Sichtweisen: zwei Arten die Welt zu sehen – ein gemeinsamer (Arbeits-)Alltag. Über Kämpfe der Geschlechter und Möglichkeiten der Verständigung. Themen u.a. Autobiografische Arbeit, Geschlechtsidentität im (Arbeits-)Alltag, Erfahrungen aus dem gemeinsamen Leben in der Kommune Niederkaufungen.
Termin: 6.-10.5.96
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit
und Bildung e.V.
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30

JUGENDUMWELT

Miteinander reden
Rhetorikseminar
Du erkennst auf diesem Seminar, wie Du auf andere wirkst, lernst, wie Du eine Rede gliederst, wie das, was Du sagst, auch gehört wird. Trotzdem – eine Erfolgsgarantie können wir Dir nicht geben, denn zu erfolgreicher Kommunikation gehören mindestens zwei. Ebenso großen Anteil nehmen deshalb weitere Übungen ein: zum Aktiven Zuhören, zum Konsensprinzip, zu gleichberechtigter kontstruktiver Rhetorik, ...
Kosten: 60 bis 90 DM
nach Selbsteinschätzung
Info & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie
& Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

AG SPAK

Studienreise »Befreiende Pädagogik / Educacion Popular in Cuba«
Termin: 17. bis 24.8.96, Verlängerungswoche Strandurlaub bis 31.8.96.
Workshop in Cuba mit dem Centro Informativo Educaional in La Habana.
10 bis 15 TeilnehmerInnen, mit Übersetzung
Kosten: ca. 2.000 DM, 1 Woche alles inkl., ca. 2.500 DM inkl. Badewoche
Organisation und Auskunft:
Paulo Freire Gesellschaft e.V.,
Adlzreiterstr. 23, D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

Praktikum in der »Dritten Welt«
Ein Seminar der AG SPAK in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Pädagogik der Hoffnung im Zusammenschluß bayerischer Bildungsinitiativen. Thematisiert werden sollen: Sinn und Unsinn: Möglichkeiten und Grenzen eines Praktikums in einem »3.-Welt-Land«; Fragen zu einem sinnvollen Engagement; Fragen der interkulturellen Begegnung; Soziale Wirklichkeit in Ländern der »3. Welt«; Unterschiedliche Rollenerwartungen von und an PraktikantInnenaus Europa; Fragen zu Entwicklung – Entwicklungshilfe – Helfen und Lernen; Fragen zur Vorbereitung eines Praktikums; Fragen zur Praktikumsstelle und zum Träger.
Termin: 10. bis 12. Mai 1996, Nürnberg
Kontakt: AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

Bundesweites Treffen von Jugendwohngemeinschaften
Zu diesem Treffen sind Jugendliche und MitarbeiterInnen aus verschiedenen Jugendwohngemeinschaften eingeladen. Der Kontakt und der Austausch zwischen den verschiedenen Menschen und Wohnformen gibt neue Impulse für die Bewältigung des Alltags. Jugendliche in ähnlichen Lebenslagen vermögen sich anders zu begegnen als es Professionellen möglich ist und gleichzeitig ist auch der Kontakt der Profis untereinander wichtig, relativiert er doch Streßsituationen und vermag neue Kraft und Ideen zu vermitteln. Nicht zuletzt durch die Sparmaßnahmen im Sozialbereich werden auch die JWG mit neuen Problemen konfrontiert. Für den Spaß wird das gemeinsame Reiten sorgen, und ganz nebenbei lernen die »Stadtjugendlichen« auch etwas Neues.
Termin: 24. bis 27. Mai 1996, Meuchefitz
Kontakt: Claus-M. Westphal, Lüneburger Str. 24, D-28203 Bremen

ÖKOLOGIE

Bioabfallmanagement '96:
Qualitätssicherung in der biologischen Abfallverwertung
Aktuelle Rechtslage, ISO/Ökoaudit, Inputsteuerung, bioabbaubare Werkstoffe/ Verpackung, anaerobe Verfahren
Ort: Stadthalle Kamen
Termin: 29./30.5.96
Kontakt: Irene Thamm, Tagungsorganisation
Information & Anmeldung:
RHINO, Melchiorstr. 14, D-50670 Köln
☎(02 21) 739 14 44, Fax 739 08 92

MEDIEN

(Ohn)macht im Äther?
Bürgerfunk goes Multimedia oder auch nicht?
Fachtagung zu Fragen der Hörfunkproduktion vom 13. bis 15.5.96 im DGB Bildungszentrum Hattingen
Information & Anmeldung:
DGB Bildungszentrum Hattingen
Am Homberg 46-50
D-45529 Hattingen
☎(0 23 24) 50 95-0, Fax 50 95 75

FOOD COOP

11. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen (BAG) e.V. vom 16. bis 19.5.1996 in Trierweiler bei Trier. Schwerpunktthema in diesem Jahr ist die Förderung regionaler Projekte.
Anmeldung und Tagungsunterlagen:
Lothar Seitz
Hauptstr. 1, D-54318 Mertesdorf
☎(06 51) 5 79 44

KULTUR

Fortbildung Theaterpädagogik
Die Ländliche Kulturwirkstatt der Freien Bildungsstätte Alter Brunsel e.V. bietet ab Mai '96 die 3. berufsbegleitende Fortbildung Theaterpädagogik an. Auch diese Fortbildung stellt wieder ein inhaltlich profiliertes – und somit professionelles Angebot aus dem künstlerischen Praxisfeld »Theaterspiel« zur Verfügung.
Die Fortbildung umfaßt 9 Seminare zu den Schwerpunkten: Maskenbau und Maskenspiel, Formen des themenzentrierten Theaterspiels, Zielgruppenorientierte Spielansätze, sowie Clowntheater und Grundlagen zum Szenischen Spiel.
Die Ausbildung umfaßt 18 Monate und richtet sich an Personen, die in pädagogischen oder künstlerischen Berufen haupt-, neben- oder ehrenamtlich tätig sind. Ausbildungsort ist die Freie Bildungsstätte Alter Brunsel, die mit ihrem Kulturhaus über die optimalen Voraussetzungen zur inhaltlichen Theaterarbeit verfügt.
Broschüren und nähere Informationen können bei der Bildungsstätte Alter Brunsel, Alter Brunsel 8, D-26817 Rhauderfehn-Burlage, Tel. (0 49 67) 91 40 60, Fax 91 40 61 angefordert werden.

20. BUKO VOM 16. BIS 19.5.1996 IN HEIDELBERG:

»Herrschende Nachhaltigkeit – Nachhaltige Herrschaft«
Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, ein Zusammenschluß von etwa 200 Gruppen, trifft sich in diesem Jahr zum 20. Mal. An vier Kongreßtagen sollen grundsätzliche Diskussionen übeer internationalistische Politik geführt werden, über die weitere Arbeit wird beraten werden und die rauschende Fete soll natürlich auch nicht fehlen.
Programm:
Donnerstag, 16.5.: Darstellung der Arbeit der Kongreßvorbereitungsgruppe zu den beiden Kongreßthemenbereichen: Kritik der Konzepte »Nachhaltiger Entwicklung« und Darstellung neuerer Entwicklungen im Zuge der Gründung der Welthandelsorganisation. Inhaltliche Einführung in die Kongreßthemen. Abends: Theateraufführung.
Freitag, 17.5.: Etwa 20 Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Kritik an der Wuppertaler Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«; Rolle von Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft; Abwicklung des Nordens; Perspektiven einer emazipatorischen Praxis und Politik; Subsistenz versus Nachhaltigkeit; desweiteren wird es Arbeitsgruppen zu Entwicklungstendenzen in der Weltwirtschaft / Welthandel geben, an die sich Diskussionen über verschiedene Widerstandsformen anschließen. Abends: Frauen- und Männerplenum, anschließend Disco.
Samstag, 18.5.: Vormittags werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen ausgetauscht, nachmittags wird das BUKO-Plenum tagen: Nach den Rechenschaftsberichten der BUKO-Gremien wird das Plenum über die weitere inhaltliche Arbeit des BUKO entscheiden. Abends findet ein Treffen von AktivistInnen aus 20 Jahren BUKO-Arbeit statt, danach werden die letzten 20 Jahre mit DJ Tommy musikalisch aufbereitet.
Sonntag, 19.5.: Fortsetzung des BUKO-Plenums mit konkreten Planungen der Weiterarbeit (Seminare, BUKO 21 usw.)
Neben diesen Kongreßaktivitäten gibt es Möglichkeiten sich zu treffen, die Medienbörse zu besuchen, Heidelberg kennzulernen, eine Lesung mit Gioconda Belli zu besuchen usw.
Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20

VEREINE & VERBÄNDE

So findet man Sponsoren!
Am 6. Mai befaßt sich ein Seminar der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogischer Dienste NRW e.V. (LKD) in Unna mit erfolgreicher Sponsorensuche für Jugend- und Kulturprojekte.
Interessierte können sich bei der LKD, Luisenstr. 22, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57, anmelden und nähere Informationen erfragen.

Public Relations
Initiativen und Einrichtungen nutzen Medien und Multiplikatoren, um für ihre Anliegen zu werben. Wer an der Öffentlichkeit partizipieren will, muß die Zugänge zu den Medien – Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, elektronische Medien – kennenlernen. In unserem Seminar geht es um die Kontaktaufnahme zu den Medien und die Zusammenarbeit mit JournalistInnen.
Termin: 4./5.5.96
Anmeldung & Information:
Nürnberger Medienakademie
Holzschuherstr. 6
D-90439 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

NEUES PROGRAMM

NETZ-Weiterbildung
Frühjahr/Sommer 1996
Nach den langen kalten Winter liegt nun endlich unser neues Weiterbildungsprogramm Frühjahr/Sommer 1996 vor. Wir haben wieder versucht einen bunten Strauß von Seminarangeboten zusammenzustellen. Zu bewährten Seminarangeboten in den Bereichen Finanzmanagement Organisation & Kommunikation und Marketing, sind neue Einzelthemen hinzugekommen:
Mit einer Zukunftswerkstatt richten wir uns gezielt an LadnerInnen aus dem Bereich Naturkost Naturwaren. Das auch »ohne Moos was los« sein kann, wird auf den Workshop »Tauschen statt kaufen zwischen Betrieben und Projekten« Thema sein. Eine Pionierrolle möchten wir auch mit dem Seminarangebot zum Thema »Sozio-Audit« übernehmen. Viele Frauen nehmen an unseren Seminaren teil. Bei manchen Themen besteht der Wunsch sich von »Frau zu Frau« auszutauschen. Wir wollen diesem Bedürfnis mit neuen Angeboten entgegenkommen, der Anfang ist gemacht, mit dem Seminar »Zeit-Los – 24 Stunden zwischen Streß und Muße«. Neugierig geworden ? Dann Weiterbildungsprogramm anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung & Selbstorganisation
Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

VORZUGS-BESTELLCOUPON

BUNTE SEITEN 1996

Allen AbonenntInnen der CONTRASTE bieten wir die Neuauflage der BUNTEN SEITEN zum Sonderpreis von 20 DM zzgl. 3 DM Versandkosten an (nur gegen Vorkasse). Die Neuauflage wurde gründlich überarbeitet und hat nun erstmals einen Anhang mit internationalen Kontaktanschriften. Dieses in seiner Zusammenstellung einmalige Adreßverzeichnis mit ca. 220 Seiten im A4-Überformat wird voraussichtlich Mitte Juni ausgeliefert werden können. Letzter Termin für Eure Vorbestellung zum Sonderpreis ist der **20. Mai 1996.**

Abo-Nr.: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

❑ Ich habe dieser Bestellung einen Verrechnungsscheck über 23 DM beigefügt
❑ Bargeld und/oder Briefmarken liegen dieser Bestellung bei
❑ Bitte schickt uns mit der Aussendung eine Quittung über den erhaltenen Betrag mit

Einschicken an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg